

Genehmigt: 06.11.2025

Protokoll 16

Stadtratssitzung

Donnerstag, 18.09.2025, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 13:30 bis 16:30 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2025.SR.0236.....	4
2 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl	
2025.SR.0246.....	5
3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl	
2025.SR.0247.....	5
4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl	
2025.SR.0281.....	5
5 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Wahl Stellvertretung	
2024.FPI.0082	6
6 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026; Abstimmungsbotschaft	
Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr.	64
Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	65
2024.FPI.0082	66
6 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026; Abstimmungsbotschaft	
2025.SR.0175.....	99
7 Dringliche Motion: Eingliederung Kitas Stadt Bern in die Kernverwaltung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.	105
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 21:50 Uhr.....	106
2025.SR.0175.....	107
7 Dringliche Motion: Eingliederung Kitas Stadt Bern in die Kernverwaltung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht	
2024.SR.0308.....	109
8 Motion Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller, SP/Bettina Stüssi, SP): Ganztageschule für alle Stufen in allen Schulkreisen; Annahme/Begründungsbericht	
2024.SR.0340.....	114

9 Motion Paula Zysset (JUSO), Sofia Fisch (JUSO), Anna Jegher (JA!), Muriel Graf (AL): Aufsuchende Jugendarbeit in allen Quartieren und in der Innenstadt; Ablehnung/Annahme Postulat	
2024.SR.0320	120
10 Motion Fraktion SP/JUSO (Fuat Köcer, SP/Dominik Fitze, SP): Die Lücke der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Holligen muss geschlossen werden!; Ablehnung	
2024.SR.0348	120
11 Postulat Yasmin Abdullahi (JGLP), Salome Mathys (GLP), Tom Berger (FDP), Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Öffnungszeiten in städtischen Schwimmbädern; Annahme/Prüfungsbericht	
2024.SR.0319	123
12 Motion Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Schwimmbahnen-Sponsoring zur Sicherung unserer Sportinfrastruktur; Ablehnung	
Verschoben und eingereicht	128
Schluss der Sitzung: 21.49 Uhr	130

Anwesenheit in der Sitzung von 13:30 bis 16:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Esther Meier
Nadine Aebischer	Helin Genis	Matteo Micieli
Timur Akçasaray	Thomas Glauser	Szabolcs Mihàlyi
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanović
Lena Allenspach	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Thomas Hofstetter	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Stephan Ischi	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Monique Iseli	Simone Richner
Laura Binz	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Mirjam Roder
Laura Brechbühler	Anna Jegher	Sarah Rubin
Jacqueline Brügger	Raffael Joggi	Judith Schenk
Michael Burkard	Nora Joos	Lukas Schnyder
Carola Christen	Barbara Keller	Tobias Sennhauser
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Fuat Köcer	Michelle Steinemann
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Dominik Fitze	Nicolas Lutz	Béatrice Wertli
Seraina Flury	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi		

Stadtrat entschuldigt

Valentina Achermann
Gabriela Blatter

Sofia Fisch
Ueli Jaisli

Nora Krummen
Dominic Nellen

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit, mit den heutigen Sitzungen zu starten. Ich bitte euch, Platz zu nehmen und den Geräuschpegel runterzufahren. Ich gebe euch als Erstes die Entschuldigungen für die heutigen Sitzungen bekannt. Für alle Sitzungen abgemeldet hat sich Gabi Blatter von der GLP. In der ersten Sitzung fehlen Valentina Achermann von der SP, Michael Ruefer von der GFL und Ursula Stöckli von der FDP. Etwas später kommt Maurice Lindgren von der GLP. Nun ist es so, dass ich euch eigentlich jetzt zwei Rücktritte bekanntgeben sollte. Eine Person, die das betrifft, ist aber noch nicht hier, und ich erlaube mir, aus diesem Grund die Rücktritte zu überspringen und das zu machen, sobald alle betroffenen Personen da sind. Geburtstag gab es gestern einen, den Geburtstag von Shasime Osmani. Ihr könnt ihr noch gratulieren. Übermorgen könnt ihr dann Alex Feuz gratulieren.

Bitte vergesst nicht zu badgen. Und dann ist es auch heute so wie immer, wenn wir Nachmittagssitzungen haben: Unten in der Rathausshalle steht Verpflegung zur Verfügung. Diese Verpflegung inklusive Getränke und inklusive Kaffee ist bis 17 Uhr kostenlos. Ab 17 Uhr ist dann wieder Normalbetrieb und ihr müsst eure Konsumation bezahlen.

Einreichen der Vorstösse: Auch wie immer – die dringlichen Vorstösse bis 21 Uhr, die übrigen Vorstösse bis 21.30 Uhr. Bitte bedenkt, dass ihr heute viel Zeit habt, eure Vorstösse einzureichen. Je früher ihr sie nach vorne bringt, desto besser ist das fürs Ratsbüro. Herzlichen Dank.

2025.SR.0236

2 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl

Präsident: Wir kommen bereits zum Traktandum Nummer 2. Hier geht es um eine Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission GPK. Ihr habt es auf der Antragsliste. Die Fraktion SP-JUSO nominiert Shasime Osmani als Mitglied in der GPK für die zurückgetretene Valentina Achermann.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Shasime Osmani (SP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für die zurückgetretene Valentina Achermann (SP).

Präsident: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Gibt es Diskussionsbedarf? Das ist auch nicht der Fall. Wir wählen wie immer per Handerheben. Wer Shasime Osmani neu in die GPK wählen will, soll dies bitte bezeugen mit Handerheben. Gibt es Enthaltungen? Dann gratuliere ich zur Wahl.

Wahl

Einstimmig gewählt.

Präsident: Ich wurde gerade darüber informiert, dass ich auch wählen darf. Das wusste ich gar nicht.

2025.SR.0246

3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl

Gemeinsame Beratung der Traktanden 3 und 4.

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden Nummer 3 und 4. Es geht um Ersatzwahlen in die PVS. Auch hier habt ihr die Nomination auf der Antragsliste. Die Fraktion SP-JUSO nominiert Laura Brechbühler als Mitglied in der PVS. Sie ersetzt dort den zurückgetretenen Timur Akçasaray. Und ebenfalls für die Kommission PVS nominiert die SP-JUSO Lukas Schnyder als neues Mitglied. Er ersetzt die zurückgetretene Laura Binz. Gibt es zu diesen beiden Wahlvorschlägen Gegenvorschläge? Gibt es Diskussionsbedarf? Ich gehe davon aus, dass ihr einverstanden seid, diese beiden Wahlen in einem Zug zu machen.

Antrag 1 Traktandum 3

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Laura Brechbühler (SP) als Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für den zurückgetretenen Timur Akçasaray (SP).

Antrag 1 Traktandum 4

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Lukas Schnyder (SP) als Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für die zurückgetretene Laura Binz (SP).

Präsident: Wer die zwei in die PVS wählen will, soll dies bitte bezeugen mit Hand erheben. Gibt es hier Enthaltungen? Das ist nicht der Fall, dann gratuliere ich auch hier zur Wahl.

Wahl

Einstimmig gewählt.

2025.SR.0247

4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl

Gemeinsame Beratung der Traktanden 3 und 4: siehe Traktandum 3.

2025.SR.0281

5 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Wahl Stellvertretung

Präsident: Wir kommen noch zu Traktandum Nummer 5. Das ist eine Ersatzwahl in die Kommission SBK. Auch hier habt ihr die Nomination auf der Antragsliste. Die Fraktion GB/JA! nominiert Seraphine Iseli als stellvertretendes Mitglied für die Kommission SBK; dies für die zurückgetretene Sarah Rubin. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge? Das

ist nicht der Fall. Gibt es Diskussionsbedarf? Dann stimmen wir auch hier ab. Wer Seraphine Iseli als stellvertretendes Mitglied der SBK wählen will, bezeugt das mit Handheben.

Antrag 1

GB/JA!

Der Stadtrat wählt Seraphine Iseli (GB) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Sarah Rubin (GB).

Präsident: Merci vielmals. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann gratuliere ich auch hier zur Wahl.

Wahl

Einstimmig gewählt.

2024.FPI.0082

6 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026; Abstimmungsbotschaft

Präsident: Wir haben letzte Woche mit der Beratung gestartet. Wir haben die Grundsatzdebatte sowie die Debatte zur Direktion GuB-PRD abgeschlossen. Wir befinden uns aktuell in der Debatte zur Direktion SUE. Mit Ausnahme der Fraktion AL/PdA/TIF haben bereits alle Fraktionen ihr Fraktionsvotum gehalten. Ich gebe somit nun als Erstes der Fraktion AL/PdA/TIF die Möglichkeit, ihr Fraktionsvotum zu halten.

Ihr dürft euch bereits jetzt anmelden für allfällige Einzelvoten. Bitte denkt daran, wir sind in der Detailberatung, bei der Direktion. Das heisst, Kommissionssprechende, Fraktionssprechende und der Gemeinderat haben je 8 Minuten Zeit für ein Votum. Für Einzelvoten gilt 3 Minuten als Limit. Ihr macht mir einen riesigen Gefallen, wenn ich euch nicht zu stark an diese Redezeiten ermahnen muss, denn es gibt lustigere Dinge als das. Für die Fraktion AL/PdA/TIF übergebe ich das Wort an Tobias Sennhauser.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Die FDP will mit ihrem Antrag die Fachstelle für nachhaltige Ernährung streichen. Ich möchte deutlich machen, warum das ein Fehler wäre und warum gerade Bern eine solche Stelle dringend benötigt. Zuerst: Was leistet diese Fachstelle überhaupt? Sie ist keine leere Schreibtischübung – wir konnten sie kürzlich treffen und kennenlernen –, sondern sie arbeitet an vielen wichtigen Projekten. Sie koordiniert beispielsweise das Ernährungsforum Bern, ein Netzwerk von Gastronomie, Landwirtschaft, Detailhandel und Zivilgesellschaft, das jüngst ein neues Mitglied erhalten hat, nämlich "Tier im Fokus". Wir sind dort jetzt auch dabei und konnten an einem ersten Event dabei sein. Wir haben den Stiftsgarten besucht, was unglaublich toll war. Das ist ein kleines Paradies mitten in der Berner Altstadt, das ich nicht kannte.

Aber zurück zur Fachstelle für nachhaltige Ernährung. Sie hat jetzt diese "Gastro-Charta für die Zukunft" umgesetzt. Ihr kennt sie, diese Charta. Dieser Rat hat sie im Frühling beschlossen. Dank der Fachstelle für nachhaltige Ernährung haben sich bereits rund 40 Restaurants bereit erklärt, klimafreundlicher, gesünder und regionaler zu kochen. Dann hat die Fachstelle ausserdem ein Foodwaste-Pilotprojekt in Schulen durchgeführt, so dass die Abfälle um 14% gesenkt werden konnten – ein Resultat, das

jetzt auf weitere Schulen übertragen werden soll. Und nicht zuletzt veröffentlichte die Fachstelle mit der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften, kurz HAFL, eine wissenschaftliche Analyse des Berner Ernährungssystems, wo es unter anderem um die Verbindung zwischen Armut und schlechter Ernährung in der Stadt Bern ging, die ich euch sehr empfehlen kann. Aber ja, das ist nur ein Auszug, der aber vielleicht zeigt, wie wichtig diese Fachstelle ist, wie viele wichtige Projekte sie stemmt, die allesamt unser Ernährungssystem verbessern sollen.

Aber warum ist die Ernährung überhaupt so wichtig? Die Wissenschaft spricht da eine klare Sprache. Das Ernährungssystem verursacht global rund ein Drittel aller Treibhausgasemissionen. In der Schweiz stammen 90% der landwirtschaftlichen Ammoniak-Emissionen aus der Tierhaltung – mit massiven Folgen nicht nur für die Biodiversität, sondern auch für die menschliche Gesundheit. Ich könnte jetzt unzählige Studien aufzählen, die die schädlichen Folgen des Tierkonsums aufzeigen, aber bekanntlich liegt die Würze in der Kürze. Deshalb begnüge ich mich mit einer einzigen, aus meiner Sicht der besten, Studie zum Schweizer Ernährungssystem. Sie heißt "Wege in die Ernährungszukunft der Schweiz" und wurde von über 40 Forschenden verfasst. Ihre Botschaft ist eindeutig: Bis 2030 müssen wir den Fleischkonsum in der Schweiz halbieren. Mit anderen Worten: Ohne eine Ernährungswende erreichen wir die Klimaziele nicht. Jede Kalorie, die pflanzlich oder regional auf den Teller kommt, spart CO₂, schützt Böden und Wasser und bewahrt Tiere vor unnötiger Gewalt. Die FDP begründet ihren Antrag damit, dass die Ernährung weder eine städtische noch überhaupt eine öffentliche Aufgabe sei. Dazu folgendes: Wir leben im Anthropozän. Das ist das Erdzeitalter, in dem der Mensch die planetare Herrschaft errungen hat und alle Spezies auf der Erde dominiert. Allein ist der Mensch harmlos, aber in der Gruppe sind wir zerstörerisch. Besonders ins Gewicht fallen deshalb Städte, weil dort immer mehr Menschen leben. Sie erzeugen eine riesige Nachfrage unter anderem nach Fleisch, Milch und Eiern aus Massentierhaltung. Städte erheben sich damit zu zentralen Akteurinnen im Kampf gegen die Klimakrise. Folgerichtig hat Bern bereits 2019 den Klimanotstand ausgerufen und sich mit der Energie- und Klimastrategie 2035 verpflichtet, die Pro-Kopf-Emissionen von heute 4,4 Tonnen auf eine Tonne zu senken. Das ist ambitioniert. Und ja, wir schaffen das, aber nur, wenn wir auch die Ernährung konsequent einbeziehen.

Ja, liebe FDP, es sind gerade Städte, die eine besondere ökologische Verantwortung haben, denn in Kitas, Schulen, städtischen Menschen und bei öffentlichen Anlässen gehen täglich Tausende Mahlzeiten über den Tisch. Wenn die Stadt auf nachhaltige Ernährung setzt, verändert das unseren Fussabdruck deutlich und wir setzen ein klares Signal an die Gesellschaft. Es wäre absurd, wenn Bern einerseits Klimaziele formuliert und andererseits die eigene Fachstelle für nachhaltige Ernährung streicht, die genau an der Umsetzung dieser Ziele arbeitet. Wir brauchen diese Stelle, damit die Stadt ihre Klimaziele erreicht. Sie ist eine zentrale Schnittstelle, die Projekte koordiniert, Akteur*innen vernetzt und dafür sorgt, dass Ernährung in der Verwaltung ernstgenommen wird. Die Fachstelle für nachhaltige Ernährung bringt die Klimaziele vom Papier auf den Teller. Darum lehnen wir den Antrag der FDP entschieden ab.

Ausserdem lehnen wir alle SVP-Anträge zur Kantonspolizei ab. Bei den FDP-Anträgen zur Business-Analyst-Stelle werden wir uns enthalten, die FDP-Anträge zur Streichung von Stellen bei der SRB (Schutz und Rettung Bern) lehnen wir ab, die Anträge aus der RWSU zur Elternzeit nehmen wir hingegen an. Und, last but not least, nehmen wir den superwichtigen RWSU-Antrag zu häuslicher Gewalt und Stalkingberatung an, ebenso wie den RWSU-Antrag zum Leistungsindikator zur Erreichung von Meilensteinen.

Präsident: Wir kommen somit zu den Einzelveoten. Als erster Einzelsprecher, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP), Einzelveotum: Ich spreche zum Antrag 164. "Imi fliegt" ist ein Schulpräventionsprojekt gegen häusliche Gewalt, entstanden bei der Opferhilfestelle Solidarité Femmes in Biel. Es handelt sich dabei um Workshops für Schulfachkräfte und für Kinder vom ersten Kindergarten bis zur zweiten Klasse, für 4- bis 8-Jährige. Seit 2024 konnten im Kanton Bern über 750 Kinder sensibilisiert werden. Einige Schulen in der Stadt Bern haben bereits daran teilgenommen. Die Problematik ist leider immer noch sehr aktuell. In diesem Jahr gab es bereits 24 Femizide. Es ist ein gesellschaftliches Problem. Wir können mit diesem Präventionsprojekt die Problematik an der Wurzel packen und Kinder bereits im jungen Alter mit diesem Workshop sensibilisieren. Mit diesem Geld können rund 20 bis 25 Workshops durchgeführt werden. Häusliche Gewalt geht uns alle an. Vielen Dank, dass Sie ihm auch hier drin die nötige Wichtigkeit geben.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Dominique Hodel.

Dominique Hodel (SP), Einzelveotum: Das Projekt "Tür an Tür Bern" ist ein wegweisendes Pionierprojekt, das seit seinem Start im Jahr 2022 bedeutende Fortschritte in der Gewaltprävention erzielt hat. Dennoch sehen wir uns nun mit der Realität konfrontiert, dass das Budget der Stadt für dieses essentielle Projekt drastisch gesenkt wurde; und das, obwohl sie wichtige Erfolge erzielt haben, wie zum Beispiel über 40 Schulungen mit rund 523 Teilnehmenden aus der Bevölkerung. Sie haben lokale Schlüsselpersonen in den Quartieren erkoren, erfolgreiche Aktionen wie der interaktive Rundgang "Wege in und aus einer Gewaltbeziehung", der bereits über 400 digitale Besuche verzeichnen konnte, durchgeführt und an Schulen Gewaltprävention gemacht.

Warum brauchen wir solche Projekte? Häusliche Gewalt geschieht oft im Verborgenen. Viele Betroffene schämen sich, wollen die Realität nicht wahrhaben und ziehen sich zurück. Genau das ist das Ziel der Täter – die Isolation vom sozialen Umfeld. Diese Isolation kann drastische und tragische Folgen haben und im schlimmsten Fall sogar zu Femiziden führen. Ich appelliere an alle Fraktionen, die häusliche Gewalt verabscheuen und die sexualisierte Gewalt bekämpfen möchten: Unterstützt die Budget- und Planungsanträge für das "Tür an Tür"-Projekt und "Imi fliegt". Unsere Gesellschaft benötigt Aufklärung und Sensibilisierung, damit die Zahlen der häuslichen Gewalt und der damit verbundenen Folgekosten endlich sinken können. Die Dunkelziffer von Betroffenen ist erschreckend hoch. Ich weiß, wie es ist, in sozialer Isolation gefangen zu sein, und hätte mir gewünscht, dass es zu dieser Zeit Projekte wie "Tür an Tür" auch in meinem Kanton gegeben hätte. Die Unterstützung hätte mir helfen können, die Beziehung früher zu verlassen, anstatt Jahre in einem Teufelskreis zu verbringen. Lasst uns gemeinsam ein starkes Zeichen gegen häusliche Gewalt in Bern setzen. Vielen Dank.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP), Einzelveotum: Ich spreche hier noch einmal als Präsident der Geschäftsprüfungskommission des Stadtrates zur Streichung der Business-Analysen in der Verwaltung. Es gibt dazu mehrere Anträge. Wer sich über Citysoftnet oder andere problembehaftete Projekte zurecht enerviert hat, dem sind hoffentlich auch nicht die Gründe entgangen, die dazu geführt haben. Die GPK hat oft genug darauf hingewiesen: Das Projekt- und Risikomanagement in der Verwaltung war ungenügend. Deshalb hat

die GPK etwa auch nach dem Citysoftnet-Debakel einstimmig die Forderung nach solchen Business-Analysten eingebracht. Wenn jetzt viele derer, die das Citysoftnet-Debakel zu Recht kritisiert haben, denken, diese Business-Analysten seien überflüssig bzw. zu teuer, hat die Mehrkosten des Projekts scheinbar ausgeblendet. Es ist nicht ersichtlich, warum diese Form der verwaltungsinternen Kontrolle nun wegfallen soll. Im Gegenteil: Ich erinnere daran, dass ein Grund für die Probleme bei Citysoftnet war, dass man bei den FIT-Sparmassnahmen in der letzten Legislatur solche Kontrollen weggespart hat – eine Sparmassnahme, die Millionen Franken an Mehrkosten und Nachkrediten verursacht hat. Auch die Fehlerkultur in der Verwaltung liess die letzten Jahre zu wünschen übrig. Auch das hat Citysoftnet bewiesen, beispielhaft, aber nicht als Einzelfall. Somit gibt es wenig Grund zur Annahme, dass bei zukünftigen Projekten auch die Notwendigkeit externer Berater von Anfang an eingeplant würde. Die Business-Analysen sollten intern vorhanden sein, statt sie punktuell von extern einzusetzen. Ich bitte, dies bei allen Anträgen zur Streichung der Business-Analysen zu bedenken. Vielen Dank.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich komme wegen 2 Anträgen nach vorne, respektive 2 Problembereichen. Das Erste ist unser Antrag. Ihr wisst ja, die SVP ist immer für sparen, ausser bei der Sicherheit von Fussgängern und bei Demonstrationen, wozu ich einfach sage: Es ist gefährlich, wenn ihr während Stunden nicht einmal mehr zum Bahnhof gehen könnt. Ich muss feststellen: Ich bin enttäuscht. Ich habe es ja letztes Mal gesagt. Wir haben dort offenbar eine Unique-Selling-Position. Für den Fussgängerschutz sind wir die Einzigsten, die uns gegen die Velo-Rowdys wehren wollen. Auch die Sicherheit im Rahmen der Demonstrationen – ich darf das jetzt nicht mehr sagen, die Pro Palästina-Demonstration, aber es hat dort Leute darunter, die sich auch für die Hamas eingesetzt haben, die verhüllt sind. Ich bin der Meinung, wir haben eine gewisse Gefährdung, insbesondere damals an diesem Samstag, als noch die Synagoge war. Hinsichtlich der Siedlungspolitik bin ich auch kein Fan von Israel. Das wisst ihr. Aber ich bin der Meinung, dass es nicht geht, dass man das während Stunden abgeriegelt hat. Ich bin auch enttäuscht von der FDP. Ihr macht gross auf Sicherheitsthemen, setzt euch ein für Sicherheit. Wenn dann die Nagelprobe kommt, muss ich feststellen, dass wir die Einzigsten sind. Ich gehe davon aus, dass wir früher, als noch Reto Nause hier war, in der Mitte wahrscheinlich gewisse Sympathien bekommen oder gewissen Enthaltungen gehabt hätten. Ich bedauere das sehr. Es hat auch FDP-Leute gehabt, die unsere Motion für mehr Sicherheit mitunterzeichnet haben. Ich bitte die, sich wenigstens dafür einzusetzen.

Denn denkt daran: Sicherheit – für die Bewohner ist das schon etwas, das wichtig ist. Und ich habe immer gesagt, ob ihr von einem Linken oder von einem Rechten auf den Kopf bekommt, ist schlussendlich egal. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP den Vorstoß der SP zu der häuslichen Gewalt grossmehrheitlich oder mehrheitlich unterstützt. Denn das ist ein Problem. Aber es gibt das in allen Bereichen und ich bin der Meinung, muss man sich dafür einsetzen.

Einen Punkt, den ich auch kurz erwähnen will, ist diese Fachstelle Ernährung. Ich habe heute wieder mit Entsetzen feststellen müssen, dass man in einem weiteren Spital eine sogenannte Produktionsküche machen will. Ich habe eine Kleine Anfrage eingereicht. Soweit ich gehört habe, wird am Donnerstag gekocht und am Dienstag kann man dann diesen Frass essen. Ich bin einer, der gerne kocht. Aber das ist keine nachhaltige Ernährung. Das ist einfach Abfütterung in den Tagesschulen – weder nachhaltig noch was

auch immer gut. Es soll mir niemand sagen, das sei gesund. Ich weiss von gewissen Leuten, welche Reste übrigbleiben. Darum lehnen wir das ganz klar ab. Und ich hoffe, dass wir mit diesem Irrweg endlich aufhören. Denn ihr habt ja glücklicherweise auch den Vorstoss der SP abgelehnt, der überall diese Sachen machen wollte. Deshalb, wie gesagt, danke ich denjenigen, die die Anträge unterstützen. Ihr habt es medial gehört. Offenbar ist die SVP die einzige Partei, die sich für den Strassenverkehr, für die schwächsten Verkehrsteilnehmer einsetzt und schaut, dass man bei den Demonstrationen noch durchkommt. Und auch punkto Ernährung sind wir –

Der Präsident weist darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist.

Darum, bitte unseren Anträgen zustimmen. Danke.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Simone Richner.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Die SVP ist nicht die einzige Partei, die sich für die Sicherheit der Fussgänger und für die Polizei einsetzt. Ich habe hier letztes Mal schon begründet, warum wir die SVP-Anträge nicht annehmen, und ich werde es ganz klar noch einmal wiederholen. Sicherheit ist uns sehr, sehr wichtig. Wir haben das im Programm drin, wir haben das in unserer DNA. Darin sind wir uns einig. Aber pauschale Budgeterhöhungen ohne klares Konzept zu bringen, das bringt uns einfach nicht weiter. Das ist das, was wir zu Recht immer wieder monieren. Wir müssen klare Lösungen haben, gezielt unser Geld einsetzen, sonst gehen wir klar direkt in eine Steuererhöhung hinein. Und dafür steht die FDP und deshalb sagen wir Nein zu diesen Anträgen. Das ist mir ganz, ganz wichtig. Wir sagen aber Ja zu der Wertschätzung der Polizei. Wir sagen Ja insbesondere zu der Arbeit von Schutz und Rettung. Vielen Dank, Simon. Aber wir sagen auch Ja zu Null-Toleranz gegenüber Gewalt, aber Nein eben zu pauschalen Budgetaufstockungen, Nein zu Parallelstellen und kurzfristigen Zusatzkrediten. Und vielleicht noch zum Ernährungsantrag: Die FDP ist nicht gegen nachhaltige Ernährung. Wir stehen für nachhaltige Ernährung, wir sind aber nicht für den eingeschlagenen Weg, den die Stadt Bern geht und deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Es ist uns sehr wichtig, das noch einmal zu betonen. Danke.

Präsident: Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für die Debatte von letzter Woche und von heute. Herzlichen Dank auch für die Anerkennung der Arbeit der Direktion SUE. Ich kann mich hier zuhanden aller 750 Mitarbeitenden dem Dank anschliessen. Dazu kommen die Mitarbeitenden von EWB und der Kantonspolizei, die auch in unserem Auftrag arbeiten und die sich auch für die Stadt Bern einsetzen, teilweise Tag und Nacht. Der Gemeinderat hat sich für 2026 und die nächsten Jahre zu Recht finanzpolitische Ziele gesetzt. Unbesehen vom geopolitischen Umfeld, läuft die Konjunktur in Bern gut. Daher sollte die Stadt Bern auch solid wirtschaften. Der Budgetentwurf spiegelt diese Ambition des Gemeinderats wider. Innerhalb der Direktion SUE haben wir diesen Challenge angenommen. Das war anspruchsvoll. Wir arbeiten vor allem im Vollzug. Daher können wir weniger Projekte oder Investitionen nach hinten schieben. Sehr viel Finanzaufwand kommt von den Personalkosten her und der lässt sich nur beschränkt steuern. Trotzdem haben wir versucht, die Vorgaben zu erreichen. Das gelang nur mit vereinten Kräften. Danke an meine Direktion.

Ich komme zu den Anträgen. Ich picke einige heraus. Ich kann nicht zu allen Stellungen nehmen. In den Anträgen 64 bis 65 geht es um die Umsetzung der Personalverordnung hinsichtlich des 24-Stunden-Betriebs von Schutz und Rettung. Denn der Schichtbetrieb

muss natürlich auch sichergestellt werden für die Elternurlaube. Diese Mehrkosten werden eben kompensiert. Diese Mehrkosten versuchen wir aufzufangen. Bitte versucht auch, das Budget ausgeglichen zu halten und lehnt diese Anträge ab. Es sind die grössten Anträge. Der Antrag 66 will 2 Stellen streichen. Diese Stellen wurden bereits kompensiert. Der Aufwand von Schutz und Rettung insgesamt sinkt vom Jahr 2025 auf das Jahr 2026 um 220'000 Franken. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab. Ich komme zur IT. Ich kann mich hier auch dem Präsidenten der GPK anschliessen. Wir setzen eben auch Schwerpunkte, wo etwas verbessert werden und neu aufgebaut werden muss. Aus Schaden wird man klug. Und das gilt natürlich vor allem für unsere IT-Projekte. Wir müssen da verstärken. Das haben externe Gutachten gezeigt, das hat auch die Untersuchung der GPK gezeigt. Dafür setzen wir neu bei der Einführung von IT-Projekten diese Business-Analysen ein und Applikationsverantwortliche dann im Betrieb. Es wäre verkehrt, wenn ihr jetzt diese Stellen gleich wieder streichen würdet. Bitte lehnt die Anträge 55, 56 und 69 ab. Bitte lehnt auch die SVP-Anträge 57 bis 61 ab. Ich kann die Ausführungen auch aus früheren Jahren vermutlich wiederholen.

Aber ich möchte eine Bemerkung machen zur Sicherheit in der Stadt Bern. Nachdem letzte Woche die Stadt Lausanne in den Fokus der Medien geraten ist wegen des Todesfalls eines jungen Migranten und den Vorkommnissen bei der Lausanner Polizei, hat die NZZ Zahlen zur Sicherheitslage in Schweizer Städten, den registrierten Gewaltstraftaten pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner in den Städten der Schweiz publiziert. Die Stadt Bern liegt auf dem letzten Rang. Das ist in dieser Statistik eine positive Nachricht. Die Lage in der Stadt Bern betreffend diesen Gewaltstraftaten ist von 50% bis 10% besser als in allen anderen grossen Städten der Schweiz – eine positive Nachricht.

Es gibt eine Planungserklärung zum Klimareglement. Mit der sind wir einverstanden. Die können Sie annehmen. Zu den Anträgen zur Ernährung. Ernährung ist eben ein Schwerpunkt in der Energie- und Klimastrategie. Das wollen wir nicht gleich wieder auf den Kopf stellen. Etliche Massnahmen sind bereits in der Umsetzung. Wir haben beispielsweise kommuniziert über die Umsetzung der Nachhaltigkeitscharta mit Gastro Bern zusammen. Die konnte mit einem Erfolg lanciert werden. Jetzt komme ich zum Schluss zu den Anträgen 161 bis 165 zum Ausbau der Angebote im Erwachsenen- und Kinderschutz. Herzlichen Dank für diese Anträge. Sie spiegeln auch das Vertrauen wider. Die Angebote klingen gut, sie sind auch gut und sie sind nötig. Deswegen haben wir diese Angebote auch. Wir haben sie aufgebaut und wir werden sie auch weiterführen. Aber für eine Gesamtstrategie braucht es etwas mehr. Wir wollen eine sozialraum-orientierte, eine niederschwellige Herangehensweise integriert in die Quartierarbeit aufbauen. Wir wollen die Prävention von häuslicher Gewalt im Quartier. Wir wollen das ganzheitlich angehen. Wir wollen den Lebensraum in der Stadt Bern insgesamt verbessern und sicherer machen mit diesen Angeboten. Aber dafür wollen wir ein koordiniertes Vorgehen haben. Wir wollen das koordinieren mit weiteren Massnahmen im sozialen Bereich, in der Raumplanung, im Wohnungsbau, in der Wohnstrategie, in der Bildung, in der Wirtschaft. Das ist ebenso wichtig wie ein Ausbau des Angebots "Tür an Tür". Bitte lassen Sie uns diese Strategie ganzheitlich, gesamtheitlich entwickeln und kommen Sie nicht mit diesen punktuellen Anträgen. Ich bin überzeugt, sie sind gut gemeint, herzlichen Dank dafür, aber wir arbeiten daran. Wir haben das gleiche Interesse wie Sie. Sie können also diese Anträge getrost ablehnen. Herzlichen Dank für die Unterstützung der gemeinderätlichen Position.

Präsident: Merci, wir kommen somit zum ersten Abstimmungsblock der heutigen Sitzung. Bitte nehmt die Antragsliste zur Hand. Ich beziehe mich auf den letzten und aktuellsten Stand der Liste, die online ist. Wir kommen als erstes zu Antrag Nummer 55 FDP bezüglich der 80%-Stelle Business-Analyst bei den Direktionsstabsdiensten.

Antrag 56

FDP

Budget SUE Direktionsstabsdienste SUE

Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen

Abstimmung Nr. 005

2024.FPI.0082: Antrag 55

Ablehnung

Ja	12
Nein	51
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 56 FDP, die gleiche Stelle aber in den Planjahren.

Antrag 56

FDP

Planjahr SUE Direktionsstabsdienste SUE

Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2026- 2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 006

2024.FPI.0082: Antrag 56

Ablehnung

Ja	12
Nein	51
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Antrag 57 SVP ist zurückgezogen. Wir kommen zu Antrag 58 SVP Kantonspolizei Schutz der Fussgänger.

Antrag 57 (zurückgezogen)

SVP

Budget SUE 210_Kantonspolizei

Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 350'000.00 zu erhöhen. Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden.

Antrag 58

SVP

Budget SUE Kantonspolizei

Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 250'000.00 zu erhöhen. Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden.

Abstimmung Nr. 007

2024.FPI.0082: Antrag 58

Ablehnung

Ja	3
Nein	59
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 59 SVP Kantonspolizei Schutz für gefährdete Objekte.

Antrag 59

SVP

Budget SUE Kantonspolizei

Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 350'000.00 zu erhöhen. Dies zwecks mehr polizeilichem Schutz für gefährdete Objekte und Personen und Sicherstellung des Zugangs zum Bahnhof und Funktionieren des ÖVs ohne lange Unterbrüche.

Abstimmung Nr. 008

2024.FPI.0082: Antrag 59

Ablehnung

Ja	3
Nein	60
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 60 SVP Kantonspolizei Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrenden.

Antrag 60

SVP

Planjahr SUE Kantonspolizei

Der Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrenden muss verbessert werden. Falsch abgestellte Fahrräder auf den Trottoirs müssen entfernt werden. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.

Abstimmung Nr. 009

2024.FPI.0082: Antrag 60

Ablehnung

Ja	3
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 61 SVP Schutz der Bevölkerung, Botschaften, gefährdeten Objekten.

Antrag 61

SVP

Planjahr SUE Kantonspolizei

Der Schutz der Bevölkerung, Botschaften, gefährdeten Objekte ist zu verstärken. Auch muss der uneingeschränkte Zugang zum Bahnhof und das Funktionieren des ÖV trotz Demonstrationen sicher gestellt sein. Lange Unterbrüche sind nicht zu tolerieren. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.

Abstimmung Nr. 010

2024.FPI.0082: Antrag 61

Ablehnung

Ja	3
Nein	59
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 62 RWSU bezüglich Leistungsindikator.

Antrag 62

RWSU

Planjahr SUE Amt für Umweltschutz

Der Leistungsindikator zur Erreichung Meilensteine gemäss Klimareglement (CO2/Kopf/Jahr) ist anzupassen, und zwar linear wie folgt: 2025 - 3,14 t (wie gehabt) / 2026 - 2,93 t / 2027 - 2,71 t / 2028 - 2,50 t / 2029 - 2,29 t

Abstimmung Nr. 011

2024.FPI.0082: Antrag 62

Annahme

Ja	46
Nein	18
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgenommen. Wir kommen zu Antrag 63 FDP bezüglich Fachstelle für nachhaltige Ernährung.

Antrag 63

FDP

Planjahr SUE Amt für Umweltschutz

Die Fachstelle für nachhaltige Ernährung und die von ihr ausgeführten Aufgaben seien ersatzlos zu streichen.

Abstimmung Nr. 012

2024.FPI.0082: Antrag 63

Ablehnung

Ja	7
Nein	54

Enthalten	0
-----------	---

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 64 RWSU bezüglich zusätzlicher Stellen bei Schutz und Rettung.

Antrag 64

RWSU

Budget SUE Schutz und Rettung

Im Budget sind 208'500 CHF für 3 FTE bei «Schutz und Rettung Bern» für die Kompensation der Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit einzustellen.

Abstimmung Nr. 013

2024.FPI.0082: Antrag 64

Annahme

Ja	45
Nein	16
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 65 RWSU-Minderheit bezüglich Schutz und Rettung Bern.

Antrag 65

RWSU-Minderheit

Planjahr SUE Schutz und Rettung

Ab dem Planjahr 2027 sind 417'000 CHF für 3 FTE bei «Schutz und Rettung Bern» für die Kompensation der Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit einzustellen.

Abstimmung Nr. 014

2024.FPI.0082: Antrag 65

Ablehnung

Ja	26
Nein	36
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 66 FDP zu Schutz und Rettung.

Antrag 66

FDP

Planjahr SUE Schutz und Rettung

Es sind 2 Vollzeitäquivalent abzubauen.

Abstimmung Nr. 015

2024.FPI.0082: Antrag 66

Ablehnung

Ja	8
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 67 FDP bezüglich ICT-Portfolio-Management.

Antrag 67

FDP

Planjahr SUE Schutz und Rettung

Es soll nur eine neue Stelle (anstatt zwei) als ICT Portfoliomanagement geschaffen werden. Die vorgesehenen Kosten sind in den Planjahren 2027 bis 2029 auf Fr. 156'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 016

2024.FPI.0082: Antrag 67

Ablehnung

Ja	8
Nein	55
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 161 SP-JUSO bezüglich Gewaltpräventionsprojekt.

Antrag 161

SP/JUSO

Budget SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Der Globalkredit ist um Fr. 45'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 017

2024.FPI.0082: Antrag 161

Annahme

Ja	37
Nein	16
Enthalten	10

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 166 SP-JUSO bezüglich Ressourcenanpassung für das Gewaltpräventionsprojekt "Tür am Tür".

Antrag 166

SP/JUSO

Budget SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Der Globalkredit ist um Fr. 60'000.– zu erhöhen, um die nötige Ressourcenanpassung für das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» umzusetzen.

Abstimmung Nr. 018

2024.FPI.0082: Antrag 166

Annahme

Ja	38
Nein	17
Enthalten	9

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 164 SP-JUSO bezüglich des Projekts "Imi fliegt".

Antrag 164

SP/JUSO

Budget SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Der Globalkredit ist um Fr. 10'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt "Imi fliegt" zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 019

2024.FPI.0082: Antrag 164

Annahme

Ja	37
Nein	19
Enthalten	7

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 163 SP-JUSO bezüglich des Projekts "Tür an Tür".

Antrag 163

SP/JUSO

Planjahr SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Der Globalkredit ist um Fr. 45'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 020

2024.FPI.0082: Antrag 163

Annahme

Ja	38
Nein	17
Enthalten	9

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 167 SP-JUSO bezüglich der Ressourcenanpassung für das Gewaltpräventionsprojekt "Tür an Tür".

Antrag 167

SP/JUSO

Planjahr SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Der Globalkredit ist um Fr. 120'000.– zu erhöhen, um die nötige Ressourcenanpassung für das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» umzusetzen.

Abstimmung Nr. 021

2024.FPI.0082: Antrag 167

Annahme

Ja	37
Nein	16
Enthalten	10

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 68 RWSU Planungsgrundlage zu «Häusliche Gewalt und Stalking Beratung».

Antrag 68

RWSU

Planjahr SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Die Planungsgrundlage zu «Häusliche Gewalt und Stalking Beratung» ist ab Planjahr 2027 an die tatsächliche Nachfrage der Beratungen anzupassen und das Budget entsprechend zu erhöhen, damit andere Aufgaben der Fachstelle Häusliche Gewalt und Stalking Beratung nicht zurückgestellt werden müssen

Abstimmung Nr. 022

2024.FPI.0082: Antrag 68

Annahme

Ja	43
Nein	11
Enthalten	11

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 69 FDP bezüglich Stellen Taskforce Citysoftnet.

Antrag 69

FDP

Planjahr SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Die 2,1 Stellen, welche von der Taskforce für Citysoftnet empfohlen wurden, sollen nicht für die Ewigkeit bleiben. Ab 2027 soll es dafür nur noch eine Stelle geben und ab 2029 keine mehr.

Abstimmung Nr. 023

2024.FPI.0082: Antrag 69

Ablehnung

Ja	13
Nein	50
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zum Schluss noch zum Antrag 165 SP-JUSO bezüglich des Projekts "Imi fliegt".

Antrag 165

SP/JUSO

Planjahr SUE Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz

Der Globalkredit ist um Fr. 10'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Präventionsprojekt gegen Häusliche Gewalt "Imi fliegt" zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 024

2024.FPI.0082: Antrag 165

Annahme

Ja	37
Nein	19
Enthalten	8

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir haben somit die Debatte zur Direktion SUE abgeschlossen.

Wir kommen zur Direktion BSS. Auch hier erteile ich als erstes das Wort der vorberatenden Kommission. Für die vorberatende Kommission SBK hat das Wort Anna Leissing. Die Redezeit beträgt 8 Minuten.

Direktion BSS

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Ich darf heute als Kommissionssprecherin die Diskussionen der SBK vom 18. August zum AFP 2026 – 2029 inklusive Budget 2026 zur BSS darlegen. Bevor ich auf die Anträge aus der Kommission zu sprechen komme, möchte ich gerne auf ein paar allgemeine Punkte eingehen. Es ist kein Geheimnis: Die BSS ist eine grosse Direktion mit einer Vielzahl von Aufgaben. Die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales stehen konstant unter grossem Druck. Dieser geht aus gesellschaftspolitischen Entwicklungen hervor und hat auch mit dem Abbau auf kantonaler und nationaler Ebene zu tun, den die Stadt Bern zu spüren bekommt. Ein Dauerbrenner ist das Schüler*innenwachstum. Es ist erfreulich, dass in Bern immer mehr Kinder zur Schule gehen, denn das verweist auf die hohe Lebensqualität dieser Stadt für Familien. Gleichzeitig stellt dieses Wachstum die Stadt und besonders die BSS vor grosse Herausforderungen. Es geht um knappen Schulraum, Fachkräftemangel, steigende Kosten für Infrastruktur und Material. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Tagesbetreuung. Die Nachfrage steigt, besonders für Mittagsmodule und Ferienbetreuung. Auch das zeugt von hoher Qualität. Doch es ist klar: Damit die Tagesbetreuung so stattfinden kann, wie sie politisch gewollt ist, braucht es Ressourcen. Darauf werden wir bei den Anträgen noch zurückkommen.

Auch im sozialen Bereich und in der Armutsbekämpfung ist der zunehmende Druck spürbar. Die Nachfrage nach Ergänzungsleistungen, Betreuungsgutsprachen und Sozialhilfe steigt. Beim Sozialamt kommen nicht nur mehr Anfragen, sondern auch immer komplexere Fälle. Die Fallbelastung der Mitarbeiter*innen ist deutlich zu hoch. Bei den Delegationsbesuchen wurde deutlich, dass praktisch alle Dienststellen damit zu kämpfen haben, dass ihre Themen und Aufgaben wachsen, nicht aber die nötigen Personalressourcen. Das gilt neben den bereits erwähnten Dienststellen wie Schul- oder Sozialamt auch für die Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen, die Fachstelle für die

Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, den Gesundheitsdienst oder die Koordinationsstelle Sucht. Die Delegationsbesuche haben gezeigt: Es ist grosser Druck im System. Und gleichzeitig haben wir Mitarbeiter*innen angetroffen, die ihre Arbeit trotz diesem Druck und trotz Ressourcenmangel mit sehr viel Kompetenz und grossem Engagement machen. Und dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle einen herzlichen Dank aussprechen.

Nun zum AFP und zum Budget. Wie wir bereits gehört haben, war das Ziel des Gemeinderats, im Budget 2026 ein ausgeglichenes Ergebnis zu budgetieren. Um das zu erreichen, galt die Vorgabe, dass alle neuen Aufgaben direktionsintern kompensiert werden müssen. Für die BSS war das eine grosse Herausforderung. Denn in der Direktion waren 3 Posten als neue Aufgaben drin, die zusammengenommen fast 8 Mio. Franken ausmachen. Diese Posten waren erstens die Schulinformatik, also die Weiterentwicklung der Schulinformatikplattform, zweitens der neue Schulraum, der aufgrund der steigenden Schüler*innenzahl benötigt wird, da geht es vor allem um Heiz- und Nebenkosten, und drittens der Mehrbedarf für Citysoftnetz, den wir im Rat bereits mehrmals diskutiert haben.

Die BSS hatte also die Aufgabe, rund 8 Millionen zu kompensieren, und hat der SBK ein entsprechendes Budget vorgelegt. In den Delegationsbesuchen haben wir aufgrund der Vorlage auch ganz konkret nachgefragt, wo diese Millionen kompensiert wurden, denn das war nicht so einfach ersichtlich. Es war danach sehr hilfreich, dass wir eine Liste mit Kompensationsmassnahmen erhalten haben, in der transparent ausgewiesen wurde und für alle ersichtlich war, wo welche Beträge kompensiert werden, wo es um eine Verschiebung geht und wo Angebote ganz gestrichen werden. Auf dieser Informationsgrundlage war es der Kommission möglich, eine fundierte und informierte Diskussion zu führen und so unsere Aufgabe wahrzunehmen, das BSS-Budget aus einer politischen Perspektive zu steuern.

Nun zu den Anträgen: Zum Sozialamt liegt ein Antrag vor, ein SBK-Minderheitsantrag Nummer 76, zu einem Projekt, das von der Sozialhilfekommission empfohlen wurde. Es geht dabei um die Schnittstelle zwischen IV und Sozialhilfe. Da noch nicht klar ist, wie viel Geld für dieses Projekt benötigt wird, gab es in der SBK keine Mehrheit. Eine Minderheit fand es aber vielversprechend und beantragt deshalb, mit dieser Planungserklärung die Mittel dafür im Budget 2027 einzustellen. Zu den Anträgen im Schulamt: Es geht zum einen um die Tagesbetreuung, Antrag 79, ein SBK-Antrag. Es ist ein Antrag, der fordert, dass die Anpassung des Betreuungsschlüssels auf 1 zu 6 nicht weiter hinausgeschoben werden soll. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Betreuungsschlüssel hat im Stadtrat ausführlich stattgefunden und man hat sich aus guten Gründen für 1 zu 6 entschieden. Dieser politische Entscheid soll nicht länger aufgeschoben werden, und die SBK beantragt daher, die 750'000 Franken im Budget 2026 einzustellen. Damit zusammenhängend sind die SBK-Minderheitsanträge 80, 81 und 82. Es geht hier erstens um die Aufstockung der Ressourcen in den Sekretariaten der Tagesschulen, zweitens um Ressourcen für die Betreuung von Kindern mit erhöhtem Bedarf und drittens die Verrechnung des Zvieris an die Eltern. Während eine Mehrheit der Kommission diese Ressourcen kompensieren will, beantragt eine Minderheit, diese einzustellen im Sinne der Qualität der Tagesbetreuung, der Mitarbeiter*innengesundheit und der Zugänglichkeit der Tagesbetreuung für Eltern mit kleinen Einkommen. Um Ressourcen geht es auch im Antrag 83 der SBK-Minderheit, der Anpassung der Sachkosten der Schulen an das Schüler*innenwachstum. Eine Mehrheit der Kommission fand das nicht notwendig. Grosse Unterstützung gab es in der Kommission hingegen für die kostenlose Lernbegleitung, SBK-Antrag 84. Dieser wurde ja auch bereits in den Medien diskutiert, wie auch der Einsatz der Stadt für die Förderung der Zweisprachigkeit Deutsch-

Französisch, die mit SBK-Antrag 87 gefordert wird. Hier wurde in der Kommission betont, dass es explizit nicht darum geht, den Entscheid zur ClaBi rückgängig zu machen, sondern andere Wege zu suchen, um die Zweisprachigkeit Deutsch-Französisch zu fördern. Eine Minderheit der Kommission will mit Antrag 85 die Grippeimpfung für Lehrpersonen weiterhin übernehmen, da diese Berufsgruppe einem besonderen Risiko ausgesetzt ist. Und ebenso will eine Minderheit mit Antrag 86 den Beitrag an das Konseratorium aufrecht erhalten. Die Anträge 90 bis 94 sind die zu den Budgetanträgen gehörigen Planungserklärungen.

Nun zu Familie & Quartier Stadt Bern: Hierzu liegen 2 SBK-Anträge vor. Erstens Antrag 98, in dem es um die Betreuungsgutsprachen geht.

Der Präsident bittet die Kommissionssprecherin, zum Schluss zu kommen.

Die Nachfrage nach Betreuungsgutsprachen steigt und es zeichnet sich ab, dass 50'000 Franken fehlen werden. Deshalb sollen diese eingestellt werden. Der zweite betrifft Junge Bühne Bern, damit Junge Bühne Bern den Theaterschaffenden branchenübliche Löhne zahlen kann. Es gibt noch weitere Minderheitsanträge zum Gesundheitsdienst und zum Angebot Digitales Gleichgewicht, das fortgeführt werden und ausgebaut werden soll.

Der Präsident fordert die Sprecherin auf, ihr Votum mit einem letzten Satz zu beenden.
Ich möchte den Mitarbeiter*innen, der Gemeinderätin im Namen der SBK für die grosse Arbeit danken, dass wir hier über dieses Budget bestimmen können. Die SBK empfiehlt euch mit 9 Ja, 1 Nein und einer Enthaltung das Budget zur Annahme. Danke.

Präsident: Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Mit der BSS sind wir in unserer Fraktion gar nicht zufrieden. Sie braucht viel Geld, sie gibt das Geld auch dumm aus. Wir sind konsequent gewesen, denn wir haben all die Nachkredite zu Citysoftnet abgelehnt. Dass man jetzt noch weitere Stellen macht, ist für mich völlig daneben. Und zwar, ich sage euch ganz klar: Das ist der Fluch der bösen Tat. Wenn man weiß, dass Sozialhilfe kantonal ist, hat es auch keinen Sinn, mit anderen Städten ausserkantonal, Zürich und Basel, zusammenzuarbeiten. Das ist schon ein strategischer Fehler gewesen. Es hätte wieder ein Leuchtturmprojekt sein sollen. Es ist daneben. Dort hat man das Geld verschwendet. Hingegen bei den Classes bilingues hat man relativ rasch entschieden, indem man gesagt hat, wir hätten keine schulraumstrategische Erweiterung. Damit hat man die abgeklemmt. Und wir hätten keine Lehrpersonen. Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, dass es beim Schulhaus Matte-Standort keine Erweiterungsmöglichkeiten gibt und dass dieser gerade als Ort, der von verschiedenen Seiten her erreichbar sein muss, mit dem ÖV schlecht erschlossen ist. Und man hätte auch darauf aufmerksam machen können, dass man einen Lehrermangel hat. Ich habe das Gefühl, wenn man das frühzeitig signalisiert hätte, hätte man bei der Uni Bern sicher Chancen gehabt. Ob sie Jus studieren oder Lehramt oder Archäologie oder was auch immer – man hätte hier Leute gehabt. Also das sind die Punkte, die wir einleitend darlegen, und womit wir sagen, wieso es dort nicht gut ist.

Und wir unterstützen auch die Anträge grossmehrheitlich, die darauf abzielen, dass man bei den Classes bilingues wiederum nach Möglichkeiten sucht. Ich komme zuerst zu den klassischen SVP-Anträgen, das sind die Anträge 71 und 72, wo wir nach wie vor sagen: Wir wollen die Globalkredite für die Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen um 250'000 Franken reduzieren. Ihr seht, wir sind da vernünftig. Man kann es nicht von

heute auf morgen machen, man soll erst 2028 ersatzlos streichen. Ich habe immer gesagt, man muss Gewaltprävention machen. Wir haben bei der häuslichen Gewalt geholfen. Dort ist ein Problem. Dort hat ein grosser Teil der SVP, wir waren nur 3, das unterstützt oder sich enthalten. Dort sind wir dabei. Aber man muss dort eingreifen. Wenn man gefährliche Demonstrationen hat, muss man mehr Polizeipräsenz haben. Das ist für mich entscheidend. Den Anträgen der SBK stimmen wir zu. Jetzt kommen wir auf die Anträge 89 und 97: Der Globalkredit Umsetzung und Sicherstellen nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung ist mit weniger Ressourcen umzusetzen. Ich habe es schon gesagt: Wenn ihr eine Produktionsküche macht und am Donnerstag für Dienstag kocht, dann ist das alles andere als nachhaltig, dann ist das ungesund – ich koche selber auch gerne –, dann macht die Vitamine kaputt. Und ich habe auch gefragt, wie viele Reste es gibt. Offenbar gibt es relativ viele Reste. Denn der vorgekochte Frass, ich kann es nicht anders bezeichnen, schmeckt nicht gut. Und dann muss man nicht noch mehr Geld hineinstecken. Und wenn die Fachstelle das empfiehlt, dann ist die Fachstelle überflüssig. Ich habe nicht Ernährung studiert, aber ich kann euch sagen: Wenn ich am Donnerstag kochen würde und meiner Tochter am Dienstag irgendetwas Gefrorenes mit möglichst viel Konservierungsmittel vorsetzen würde, dann würde sie das nicht essen. Und genau wieder: Der Fluch der bösen Tat ist der Antrag 97. Wir wollen die externe Zubereitung, das Vorkochen in der Produktionsküche, Ziegler und anderen Orten – jetzt wollt ihr im Tiefenau auch noch diesen Frass machen und nachher die Kinder mit dem beglücken oder eben mit dem Zeug vergiften, würde ich fast sagen. Darauf soll man verzichten und es soll wieder frisch vor Ort gekocht werden. Es soll Personal geben, das dort für die Kinder kochen kann. Die Kinder haben ein Kocherlebnis, ein positives Erlebnis und nicht irgendwie vorbereiteten Food. Das ist genau das-selbe wie im Flugzeug, wo ihr Essen habt, das in München gekocht wird, und ihr bekommt es in Singapur etwa 14 Tage später. Das ist eben nicht gut. Und wenn die Fachstelle das gutheisst, ist die völlig überflüssig. Dann kann man die zurückschicken, aufheben. Dann kann man dort Geld sparen und das Geld gescheiter einsetzen für gesunde, günstige Ernährung. Nachhaltig ist sie auch. Ich stelle einfach fest: Nachhaltig ist der vorgekochte Frass nicht. Ihr kennt mich.

Präsident: Alex, hol bitte mal kurz tief Luft. Wir haben jetzt von dir doch einige Wörter gehört, die stark an die Grenze des parlamentarischen Anstands gehen, bis hin zur Unterstellung, dass Kinder vergiftet werden. Du kannst dein Votum jetzt fortführen – und die SVP-Fraktion bitte ich um Ruhe.

Alexander Feuz (SVP): Ich sagte schon, es ist eine wunderbare Küche. Es ist besonders gut, wenn ihr es möglichst lange zum Voraus macht. Schaut zu Hause, fragt eure Mutter, ob es gut ist, das Essen am Donnerstag zu machen und nachher am Dienstag zu servieren. Gewisse Leute vertragen es nicht. Auch den Körnerfrass vertragen gewisse Leute nicht.

Ich gehe davon aus, dass mir die Unterbrechung zeitlich gutgesprochen wird. Ich bin nämlich schon bei einem neuen Thema. Ein Teil unserer Fraktion, Ueli und ich, würde dem zustimmen, und zwar ist das die Junge Bühne. Ich habe durchaus Verständnis, dass man hier den Jungen eine Chance gibt, damit sie etwas machen können. Mein Anliegen wäre einfach gewesen, ich sage es euch gerade ehrlich, dass man kürzt; und zwar bei der Zentrale. Diesen Antrag habt ihr leider nicht gut geheissen – Kultur Stadt Bern. Dort hätte ich gesagt: Man kann kürzen und das Geld nachher den Jungen geben. Denn, wenn man, ohne mit der Kommission Rücksprache zu halten, Leistungsverträge nicht verlängert, dann bin ich der Meinung, ist das falsch. Nachher gibt es eben andere

Sachen. Das Recovery kann man verschieden anschauen. Wir werden uns dort nicht auf die Hinterbeine stellen. Aber für uns ist folgendes einfach wichtig. Wenn wir die anderen Anträge sehen, die wir haben, und mit deren Hilfe man zusätzlich weitere Gelder ausgeben will. Dort sind wir dagegen. Hingegen die Classe bilingue, ich habe es gesagt, werden wir unterstützen. Da sind wir grosszügig, weil wir finden, für eine Bundesstadt gehöre es dazu, dass man das hat.

Und ich stelle auch fest, Herr Präsident, dass man je nachdem, wer spricht, eingreift oder nicht eingreift. Wenn der Vortragende der SVP Kritik macht und vielleicht ein bisschen weitergeht, dann geht das nicht. Aber bei anderen Diskussionen – auch, als Ursula Stöckli behindert worden ist – hat der Präsident nicht eingegriffen. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ich rede hier zu den BSS-Anträgen. Auch dieses Mal liegen wieder viele Anträge vor, welche es der grössten und teuersten Direktion noch schwerer machen, gesetzte Budgetziele einzuhalten. Über unsere Haltung in Bezug auf das Quadrilemma der Stadtfinanzen hat mein Parteikollege Michael Burkard schon ausführlich in der Grundsatzdebatte gesprochen. Mir obliegt nun die unangenehme Aufgabe, euch darzulegen, was das im Einzelnen für die eingegangenen Anträge für Konsequenzen auf unser Stimmverhalten hat. Unangenehm deshalb, weil es immer einfacher ist, vermeintlich sozialen und gesellschaftsförderlichen Anliegen, Anliegen, die sich für das Wohlergehen der Schwachen einsetzen, aus Prinzip zuzustimmen und sich so auf die richtige Seite zu schlagen, als zu begründen, weshalb man diese trotz Sympathien für deren Stossrichtung ablehnt. Nicht alles, was nice to have wäre, ist auch politisch sinnvoll und zielführend.

Lasst mich deshalb damit beginnen, was wir annehmen werden. Wir nehmen den Antrag zur Erhöhung des Globalkredites für das Angebot Digitales Gleichgewicht sowohl im Budget wie im Planjahr an. Hier kann man unseres Erachtens mit relativ wenig finanziellem Aufwand ein dringendes gesellschaftliches Bedürfnis, nämlich einen mündigen Umgang mit den digitalen Möglichkeiten der heutigen Zeit, begegnen. Wir stimmen Ja zur Erhöhung des Globalkredites für die Weiterführung der Lernbegleitung, so wie sie jetzt besteht, um so eine Lücke zu vermeiden, bis ein neues, möglicherweise qualitativ besseres und tragfähigeres Modell eingeführt wird, weil uns die vorgeschlagene Lösung einer temporären Auslagerung in Nachbargemeinden am Zielpublikum vorbeigezielt scheint, unpragmatisch ist und deshalb nicht sinnvoll. Aufgrund der Intervention diverser Schulleiter*innen stimmen wir auch der Erhöhung des Globalkredites für die Anpassung der Sachkosten an die Schüler*innenzahlen zu, sowohl im Budget wie für die Planjahre. Wir stimmen ausserdem dem Antrag auf Senkung der Fallzahlen der Sozialarbeitenden zu, da es sich in anderen Städten und Gemeinden wenig erstaunlich erwiesen hat, dass sich Sozialarbeitende mit weniger Fallbelastung besser dem eigentlichen Zweck ihrer Arbeit, nämlich der Ermächtigung ihrer Klientel, sich wieder selbst zu helfen, widmen können. Dies trägt mittelfristig zur Senkung der Sozialleistungen bei und damit zur Entlastung der Gemeinde. Wir stimmen zuletzt auch dem Antrag für ein Pilotprojekt zur Unterstützung bei der IV-Anmeldung zu, wie es die Sozialhilfekommission vorschlägt. Auch dieses Vorgehen verspricht mittelfristig eine Entlastung der Staatskasse.

Stimmfreigabe haben wir in Bezug auf den Antrag Einstellung von 50'000 Franken für den zu erwartenden Anstieg im Bereich Betreuungsgutscheine beschlossen. Wir konnten uns nicht einigen, ob es Sinn macht, diesen Betrag bereits zum Voraus einzustellen. Zu allen anderen Anträgen sagen wir Nein oder haben einen Kompromissvorschlag

ingegeben. Wenig überraschend können wir gut mit der Verschiebung der Einführung des Betreuungsschlüssels in den Tagesschulen leben. Wir waren ja damals sowieso gegen die Einführung dieses tieferen Betreuungsschlüssels. Wir sagen Nein zu Resourcenerhöhungen in den Generalsekretariaten und beim zahnärztlichen Dienst, denn wir sind mit wenigen begründeten Ausnahmen gegen eine weitere Aufblähung des Staatsapparates. Wir sagen Nein auch zum vom Staat bezahlten Zvieri. Die Kosten für Lebensmittel machen nur einen Bruchteil des Warenkorbs von Privathaushalten aus. Will man diese entlasten, muss man anderenorts den Hebel ansetzen. Wir sagen auch Nein zu Geldern für Deutschkurse im Weyerli. Denn, was die Leute wirklich brauchen, sind Kurse, in welchen sie die vom Staat für den Erhalt einer Aufenthaltsgenehmigung benötigten Sprachatteste erwerben können. Also: Wenn schon, dann eher mehr Geld für Deutschbons. Wir sagen Nein zu den vom Staat bezahlten Grippeimpfungen. Diese kommen nämlich dann schon beinahe einer Verpflichtung dafür gleich. Ich denke, kein Lehrer, der das möchte, kann das nicht aus der eigenen Tasche bezahlen. Wir sagen auch Nein zu Krediterhöhungen für das Konservatorium und auch zur Erhöhung des Globalkredites, damit der Faktor 1,5 von Schüler*innen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen nicht auf 20% pro Standort beschränkt werden muss. Nein sagen wir eigentlich auch zum Antrag der SP-JUSO in Sachen Förderung des Bilingualismus, mit dem die ursprünglich für die Classes bilingues eingestellten Gelder global und sehr unpräzise eingesetzt werden sollen. Michael Ruefer hat nun noch einen Kompromissvorschlag eingegeben, dem wir grossmehrheitlich zustimmen werden.

Einzelvotum: Darf ich noch kurz das Einzelvotum anhängen? Dann braucht ihr mich nicht mehr zu hören. Liebste Claudine, ich kann sehr gut mit dem mutigen, wenn auch unglücklich kommunizierten Entscheid der BSS-Direktorin leben, dass diese Klasse nicht weiter existieren soll. Es war ein Versuch. Den kann man auch abbrechen. Unsere Schulen haben meines Erachtens, weiss Gott, grössere Sorgen zu bewältigen, als es einer kleinen Minderheit, die meist aus Gesellschaftsschichten stammt, die sich ein Ausleben ihres Bilingualismus auch anders leisten können, einen zweisprachigen Schulbesuch zu ermöglichen. Ein guter Teil unserer Jugend, ich konnte das letztens gerade in der Sonntagszeitung lesen, kann nach 9 Jahren nicht richtig lesen und schreiben in einer Sprache. Mir ist es egal, ob sie das in Deutsch, Französisch, Italienisch oder Rätoromanisch können, aber in einer der Landessprachen sollten sie das können, sonst ist unsere Demokratie längerfristig echt gefährdet. Und dort sollte meines Erachtens Geld hinfliessen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP/JUSO, Monique Iseli.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die Stadt Bern wächst und mit der Stadt wachsen auch die sozialen Herausforderungen. Für uns ist klar, Bildung, Teilhabe und soziale Sicherheit dürfen keine Privilegien sein. In diesem Sinne wollen wir uns gegen gewisse Sparmassnahmen in der BSS stellen. Im Folgenden gehe ich auf unsere Prioritäten ein. Ich spreche zuerst zum Schulamt. Der AFP sieht Kürzungen in der Bildung vor, denen wir entschieden entgegentreten. Die Umsetzung der Tagesbetreuungsverordnung soll nicht erneut hinausgeschoben werden. Kleine Gruppengrösse in der Tagesbetreuung sind ein enormer Vorteil für die Kinder wie auch für das Personal. Wir nehmen den SBK-Antrag 79 an. Natürlich lehnen wir entsprechend den Antrag 95 der FDP ab. Die Lernbegleitung als Sparmassnahme für das nächste Jahr einzustellen, ist in unseren Augen eine Fehlentscheidung. Kinder, die Schwierigkeiten beim Lernen haben und Unterstützung brauchen, dürfen nicht abgehängt werden. Wenn man die Lernbegleitung unterricht, verlieren viele Kinder ein Jahr lang eine wichtige Unterstützung. Für uns

hier drin mag ein Jahr eine kurze Zeit sein, aber für ein Schulkind, das Unterstützung braucht, kann in dieser Zeit viel verloren gehen. Wir stimmen dem SBK-Antrag 84 zu. Ich komme zur Zweisprachigkeit Deutsch-Französisch. Die Stadt Bern soll bei der Förderung des immersiven Unterrichts eine aktive Rolle einnehmen. Wir haben dazu eine Motion eingereicht, die den Gemeinderat beauftragt, sich zusammen mit Kanton und anderen Gemeinden für ein nachhaltiges, bilinguales Bildungsangebot als Teil einer starken Volksschule einzusetzen. Die Motion wurde entgegen unserem Antrag nicht für dringlich erklärt. Eine 1 zu 1 Weiterführung der ClaBi im Jahr 2026 haben wir im August abgelehnt. Aber das haben wir ja schon alles besprochen. Wir halten entsprechend an unserer Motion, an der Planungserklärung 94 fest. Für das Budget 2026 können wir aber zugunsten von Beeflat und dem GFL-Antrag mit der Hälfte des im SBK-Antrag 87 geforderten Beitrags, das heisst 165'000 Franken, leben. Ich habe es zu Beginn meines Votums erwähnt: Die Stadt Bern wächst und mit ihr die Schüler*innenzahl. Und gerade da leuchtet es uns nicht ein, warum der Sachaufwand in den Schulen nicht den steigenden Schüler*innenzahlen angepasst wird. Zum Sachaufwand gehören Lehrmittel, digitale Lizenzen, die übrigens oft pro Schüler abgerechnet werden müssen, Exkursionen und Schullager. Wenn uns hier drin die Bildung wichtig ist, dann sollten wir die Schulen auch entsprechend ausrüsten. Wir stimmen dem SBK-Minderheitsantrag 83 und 91 zu.

Richten wir den Blick einmal weg von der Volksschule und zu einem Bildungsangebot, das die Integration stärkt. Der kostenlose Deutschkurs im Weyerli für Anfänger*innen soll gestrichen werden laut Budget. Der niederschwellige Kurs lief während der Sommerferien jeweils am Morgen ohne Anmeldepflicht und wurde letztes Jahr im Schnitt von 67 Menschen pro Tag besucht. Die Nachfrage besteht. Wer Deutsch lernt, findet Zugang zu Bildung und Gesellschaft. Angebote wie der Deutschkurs im Weyerli gehören gefördert, nicht gestrichen. Wir stimmen dem Antrag 88 von GB/JA! und JUSO zu. Bei der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen beantragen SVP und FDP diverse Kürzungen und einen Stellenabbau. Wir anerkennen die wichtige Arbeit, die diese Dienststelle leistet und wollen ihnen keine Ressourcen streichen.

Ich komme zur Dienststelle Familie und Quartier Stadt Bern. Die SP-JUSO befürwortet die SBK-Anträge 99 und 101 zur Unterstützung der Jungen Bühne Bern. Bei der Kulturproduktion verlangt die Stadt Bern, dass in den Budgets branchenübliche Löhne und Sozialversicherungen berücksichtigt werden. Da die Junge Bühne Bern das mit den bisherigen Beiträgen nicht einhalten kann, ist eine Erhöhung des jährlichen Betrags um 15'000 Franken notwendig. Wir haben im Juni beschlossen, die Beiträge an die VBG (Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit) um total 135'000 Franken zu erhöhen. Damit dies auch so umgesetzt werden kann, stimmen wir den Anträgen 100 und 102 der GB/JA! selbstverständlich zu.

Jetzt zu den Anträgen im Gesundheitsdienst: Wir alle hier drin können mal besser, mal schlechter mit den digitalen Medien umgehen, das haben wir aber auch lernen müssen. Das Internet bietet viele Risiken, gerade für junge Menschen. Es gibt aber Möglichkeiten, die Kinder und Jugendlichen in der digitalen Welt zu begleiten. Der SBK-Minderheitsantrag 103 verlangt eine Erhöhung des Globalbudgets um 20'000 Franken für das Präventionsprogramm Digitales Gleichgewicht. Das Programm bewährt sich seit 10 Jahren. In Bern-West und Wittigkofen zeigt die Praxis: Kinder kommen dort öfter und früher mit digitalen Geräten in Kontakt, während Eltern weniger Ressourcen haben, sie dabei zu begleiten. Mit dem geforderten Betrag können wir erreichen, dass die betroffenen Schulen jedes Jahr statt alle 2 Jahre Workshops für die Kinder vom Kindergarten bis in die 9. Klasse sowie Elternanlässe erhalten. Es ist eine gezielte Investition in die Prävention. Wir werden dem Antrag zustimmen. Wir bleiben beim Thema psychische

Gesundheit. Das Recovery College gibt Menschen mit psychischen Belastungen ihren Angehörigen und Interessierten einen Ort zum Austauschen, Lernen und Stärken. Nach dem Rückzug der UPD kann der Trägerverein trotz kantonaler Unterstützung und Stiftungsgelder die Gesamtkosten nicht decken. Damit dieses wichtige Angebot nicht wegbricht, braucht es die Unterstützung der Stadt. Wir nehmen den SP-JUSO-Antrag 168 an. Zum Schluss sage ich noch etwas zu den Anträgen 105 und 108 GB/JA! zur Weiterentwicklung des Frühförderprogramms Primano. Mit der Weiterentwicklung von Primano können Familien früher erreicht und gezielt unterstützt werden, so dass Kinder bessere Startbedingungen erhalten und Schulen langfristig entlastet werden. Wir stimmen den entsprechenden Anträgen zu.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Mein Votum wird kürzer als das meiner Vorrednerin, also keine Sorge. Das Budget der mit Abstand grössten Direktion, der BSS, beträgt für das Jahr 2026 mit 372 Mio. Franken, gut 20 Mio. Franken mehr als das diesjährige Budget. Davon sind 10 Mio. Franken mehr im Schulamt eingerechnet und 7 Mio. Franken im Sozialamt. 11,7 von rund 30 neuen Stellen sollen in der BSS geschaffen werden. Dazu kommen 7,2 drittfinanzierte Stellen. Man kann also überhaupt nicht davon sprechen, dass der Gemeinderat unsoziale Kürzungen im Budget vorgenommen habe. Wir sind dem Gemeinderat dankbar, dass bei der Erstellung des Budgets klare Vorgaben gemacht wurden und zugunsten einer finanziellen Nachhaltigkeit nicht einfach allen meist durchaus sinnvoll zu begründenden Wünschen nachgegeben wurde. Durch die Kompensationsvorgabe wurden gewisse Priorisierungen vorgenommen, die wir respektieren. Deshalb werden wir alle Anträge ablehnen, die eine Aufstockung von Kompensationsmassnahmen verlangen. Wir lehnen aber auch alle willkürlichen Kürzungsanträge ab. Man könnte also heute das Gefühl haben, wir hätten das "Neinhorn" zu Besuch, dies ist ein Insider für alle Eltern von kleinen Kindern.

Es gibt ein paar wenige Ausnahmen, wo wir uns nicht auf ein Nein einigten. Das eine betrifft das eingestellte Geld für die Förderung der Zweisprachigkeit, wo halt das Schlamassel bereits angerichtet ist, ohne dass Überlegungen angestellt wurden, wie die Aufhebung der Classes bilingues mit anderen Massnahmen abgefedert werden könnte. Wir haben hier Stimmfreigabe beschlossen. Einige werden zustimmen, andere nicht, weil nicht klar ist, was ab nächstem Sommer mit dem beantragten Geld umgesetzt werden soll. Beim Antrag 77 zu den zusätzlichen Stellen wegen der Fallführungssoftware Citysoftnet werden wir uns enthalten. Bei Citysoftnet ist für uns sehr intransparent, welche Stellen wofür sind, wie lange es diese zusätzlichen Stellen braucht und wie es grundsätzlich eigentlich wirklich läuft in den Ämtern, die mit Citysoftnet arbeiten müssen. Hier werden die zuständigen Kommissionen in nächster Zeit genauer hinschauen. Momentan können wir aber nicht beurteilen, ob und ab wann man reduzieren kann. Deshalb unsere Enthaltung bei diesem Antrag. Schliesslich noch zum SBK-Minderheitsantrag Nummer 76 zu einem Pilotprojekt von Case-Management bei der IV-Anmeldung. Hier stimmen wir von der EVP zu, die GLP lehnt ab, weil die Verantwortung für diese Aufgabe grundsätzlich beim Kanton liegt. Wir sehen aber trotzdem einen Mehrwert für die betroffenen Menschen.

Insgesamt bitten wir euch, ebenfalls die Priorisierungen der Verwaltung und des Gemeinderats zu respektieren und nicht mit zahlreichen Budgetaufstockungen die Nachhaltigkeit unserer Finanzen zu gefährden. Schliessen möchte ich mein Votum mit einem grossen Danke an die vielen Mitarbeitenden, die an den Schulen, im Sozialbereich, im

Sportamt und allen weiteren Bereichen der Direktion für Bildung, Soziales und Sport grossen Einsatz leisten und sehr gute Arbeit verrichten. Merci vielmals.

Präsident: Wir haben 3 Minuten 20 und es ist tatsächlich kürzer. Für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich werde meine Redezeit auch nicht ausreizen, so wie das letzte Mal, keine Sorge. Die Fraktion AL/PdA/TIF steht den Sparmassnahmen im Bildungsbereich äusserst kritisch gegenüber. Es ist für uns unverständlich, wie eine linke Mehrheit in der Regierung ein solches Budget verabschieden kann. Natürlich ist es schön, wenn für einmal kein Defizit budgetiert wird, aber zu welchem Preis? Wer Sparmassnahmen meint und kompensieren sagt, spricht in bester Neuspprechmanier – frei nach George Orwell. Nennen wir das Kind doch beim Namen. Wenn das Budget beim Schulamt nicht den wachsenden Schüler*innenzahlen angepasst wird, ist das eine Sparmassnahme und nichts anderes. Und was genau ist kompensiert, wenn der Nachhilfeunterricht für ein Jahr pausieren muss? Das aber nur einleitend.

Ich gehe nun auf einzelne Anträge ein. Auf die Sparanträge der Bürgerlichen gehe ich nicht im Einzelnen ein, die lehnen wir einfach allesamt ab. Ich komme zuerst zu unserem Antrag 75. Diesen Antrag ziehen wir zurück, weil der Rat unserem Antrag nicht gefolgt ist und die Steueranlage nicht auf 1,7 erhöht hat. Der Antrag wäre dann nötig geworden, um die höheren Steuerzahlen der Wenigerverdienenden zu kompensieren – und diesmal wirklich zu kompensieren. Mit den Mehreinnahmen in der Höhe von geschätzten 50 Mio. Franken, die eine solche kleine Erhöhung des Steuerfusses zufolge hätte, hätten wir 10 Mio. Franken dem Teil der Bevölkerung zurückgeben wollen, der nur wenig Geld zur Verfügung habt. Schade. Wir ziehen den Antrag also zurück.

Den Antrag Nummer 76 nimmt unsere Fraktion an. Von einem Pilotprojekt bei den IV-Abklärungen im Sozialamt versprechen wir uns viel. In anderen Gemeinden wurden ähnliche Massnahmen ja bereits erfolgreich eingeführt. Beim Schulamt wollen wir alle Sparmassnahmen ablehnen, die der Gemeinderat vorschlägt. Dass wir überhaupt nochmals über den Antrag 79 diskutieren müssen, mit dem der Betreuungsschlüssel auf 1 zu 6 ausgebaut werden soll, finden wir ziemlich skandalös. Wir haben hier schon mehrfach darüber diskutiert und mehrfach entschieden. Dass das so nicht eingeplant ist im Budget, grenzt an Arbeitsverweigerungen im Gemeinderat. Dann mache ich es kurz. Alle weiteren Anträge, die einen Abbau im Schulraum verhindern wollen, nehmen wir an. Wie ich schon anfangs angetönt habe: Die meisten dieser Anträge sind kein Leistungsausbau, sondern das Bewahren des Status Quo. Das ist das Mindeste, was wir den Mitarbeiter*innen der Schulen und Kinderbetreuungsinstitutionen in der Stadt schuldig sind. Sie leisten eine grosse Arbeit und viele sind am Anschlag. Wer hier sparen will, steuert auf einen Kollaps im Betreuungswesen hin. Wir plädieren also sehr dafür, all diese Anträge anzunehmen und fordern den Gemeinderat eindringlich auf, in Zukunft auf solche Sparvorschläge bei der Bildung zu verzichten. Auch das Thema des Bilingualismus: Die Anträge dazu nehmen wir an. Wir finden, dass das gefördert werden soll.

Die Anträge im Gesundheitsamt nehmen wir auch an. Neben der Bildung ist Sparen bei der Gesundheit ähnlich kurzsichtig. Wenn die Gesundheit zu kurz kommt, entstehen Folgekosten, und zwar um ein Mehrfaches. Auch das ist ja nichts Neues. Das manifestiert sich dann auch nicht nur finanziell, sondern hat auch grosses menschliches Leid zur Folge, das verhindert werden könnte. Unsere Fraktion unterstützt die Anträge bei Familie & Quartier. Die Aufstockung der Gelder für die Junge Bühne unterstützen wir, damit sie sich branchenübliche Löhne zahlen kann, wie das Kultur Stadt Bern von allen

Kulturschaffenden einfordert, die städtische Gelder erhalten. Die Erhöhung der Gelder beim VBG finden wir auch sinnvoll, und werden den Anträgen zustimmen, wie auch beim kurzfristig eingegangenen Antrag für das Recovery College. Eigentlich handelt es sich hier ja um einen Sparantrag, weil mit den 30'000 Franken ein zigfaches an Folgekosten eingespart werden können. Das ist gut investiertes Geld. Merci.

Präsident: Für die Fraktion der FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich nehme anschliessend im Namen der FDP Stellung zu den Budgetanträgen, die die BSS bzw. die SBK betreffen. Vorab, ohne gewissen Abbau des Sozialstaats oder sagen wir, einem Stopp des Weiterausbaus des Sozialstaats werden wir die Finanzen in der Stadt Bern nicht in den Griff bekommen. Ohne Rotstift wird es nicht gehen. Es gilt darum, vernünftig zu sein und genau hinzuschauen, was ein Kernauftrag des Staates oder eben der Stadt ist oder wo die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, jedes Einzelnen gilt.

Nun komme ich summarisch zu der Haltung unserer Fraktion. Unsere eigenen Anträge werden wir selbstredend annehmen und die Anträge der SBK grossmehrheitlich ablehnen, ebenso die Anträge der AL/PdA, der GB/JA!, der JUSO sowie GB/JA!, mehrheitlich Stimmfreigabe für die Anträge der SVP. Jetzt zu den einzelnen Anträgen, fast ein bisschen wie in der Buchhaltung. Zu den Anträgen im Schnelldurchlauf: Nummer 70 und 73 nehmen wir an, für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für einen Business-Analysten fehlt der Bedarfsnachweis. Das kann man temporär oder über externe Lösungen oder über einen Kompetenzaufbau beim bestehenden Personal erreichen. Nummer 71 und 72 lehnen wir ab, weil nicht gebührend begründet. Bei Nummer 74 stimmen wir Ja. Es braucht nicht noch einen grösseren Stab in der Verwaltung. Eine Verwaltung ist per se schon eine Stabsstelle. Und die Funktion, die da bezeichnet ist, kann und muss von der Führungskraft selber wahrgenommen werden. Das ist in der Privatwirtschaft auch so. Nummer 75 lehnen wir ab, weil es vollkommen ideologisch und realitätsfremd ist. 76 lehnen wir auch ab. Wir sehen keinen Handlungsbedarf im Bereich IV-Anmeldung. 77 nehmen wir an, weil der Betreuungsaufwand mit Citysoftnet durch die sogenannte Lernkurve abnehmen und es nicht so viele Stellen brauchen sollte in Zukunft. 78 nehmen wir an: Es braucht auch hier nicht noch einmal eine zusätzliche bequeme Stabsstelle, sondern auch das kann von den Führungskräften selber erledigt werden. 79 lehnen wir ab. Der Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 reicht. Der Schlüssel von 1 zu 6 ist eine Luxuslösung, die wir uns nicht leisten können. Nummer 80 will eine zusätzliche Stabsstelle schaffen, noch einmal. Und das lehnen wir ab. 81 lehnen wir ab, weil der Vorschlag des Gemeinderates, der hier vorliegt, ausreichend ist. 82 und 90 lehnen wir ab. Der Staat ist nicht für alles zuständig im Leben. Dann könnt ihr euch sonst an Alexander Feuz wenden. Das Essen ist Privatsache. 83 und 91 lehnen wir auch ab. Wenn es ein Bedürfnis wäre, dann hätte die Schuldirektion einen entsprechenden Antrag selber gemacht. Der liegt hier aber nicht vor. 84 nehmen wir an, weil man damit einzelne Kinder gezielt fördern kann. Das ist sinnvoll. 85 und 92 lehnen wir ab. Impfungen sind grundsätzlich Privatsache. 86 und 93 lehnen wir auch ab. Im Musikunterricht wird entgegen dem Antrag nicht gespart. Die bestehenden Regelungen reichen. 87 und 94 nehmen wir an. Es ist wichtig, dass gerade in der Bundeshauptstadt Zweisprachigkeit gefördert wird. ClaBi darf nicht sterben. Wenn es eine Gegenüberstellung geben sollte, würden wir dem Antrag hier den Vorzug geben gegenüber 170. 88 und 96 lehnen wir ab aus Kosten-Nutzen-Überlegungen, bei 89 gibt es Stimmfreigabe, 97 lehnen wir ab. 98: Auch diese Erhöhung sehen wir nicht als notwendig an. 99 und 101 lehnen wir auch ab. Es wäre nicht fair. Man würde einfach einzelne Kulturbetriebe speziell begünstigen.

Da braucht es eine Gesamtlösung. 100 und 102, die höhere Beiträge für die VBG fordern, lehnen wir auch ab. Dafür haben wir vor 2 Sitzungen schon die Kasse, die Schatztruhe, geöffnet und den Kredit unnötig erhöht. Das reicht. 103 und 106 lehnen wir auch ab. Das ist in der Selbstverantwortung der Eltern und es gibt auch genug private Angebote. Die Reihe 104 bis 108 lehnen wir auch ab. Die bestehenden Angebote reichen und müssen nicht ausgebaut werden. 109 und 111 nehmen wir an. Es braucht keine zusätzliche Kommunikationsstelle. Die bestehenden Ressourcen reichen und können auch durch eine bessere Koordination geregelt werden oder sogar durch einen intelligenten Einsatz von KI. 110 nehmen wir an. Das ist eine Führungsaufgabe bei Absenzen im Betrieb. Da muss die Führungskraft selber schauen, wie man das regeln kann. Dazu braucht es nicht zusätzliches Personal. Und das löst das Problem nicht, weshalb es Absenzen gibt. Dann wären einfach mehr Leute absent. 160 und 169 lehnen wir aus formellen Gründen ab.

Fazit: Wir sind für ein gutes Bildungs- und Kulturangebot, wir sind auch für einen Sozialstaat für Leute, die in Not sind. Wir sind aber auch für einen Sozialstaat, der auf Eigenverantwortung setzt, wo die Chancengleichheit auf einem gezielten, effizienten Leistungsangebot basiert. Es soll ein Sicherheitsnetz sein, das nicht zu dauerhaften Abhängigkeiten führt. Wir lehnen deshalb ein weiteres Aufblasen des Sozialstaats und insbesondere des Verwaltungsapparats mit zusätzlichen Stabsstellen ab. Die Privaten müssen auch für jede Stelle jeden Fünfräppler 4 oder 5 Mal umdrehen, bis sie eine neue Stelle schaffen können und müssen 3 Mal belegen, dass es sie effektiv braucht, und schaffen sie erst, wenn sie richtig ausfinanziert ist. Diese Haltung erwarten wir auch von der Stadtverwaltung und von der Stadt Bern. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Für die Mitte-Fraktion ist es klar: Wir wollen eine starke und verlässliche Sozial- und Bildungspolitik, ohne dabei die städtischen Finanzen aus dem Gleichgewicht zu bringen. Und das ist möglich. Und ich finde es sehr störend, wenn wir hier von einem asozialen Budget sprechen, und wir, die wir Ausweiterungen ablehnen, dann Sozialabbauer*innen genannt werden. Unser Kompass bleibt die Chancengleichheit und die Qualität, aber wir lehnen dauerhaft zusätzliche Belastungen ab, wenn diese nicht seriös geplant, begründet oder finanziell nachhaltig sind. Ich gehe auf zwei Themen ein: Zweisprachigkeit, Classes bilingues. Die Mitte bekennt sich klar zu den bilingualen Klassen. Es ist ein Standortvorteil und ein Auftrag unserer Stadt. Wir unterstützen daher die Anträge zur Weiterentwicklung und Finanzierung der Classes bilingues. Die abrupte Kommunikation zur Streichung der ClaBi war ein Schock und wir erwarten künftig eine vorausschauende verbindliche Ressourcen- und Projektplanung, welche Lehrpersonen und Familien eine Sicherheit und eine Klarheit gibt.

Zweites Thema – Kita, Kinderbetreuung, Schulkinderbereich: Wir unterstützen Einzelmaßnahmen oder gezielte Projekte, zum Beispiel Pilotprojekte, das Füllen der Jahreslücke bei der Lernbegleitung, Betragsanpassungen bei den Betreuungsgutscheinen; dies, weil wir hier klar einen gesellschaftlichen und finanziellen Mehrwert sehen und dieser transparent ausgewiesen wird. Wir lehnen aber alle Anträge für dauerhaften Stellenausbau oder strukturelle Personalerweiterungen konsequent ab. Viele der Zusatzkosten der Vergangenheit sind durch ungenügende Planung, fehlende Qualifizierungen entstanden. Hier braucht es künftig bessere, verbindlichere Planung, Controlling und Monitoring, eine gezielte Weiterbildung. Die subventionierte Kinderbetreuung

ist eine Pflichtaufgabe. Aber sie muss effizient und gerecht eingesetzt bleiben. Wir fordern einen Kurswechsel bei der städtischen Kita-Strategie. Die Spezialfinanzierung ist mittlerweile jährlich mit rund einer Million im Minus und der finanzielle Bumerang kommt zurück. Hier braucht es eine Entflechtung aus der Verwaltung und einen echten Effizienzschub.

Die Position der Mitte bei weiteren Anträgen: Wir lehnen die Anträge ab, welche Symbolpolitik sind, pauschalen Ausbau oder dauerhafte Mehrkosten verursachen, wie der Antrag 75, eine Pauschalerhöhung des Globalkredites des Sozialamtes. Wir unterstützen hingegen Anträge, die klar begründet, befristet und überprüfbar sind und einen echten oder gesellschaftlichen Bedarf ausweisen, wie zum Beispiel bei sozialer Integration, Bildung oder Unterstützung der Betroffenen, wie der Antrag 76 zur Unterstützung von IV-Anmeldungen oder bei der Lernbegleitung.

Zum Abschluss noch: Wir finden es störend, wenn bei solchen Debatten Interessen gegeneinander ausgespielt werden, wenn also Kuhhandel betrieben wird im Sinne von: Wir können ein bisschen die Classes bilingues unterstützen, damit wir eben auch bei der Kultur noch etwas unterstützen können. Das eine kann nicht mit dem anderen verglichen werden. Und wir wehren uns dagegen, dass man als Sozialabbauer, Kulturbauhaus behandelt wird, wenn wir nichts anderes wollen als ein ausgeglichenes Budget. Ein ausgeglichenes soziales, faires und gerechtes Budget ist möglich, auch wenn es ausgeglichen ist. Somit komme ich zum Schluss. Die Mitte-Fraktion unterstützt Innovation, Chancengleichheit und Qualität. Aber wir fordern von der Verwaltung und vom Gemeinderat eine verbindliche Planung, Kostenwahrheit und ehrliche Prioritätensetzung. Besser planen und steuern, damit es nicht zu weiteren Überraschungslöchern kommt, die dann gestopft werden müssen. Vielen Dank.

Präsident: Das nächste Fraktionsvotum wird das letzte sein. Dann haben alle Fraktionen gesprochen. Ihr könnt euch ab sofort für Einzelvoten anmelden. Für die Fraktion GB/JAI!, Sarah Rubin.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Auch dieses Jahr haben wir von GB/JAI! uns für die Budgetdebatte inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Für die Direktion BSS kann man diese unter Armutsbekämpfung durch Bildung zusammenfassen. Oft wird von Chancengleichheit für Kinder in der Schweiz gesprochen. Die Forschung weiss, dass dem nicht so ist. Im Gegenteil: Laut einer Studie von Caritas ist die Bildungsmobilität in der Schweiz gering. Und nicht nur Reichtum wird weitervererbt, sondern insbesondere auch Armut. Bildung ist die Grundlage für eine funktionierende Gemeinschaft und Gesellschaft, auf die unglaublich komplexe Herausforderungen zukommen, denen wir nur gemeinsam begegnen können. Mit ungenügender Bildung und steigender Armut wird das schwierig und teuer. Es braucht uns alle, es braucht Solidarität. Was wir tun können, um die Chancengleichheit zu fördern und Armut zu bekämpfen, ist, Bildung stärken, Frühförderung auszubauen. Das sage ich, das sagt unsere Fraktion und das sagt vor allem die Wissenschaft. Ich zitiere aus dem kantonalen Leitfaden zur frühen Förderung: "Wenn es gelingt, insbesondere die Kinder mit einem hohen Förderbedarf etwa aufgrund sozi-ökonomischer Benachteiligungen zu erreichen, so leistet frühe Förderung auch einen wesentlichen Beitrag, faire Bildungschancen herzustellen und der Vererbung von Armut entgegenzuwirken. Individuelle Lebensperspektiven werden dadurch verbessert, gesellschaftliche Folgekosten von Bildungsabbrüchen, Arbeitslosigkeit oder Delinquenz verhindert. Eine gute Förderung kann in dieser Lebensphase besonders viel Wirkung entfalten und ist daher auch" – Achtung, jetzt kommts – "ökonomisch besonders lohnend. Frühe Förderung hat sich international, aber auch in der Schweiz als besonders

geeignete Massnahme zur Verbesserung der Bildungschancen und damit auch zur Armutsprävention erwiesen."

Um die vielseitigen Gefahren von Armut für Betroffene und die Gesellschaft zu minimieren, setzen wir von GB/JAI uns für genug Ressourcen im Bereich Bildung, für Unterstützungsleistungen für Betroffene und für Frühförderung ein. Wir lehnen daher selbstverständlich alle Anträge, die in der BSS sparen wollen, ab. Auf diese gehe ich daher nicht mehr weiter ein. Ich werde nun zu ein paar Anträgen noch kurz etwas zu unserer Haltung sagen. Zu allen Anträgen, die wir annehmen, nehmen wir auch die dazugehörenden Planungserklärungen an. Die Planungserklärung Nummer 76, in der es um ein Pilotprojekt zur Unterstützung der IV-Anmeldung und des IV-Verfahrens geht, nehmen wir an. Auch hier geht es darum, Armutsbetroffene konkret und gezielt zu unterstützen. Den SBK-Antrag 79 zum Betreuungsschlüssel nehmen wir natürlich an. Für uns muss Betreuung als wichtiger Teil der Bildung gedacht werden. 1 zu 6 hilft den Kindern in allen Zyklen und – ganz wichtig – auch dem Personal. Es ist politisch beschlossen. Aber immer wieder wird versucht, das doch noch zu verwässern. Na ja. Jetzt will man den Zyklus 2 vertrösten. Vom Zyklus 3 ganz zu schweigen. Im Zyklus 3 sind nicht viele Jugendliche in der Tagesbetreuung. Aber die, die es sind, brauchen sie und die gleich hochstehende Betreuung wie jüngere Kinder sie brauchen. Es ist eine Tagesstruktur, während der Beziehungsarbeit und Unterstützung zu Themen wie Berufswahl stattfinden. Viele Jugendliche haben das zu Hause nicht und sind gerade deswegen in der Tagesbetreuung. Auch im Antrag 81 geht es um die Tagesbetreuung. Dieser Antrag, mit dem sichergestellt werden kann, dass alle Kinder mit besonderen Bedürfnissen genug Betreuung erhalten, unterstützen wir, ebenso den Antrag 80 für die Resourcenanpassungen in den Sekretariaten der Tagesbetreuung. Diese beiden Anträge sind übrigens die logische Konsequenz der Erhöhung des Betreuungsschlüssels. Daher geht es nicht auf, den Antrag zum Betreuungsschlüssel zu unterstützen, aber nicht diejenigen zu mehr Ressourcen im Sekretariat, so wie den Antrag 81, in dem es eben um den Faktor 1,5 für Kinder mit mehr Unterstützungsbedarf geht. Kinder mit diesem Faktor sind so oder so da und können nicht einfach als Prozentsatz weggespart werden. Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, ist faktisch weniger Betreuung als 1 zu 6, und zwar für alle Kinder, gewährleistet. Antrag 82, das ist das Zvieri-Geld, stimmen wir zu. Dann hat es Anträge, die die Ressourcen im Schulamt und dem Gesundheitsdienst dem Wachstum der Schülerinnenschaft anpassen wollen, das sind Nummer 83 Sachkosten und 104 Schulärztlicher Dienst. Lea Bill hat in der Grundsatzdebatte ja bereits erwähnt, wie absurd es ist, Ressourcen nicht anzupassen und dann zu sagen, man spare ja gar nicht, man schiebe nur auf. Wenn man Probleme verschiebt, gibt man ihnen Zeit zum Wachsen. Und faktisch ist es eben nicht ein Verschieben, sondern eben eine Sparmassnahme.

Dann kommen wir zum Antrag 84, die Lernbegleitung. Das unterstützen wir. Im Sinne meiner Eingangsworte zu Bildung und Armut ist das sehr wichtig. Dieses Angebot muss nach der jetzigen Übergangslösung unbedingt professionell aufgegelistet werden. Und dafür müssen wir jetzt die Weichen stellen. Kein Leistungsabbau in der Bildung bedeutet für uns auch, dass das Geld, das durch die nicht weitergeförderte ClaBi frei wird, weiterhin in der BSS belassen und im Sinne der Förderung eines zweisprachigen Unterrichts eingesetzt wird. Wie Franziska Geiser während der ClaBi-Debatte bereits betont hat, soll die Zweisprachigkeit unbedingt auch über Deutsch-Französisch hinausgehen und auch andere Erstsprachen betreffen.

Nun komme ich zum Antrag 88 Deutschkurs Weyerli, sehr niederschwellig, sehr wirksam und vor allem für die Stadt sehr günstig. Dasselbe gilt für den Antrag 105, wo es um den Ausbau der Frühförderung geht – wirksam und trotz des vermeintlich hohen

Betrages für die Stadt sehr günstig, wie ich ja bereits in den Eingangsworten ausgeführt habe. Den Antrag zu den Betreuungsgutsprachen lege ich euch ebenso ans Herz. Auch hiermit kann Armut etwas abgeschwächt und dafür gesorgt werden, dass Betroffene ihr Leben im Alter in Würde führen können. Letztes Jahr wurde von diesem Parlament per Planungserklärung dazu gefordert, die Deckelung der Betreuungsgutsprachen abzuschaffen und dafür einzuführen, dass jedes Jahr prozentual zum Wachstum der betroffenen Bevölkerungsschicht mehr Geld eingestellt wird. Nun könnt ihr zeigen, dass ihr diese Forderung auch bei einem verbindlichen Budgetantrag unterstützt. Dann bleibt noch der Antrag zu Junge Bühne und natürlich unser eigener Antrag zur VBG. Die nehmen wir selbstverständlich an. Und interessanterweise nehmen wir auch den Vorkoch-Antrag der SVP an.

Ich komme zum Schluss. Merci, wenn ihr die von uns unterstützten Anträge ebenfalls annimmt. Es lohnt sich menschlich und finanziell.

Präsident: Merci vielmals für dieses Votum. Wir sind jetzt bei den Einzelsprechenden. Als erster, Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP), Einzelvotum: Ich sage etwas zu den ClaBi-Geldern und zum Antrag 87 und Antrag 170. Wie ihr gehört habt, unterstützt die SP-JUSO-Fraktion den Antrag 170 und die Erhöhung des Globalkredits im Schulamt um 165'000 Franken. Ich favorisiere den Antrag der Kommission, der SBK, und möchte kurz darlegen, weshalb. Der Gemeinderat versucht, aus dem Ende des Schulversuchs ClaBi Kapital zu schlagen, im wahrsten Sinne des Wortes, und das Geld für die ClaBi-Klassen zu kompensieren. Berechnet wurden 330'000 Franken für das Jahr 2026, die nicht mehr benötigt werden. Ich bin damit nicht einverstanden, dies aus 3 Gründen. Erstens: Der Vorschlag des Gemeinderats ist eine Kürzung im Bildungsbudget, dies bei steigenden Schüler*innenzahlen und dies bei gleichzeitig rekordhoch veranschlagten Steuereinnahmen. Dies ist ein Sparen auf Kosten der Schule, was ich nicht unterstützen kann. Die Bildung hat Priorität. Zweitens haben wir eine Motion eingereicht, die den Gemeinderat beauftragt, weiterhin zweisprachigen Unterricht und/oder die Förderung der Zweisprachigkeit in den Volksschulen zu ermöglichen. Zudem haben wir hier vor 2 Wochen beinahe einstimmig eine Richtlinienmotion überwiesen, die in eine ähnliche Richtung zielt. Deshalb ist es nur konsequent und logisch, wenn wir dazu auch die entsprechenden Mitteln zur Verfügung stellen – und das nicht nur in einer Planungserklärung, sondern auch für das Budget 2026. Das Thema hat eine gewisse Dringlichkeit und 165'000 Franken ermöglichen nicht gerade viel. Drittens: Ich denke, wir alle hier im Saal wollen attraktive Berner Schulen. Dazu gehören auch vernünftige Klassengrössen. Das heisst, eher um die 20 Kinder als um die 25 Schulkinder pro Klasse. Klar sind es nur 91 Schülerinnen der ClaBi, die auf die Hunderten von Klassen in der gesamten Stadt verteilt werden. Doch was heisst das? Im Endeffekt ist das ein Schulkind mehr in 91 Klassen. Oder es sind 2 Kinder mehr in 45 Klassen oder es sind 3 Kinder mehr in 30 Klassen. Und schliesslich kann niemand hier und heute vorhersagen, wo es dann trotzdem eine Klasse mehr braucht. Dann wäre der geplante Spareffekt weg – oder es gibt irgendwo eine 27er-Klasse. Und so grosse Klassen sind eine Belastung für das Lehrpersonal, welche wiederum in Zeiten des Lehrpersonalmangels ein zusätzliches Problem bei der Rekrutierung von guten Lehrkräften ist. Ich werde aus den genannten Gründen den Kommissionsantrag unterstützen.

Präsident: Als nächstes Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA), Einzelvotum: Vor 2 Jahren war ich als Aussenstehende bei der Budgetdebatte dabei, und setzte mich für den Betreuungsschlüssel 1 zu 6 in der Tagesbetreuung ein. Nur zu gerne hätte ich damals meinen Frust und meine Erfahrung mit euch geteilt, warum 1 zu 6 in der Tagesbetreuung so wichtig ist. Deshalb möchte ich heute eine Mitarbeiterin der Tagesbetreuung sprechen und darlegen lassen, warum 1 zu 6 so wichtig ist. Sie erzählt hier aus ihrem Betreuungsalltag: "Ich habe morgen Tagesleitung und bin von 12 bis 18.15 Uhr intensiv am Arbeiten, zu viele Kinder in zu kleinen Räumen mit schon bekannten und nicht ersetzen Personalausfällen und weinenden Kindergärtelern, die man aus verschiedenen Gründen nicht genügend betreuen/gute Bedingungen für sie schaffen kann, inklusive. Ich hoffe sehr, ihr bringt 1 zu 6 durch." Ich appelliere an alle hier in diesem Rat. Das ist die Realität in der Tagesbetreuung und ich hoffe sehr, dass ich ihr nach dieser Debatte mitteilen kann, dass ihr 1 zu 6 und die weiteren Anträge zur Tagesbetreuung angenommen habt. Merci.

Präsident: Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Nachmittag allerseits und danke vielmals für die lebhafte Debatte und die vertiefte Auseinandersetzung mit dem gesamtstädtischen Budget und auch mit dem Budget der BSS. In der FIKO und in der Grundsatzdebatte war die schwere Lesbarkeit des AFP und die Transparenz ein Thema und deshalb werde ich ganz kurz eingangs noch einmal darauf eingehen, was unsere Ausgangslage im BSS-Budget war und wie wir vorgegangen sind. Wir haben im Gemeinderat Anfang des Jahres beschlossen, dass wir alle neuen Aufgaben, die nicht gegenfinanziert sind, innerhalb der Gesamtdirektionsbudgets kompensieren. Die SBK-Referentin hat vorhin erläutert, was bei uns in der BSS vor allem die vier grössten Posten sind, was das Aufgabenwachstum anbelangt: die Schulinformatik, dann neuer Schulraum, die Citysoftnet-Leistungserhaltsgeschichte, also die Aufnahme des Nachkredites, die Nachkredite, die wir am Stellen sind, und auch die Tagesbetreuung und das Sekretariat, vor allem der Personaletat. Da haben wir aufgrund der stark steigenden Nachfrage ein grosses Wachstum. BSS-intern sind wir so vorgegangen, dass wir einerseits anstehende zusätzliche Aufgaben im Umfang von einer halben Million vorpriorisiert haben, das heisst, im AFP-Prozess des Gemeinderates nicht zur Debatte gestellt haben, und anschliessend standen bei allen Abteilungen die ungebundenen Aufgaben sowieso zur Debatte. Und wir haben auch bei den gebundenen Aufgaben geschaut, wo wir ein Pausieren vorschlagen können oder einen Ausbau zum Beispiel aufgrund des Schüler*innenwachstums proportional abflachen könnten. Oder wir haben wir geschaut, wo wir innerhalb von gesetzlichen Vorgaben diese ritzen können – im Sinne des Budgets. Gesamthaft hat ja der Gemeinderat dann die 10 Mio. Franken eingespart im Rahmen dieses Prozesses. Der Beitrag der BSS liegt bei 8 Mio. Franken.

Ich komme nun zu den Anträgen. Es liegen sehr viele Anträge vor in Bezug auf das BSS-Budget, bei denen es auch darum geht, Sparmassnahmen des Gemeinderates rückgängig zu machen oder zusätzliche Aufgaben einzustellen, die wir nicht vorgesehen haben. Zu denen werde ich mich nicht äussern. Wir haben unsere Arbeit gemacht und der Gemeinderat hat dieses Budget verabschiedet, welches nun in euren Händen liegt. Ich werde allerdings 2 Ausnahmen machen hinsichtlich dieser Erläuterungen, dass ich nicht darauf eingehen werde, und auf diese Anträge eingehen, um im Nachgang zur Budgetdebatte keine Missverständnisse im Raum stehen gelassen zu haben. Und zudem werde ich noch punktuell auf zusätzliche Kürzungsanträge eingehen.

Ich komme zu der Tagesbetreuung. Ich würde hier gerne kurz erklären, wie der gesetzliche Auftrag unseres Reglements, den Betreuungsschlüssel auf 1 zu 6 zu erhöhen, mit

der Budgetstruktur der BSS zusammenhängt, damit nicht im Nachgang zur Debatte vom Falschen ausgegangen wird. Es gibt einerseits diesen Posten von diesen 750'000 Franken, auf den sich Antrag 79 und 95 beziehen. Das ist ein Posten, der damals geschaffen wurde beim Beschluss, auf 1 zu 6 zu gehen, um die zusätzlichen Mittel für den Ausbau des Betreuungsschlüssels extra auszuweisen. Dieser Betrag wurde damals festgelegt aufgrund von Schätzungen. Nun haben wir aber daneben noch den Budgetposten mit Betriebs- und Personalkosten, also quasi die Basis zum damaligen Entscheid. Und nun haben wir eine sehr rasante Entwicklung in der Stadt in der Nutzung der Tagesbetreuung. Das heisst, die steigt sehr stark an. Jetzt kann man sagen: Das ist eigentlich eine sehr gute Neuigkeit. Das wollen wir eigentlich, dass die Tagesbetreuung auch genutzt wird, aus Vereinbarkeitsgründen vor allem und aus Chancengleichheitsgründen. Aber entsprechend wachsen die Kosten auch sehr stark an. Und dieses exponentielle Ausgabenwachstum in Kombination mit dem Ausbau des Betreuungsschlüssels weicht natürlich jetzt nun ab von diesen damals geschätzten 750'000 Franken. Ich mache einfach hier den Hinweis, dass wir hier einen Gap haben in der Budgetstruktur und zu unseren reglementarischen Vorgaben. Und diesen GAP werden wir sicher bald gemeinsam diskutieren müssen, weil dieses Wachstum wirklich sehr hohe Kosten auslöst. Und wir werden das bald in die Pipeline bringen, um hier auch politisch unter anderem mit euch zu diskutieren, wie wir weiterfahren in der Tagesbetreuung.

Dann zum Zweisprachigkeitsantrag: Auch hier noch eine kurze Klärung. Wir hatten ja erst gerade die intensive Debatte im Nachgang zum Entscheid der Nichtverlängerung der ClaBi. Der Stadtrat hat auch die Motion, die vorhin erwähnt wurde, überwiesen, die wir sehr gerne entgegengenommen haben. Wir sind nun bereits daran, verschiedene Pisten zu prüfen, wie wir alternativ zum Schulversuch neue Angebote entwickeln können. Falls jetzt der eine oder andere Antrag aber die Mehrheit erlangen sollte hier in dieser Budgetdebatte, dann kann ich euch heute nicht sagen, wozu das Geld 2026 tatsächlich verwendet wird. Darauf wollte ich euch einfach nochmals hinweisen. Dann Antrag 70, Streichung der Business-Analyst-Stellen: Dazu haben sich jetzt schon Gemeinderatskolleg*innen geäussert. Ich unterstreiche das nochmals gern. Und der GPK-Sprecher hat auch darauf hingewiesen. Ich bitte euch wirklich, diese Stellen nicht zu streichen, gerade im Nachgang zu Citysoftnet und anderen IT-Projekten. Das sind sehr wichtige Stellen. Die digitale Transformation ist eine grosse Herausforderung und auch unsere Fachpersonen in den Ämtern sind darauf angewiesen, dass sie diese Business-Analyse-Kompetenzen zur Ergänzung erhalten, damit wir eben auch diese Prozesse in einer guten Qualität über die Bühne bringen können.

Dann noch kurz zum Antrag 72/71, Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen: Ich bitte euch, diesen Antrag abzulehnen. Da ging es darum, 250'000 Franken zu streichen. Wir haben eigentlich aufgrund der Debatte vom letzten Jahr – der Stadtrat hat das Budget erhöht in Bezug auf Diskriminierungsschutz – begonnen, diesen Diskriminierungsschutz konzeptionell auszubauen. Wir hatten auch im Stadtrat letztes Jahr und auch dieses Jahr intensive Debatten im Rahmen rund um die Antisemitismusproblematik. Und es wäre jetzt sehr widersprüchlich und schwierig für unsere Arbeit, die wir hier begonnen haben, diesen Diskriminierungsschutz wieder rückzubauen. Und 250'000 ist ein sehr hohes Budget. Daher müssten wir wahrscheinlich vollumfänglich auf die Rassismusbekämpfung verzichten. Dann hat es zum Teil, glaube ich, noch Missverständnisse im Raum. Antrag 74: Da geht es um die Führungsunterstützung im Sozialamt, die gestrichen werden sollte. Hier handelt es sich um eine Stelle, die bereits intern kompensiert wurde. Im Kompetenzzentrum Arbeit wurden Ressourcen abgebaut zugunsten dieser Führungsunterstützung. Es ist eine sehr wichtige Stelle und ich bitte euch, die-

sen Antrag abzulehnen. Das Sozialamt ist in den letzten Jahren substanziell gewachsen, sowohl personell als auch bezüglich der Zuständigkeiten. Und hier braucht es diese Unterstützung. Auf das Essen, die Mahlzeiten gehe ich jetzt nicht im Detail ein. Das werden wir sicher wieder auch im Rahmen von Vorstössen diskutieren. Und noch ein kleiner Hinweis zum Schluss – Antrag 109 und 111, Aufstock und Kommunikationsstelle im Sportamt: Auch hier der Hinweis, dass diese Stelle dienststellenmässig intern vollständig kompensiert wurde. Das wird das städtische Budget also nicht belasten.

Präsident: Vielen Dank. Das wäre eine Punktlandung. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge BSS. Wir sind auf Seite 2 der Antragsliste unten. Wir stimmen als erstes ab über Antrag 70 FDP bezüglich 80%-Stelle Business-Analyst.

Antrag 70

FDP

Budget BSS Direktionsstabsdienst Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen
Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 025

2024.FPI.0082: Antrag 70

Ablehnung

Ja	15
Nein	55
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 71 SVP, Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen.

Antrag 71

SVP

Budget BSS Direktionsstabsdienst Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen
Der Globalkredit für die Fachstelle Migration- und Rassismusfragen ist um Fr. 250'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 026

2024.FPI.0082: Antrag 71

Ablehnung

Ja	6
Nein	64
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 72 SVP bezüglich Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen.

Antrag 72

SVP

Planjahr BSS Direktionsstabsdienst Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen
Die Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen ist per 2028 ersatzlos zu streichen.

Abstimmung Nr. 027

2024.FPI.0082: Antrag 72

Ablehnung

Ja	5
Nein	65
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 73 FDP bezüglich Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen.

Antrag 73

FDP

Planjahr BSS Direktionsstabsdienst Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen
Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2026- 2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 028

2024.FPI.0082: Antrag 73

Ablehnung

Ja	15
Nein	55
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 74 FDP bezüglich Führungsunterstützung.

Antrag 74

FDP

Budget BSS Sozialamt

Auf die Schaffung einer Stelle für Führungsunterstützung soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 125'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 029

2024.FPI.0082: Antrag 74

Ablehnung

Ja	16
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Antrag 75 ist zurückgezogen. Wir kommen zu Antrag 76, SBK-Minderheit.

Antrag 75 (zurückgezogen)

AL/PdA/TIF

Budget BSS 310_Sozialamt

Der Globalkredit ist um 10 Mio. zu erhöhen.

Antrag 76
SBK-Minderheit
Planjahr BSS Sozialamt

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind die entsprechenden Finanzmittel einzustellen, um das von der Sozialhilfekommission empfohlene Pilotprojekt zur Unterstützung der IV-Anmeldung und des IV-Verfahrens umzusetzen.

Abstimmung Nr. 030

2024.FPI.0082: Antrag 76

Ablehnung

Ja	26
Nein	43
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 77 FDP Fachapplikationsbetreuende.

Antrag 77
FDP
Planjahr BSS Sozialamt

Die im Jahr 2026 zusätzlich eingestellten Fachapplikationsbetreuende und MA zur Erhaltung des Leistungsniveau des Sozialdienstes müssen in den Jahren 2027 bis 2029 nach und nach zurückgefahren werden.

Abstimmung Nr. 031

2024.FPI.0082: Antrag 77

Ablehnung

Ja	16
Nein	53
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 78 FDP Führungsunterstützung

Antrag 78
FDP
Planjahr BSS Sozialamt

Auf die Schaffung einer Stelle für Führungsunterstützung soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 032

2024.FPI.0082: Antrag 78

Ablehnung

Ja	16
Nein	55

Enthalten	0
-----------	---

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 160 SP-JUSO, GB/JA! bezüglich Fallbelastung.

Antrag 160

SP/JUSO, GB/JA

Planjahr BSS Sozialamt

Der Gemeinderat ergreift Massnahmen, um die Fallbelastung im Sozialamt der Stadt Bern mittelfristig auf rund 80 Fälle pro 100%-Stelle zu senken. Die Falllast ist seit längerer Zeit sehr hoch und lag im Juni 2025 bei 103 Fällen pro Stelle. Ziel ist eine nachhaltige Entlastung der Sozialarbeitenden und eine bessere Betreuung der unterstützten Personen.

Abstimmung Nr. 033

2024.FPI.0082: Antrag 160

Annahme

Ja	45
Nein	26
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Jetzt kommen wir zu einer Gegenüberstellung. Wir sind bei den Anträgen bezüglich Förderung der Zweisprachigkeit. Wir stellen gegenüber Antrag 87 SBK dem Antrag 170 GFL. Der Antrag 170 GFL entspricht der Tischvorlage von letzter Woche. Wenn ihr dem Antrag SBK 330'000 Franken den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün. Wenn ihr dem Antrag GFL für 165'000 Franken den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün.

Antrag 87

SBK

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um 330'000 zu erhöhen für die Förderung der Zweisprachigkeit in der Volksschule (für die ehemaligen bilingualen Schulklassen eingestellte Betrag).

Antrag 170

GFL

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um 165'000 zu erhöhen für die Förderung der Zweisprachigkeit in der Volksschule (Hälfte des für die ehemaligen bilingualen Klassen eingestellter Betrag).

Abstimmung Nr. 034

2024.FPI.0082: Antrag 87 vs. 170

Antrag 170 obsiegt

Ja	34
Nein	37
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag 170 GFL den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit ab über den obsiegenden Antrag 170. Wenn ihr ihn annehmen wollt, stimmt ihr Grün.

Abstimmung Nr. 035

2024.FPI.0082: Antrag 170

Annahme

Ja	63
Nein	3
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Jetzt kommen wir zum zurückgestellten Antrag Nummer 45, SBK. Es geht um den Antrag zur finanziellen Unterstützung des Vereins Beeflat.

Antrag 45

SBK

Budget BSS Kultur Stadt Bern

Der Globalkredit ist einmalig um CHF 100'000.- für einen entsprechenden Beitrag an beeflat zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 036

2024.FPI.0082: Antrag 45 (beeflat)

Annahme

Ja	43
Nein	24
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 79 SBK bezüglich Betreuungsschlüssel.

Antrag 79

SBK

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um 750'000 Fr. zu erhöhen, damit der Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung wie geplant auf 1:6 ausgebaut werden kann. Es findet keine Verschiebung dieser Erhöhung um ein Jahr statt.

Abstimmung Nr. 037

2024.FPI.0082: Antrag 79

Annahme

Ja	40
Nein	28
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 80, SBK-Minderheit, Ressourcenanpassung in den Sekretariaten.

Antrag 80

SBK-Minderheit

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um 100'000 Fr. zu erhöhen, um die geplante Ressourcenanpassung in den Sekretariaten umzusetzen.

Abstimmung Nr. 038

2024.FPI.0082: Antrag 80

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 81 SBK-Minderheit bezüglich Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen.

Antrag 81

SBK-Minderheit

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um 290'000 Fr. zu erhöhen, damit der Faktor 1,5 von Schüler*innen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen nicht auf 20% pro Standort beschränkt werden muss.

Abstimmung Nr. 039

2024.FPI.0082: Antrag 81

Ablehnung

Ja	18
Nein	52
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 82, SBK-Minderheit Zvieri in der Tagesbetreuung.

Antrag 82

SBK-Minderheit

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um 225'000 Fr. zu erhöhen. Es soll für das Zvieri in der Tagesbetreuung eingestellt werden.

Abstimmung Nr. 040

2024.FPI.0082: Antrag 82

Ablehnung

Ja	18
Nein	53

Enthalten	0
-----------	---

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 83 SBK-Minderheit.

Antrag 83
 SBK-Minderheit
 Budget BSS Schulamt
 Der Globalkredit ist um 93'000 Fr. zu erhöhen, um die Sachkosten der Schulen an die steigenden Schüler*innenzahlen anzupassen.

Abstimmung Nr. 041

2024.FPI.0082: Antrag 83

Annahme

Ja	45
Nein	26
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 84 SBK Lernbegleitung.

Antrag 84
 SBK
 Budget BSS Schulamt
 Der Globalkredit ist um 330'000 Fr. zu erhöhen, um die Lernbegleitung 2026 kostenlos weiterführen und das Nachfolgeangebot rechtzeitig aufgleisen zu können.

Abstimmung Nr. 042

2024.FPI.0082: Antrag 84

Annahme

Ja	58
Nein	8
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 85 SBK-Minderheit.

Antrag 85
 SBK-Minderheit
 Budget BSS Schulamt
 Der Globalkredit ist um 35'000 Fr. für die Grippeimpfung für Lehrpersonen zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 043

2024.FPI.0082: Antrag 85

Ablehnung

Ja	18
Nein	51

Enthalten	0
-----------	---

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 86 SBK-Minderheit.

Antrag 86

SBK-Minderheit

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um 40'000 Fr. für einen entsprechenden Beitrag an die Infrastruktur und den Betrieb des Konservatoriums Bern zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 044

2024.FPI.0082: Antrag 86

Ablehnung

Ja 17

Nein 53

Enthalten 0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 88.

Antrag 88

GB/JA, JUSO

Budget BSS Schulamt

Um den niederschwelligen Deutschkurs im Weyerli weiterzuführen, sind CHF 40'000 ins Budget einzustellen.

Abstimmung Nr. 045

2024.FPI.0082: Antrag 88

Annahme

Ja 40

Nein 31

Enthalten 0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 89 SVP bezüglich Schulamt.

Antrag 89

SVP

Budget BSS Schulamt

Der Globalkredit ist um Fr. 200'000 zu reduzieren. Die Umsetzung des Ziels "Sicherstellen nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung" ist mit weniger Ressourcen umzusetzen.

Abstimmung Nr. 046

2024.FPI.0082: Antrag 89

Ablehnung

Ja 15

Nein	53
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 90, SBK-Minderheit.

Antrag 90
SBK-Minderheit
Planjahr BSS Schulamt

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind für das Zvieri in der Tagesbetreuung die entsprechenden Beträge einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 047

2024.FPI.0082: Antrag 90

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 91.

Antrag 91
SBK-Minderheit
Planjahr BSS Schulamt

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind für die Anpassungen der Sachkosten der Schulen an die steigenden Schüler*innenzahlen entsprechende Beträge einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 048

2024.FPI.0082: Antrag 91

Annahme

Ja	46
Nein	25
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 92 SBK-Minderheit.

Antrag 92
SBK-Minderheit
Planjahr BSS Schulamt

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind je 35'000.- für die Grippeimpfung für Lehrpersonen einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 049

2024.FPI.0082: Antrag 92

Ablehnung

Ja	21
Nein	50
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 93.

Antrag 93

SBK-Minderheit

Planjahr BSS Schulamt

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind je 40'000.- für einen entsprechenden Beitrag an die Infrastruktur und den Betrieb des Konservatoriums Bern einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 050

2024.FPI.0082: Antrag 93

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 94 SBK bezüglich Förderung Zweisprachigkeit.

Antrag 94

SBK

Planjahr BSS Schulamt

In den Globalkrediten der Planjahre 2027 - 2029 sind je 800'000 für die Förderung der Zweisprachigkeit in der Volksschule (für die ehemaligen bilingualen Schulklassen eingestellte Betrag) einzustellen und die Kredite je entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 051

2024.FPI.0082: Antrag 94

Annahme

Ja	56
Nein	12
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 95 FDP.

Antrag 95

FDP

Planjahr BSS Schulamt

Auf die Mehrkosten der Tagesbetreuung sei zu verzichten (1:6 Betreuung). Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 750'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 052

2024.FPI.0082: Antrag 95

Ablehnung

Ja	26
Nein	42
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 96 GB/JA!, JUSO.

Antrag 96

GB/JA, JUSO

Planjahr BSS Schulamt

Um den niederschwelligen Deutschkurs im Weyerli weiterzuführen, sind in den Planjahren 2027 ff. CHF 40'000 pro Jahr einzustellen.

Abstimmung Nr. 053

2024.FPI.0082: Antrag 96

Annahme

Ja	40
Nein	31
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 97 SVP bezüglich dem Verzicht auf das Vorkochen.

Antrag 97

SVP

Planjahr BSS Schulamt

Auf die externe Zubereitung (Vorkochen) in der Produktionsküche Ziegler und andere sei wenn immer möglich per 2028 zu verzichten und es sei wieder frisch vor Ort zu kochen.

Abstimmung Nr. 054

2024.FPI.0082: Antrag 97

Ablehnung

Ja	22
Nein	46
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 98 SBK bezüglich Familie & Quartier.

Antrag 98

SBK

Budget BSS Familie und Quartier

Der Globalkredit ist um 50'000 Fr. zu erhöhen, um die Nachfrage nach Betreuungsgutsprachen decken zu können.

Abstimmung Nr. 055

2024.FPI.0082: Antrag 98

Ablehnung

Ja	26
Nein	45
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 99.

Antrag 99

SBK

Budget BSS Familie und Quartier

Der Globalkredit ist um 15'000 Fr. zu erhöhen, damit der Beitrag an die Junge Bühne Bern von 65'000 Fr. auf 80'000 Fr. angehoben werden kann.

Abstimmung Nr. 056

2024.FPI.0082: Antrag 99

Annahme

Ja	42
Nein	28
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Ich bitte euch, weiterhin ruhig zu bleiben. Wir sind noch nicht durch mit diesen Anträgen. Wir kommen zu Antrag 100 GB/JA!, SP-JUSO bezüglich Abgeltung an den VBG.

Antrag 100

GB/JA, SP/JUSO

Budget BSS Familie und Quartier

Der Betrag für die Abgeltung an die VBG wird im Budget 2026 um CHF 135'000 erhöht, um die vom Stadtrat beschlossene Anpassung des Leistungsvertrags 2026–2029 umzusetzen.

Abstimmung Nr. 057

2024.FPI.0082: Antrag 100

Annahme

Ja	49
Nein	21
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 101.

Antrag 101

SBK

Planjahr BSS Familie und Quartier

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind für eine Anhebung des jährlichen Beitrags von 65'000 auf 80'000 für die Junge Bühne Bern je zusätzliche 15'000 einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 058

2024.FPI.0082: Antrag 101

Annahme

Ja	43
Nein	28
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 102 GB/JA!, SP/JUSO.

Antrag 102

GB/JA, SP/JUSO

Planjahr BSS Familie und Quartier

Die zusätzliche Erhöhung der jährlichen Abgeltung an die VBG um CHF 135'000 ist in der Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 verbindlich zu berücksichtigen.

Abstimmung Nr. 059

2024.FPI.0082: Antrag 102

Annahme

Ja	49
Nein	20
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 103 SBK-Minderheit.

Antrag 103

SBK-Minderheit

Budget BSS Gesundheitsdienst

Der Globalkredit ist um 20'000 Fr. zu erhöhen, um das Angebot "Digitales Gleichgewicht" an besonders belasteten Schulen wie geplant im Jahresrhythmus anbieten zu können.

Abstimmung Nr. 060

2024.FPI.0082: Antrag 103

Annahme

Ja	45
Nein	25
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 104 GB/JA!.

Antrag 104

GB/JA

Budget BSS Gesundheitsdienst

Im Budget sind 23'000.- für die Anpassung der Ressourcen im schulärztlichen Dienst einzustellen.

Abstimmung Nr. 061

2024.FPI.0082: Antrag 104

Ablehnung

Ja	17
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 105 GB/JA!, JUSO.

Antrag 105

GB/JA, JUSO

Budget BSS Gesundheitsdienst

Im Budget sind 250'000 CHF für die Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 062

2024.FPI.0082: Antrag 105

Annahme

Ja	40
Nein	28
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 168 JUSO.

Antrag 168

JUSO

Budget BSS Gesundheitsdienst

Der Globalkredit wird um 30'000 Franken erhöht, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Recovery College Bern durch die Übernahme der Mietkosten und die Produktion von Programmbroschüren langfristig zu sichern.

Abstimmung Nr. 063

2024.FPI.0082: Antrag 168

Annahme

Ja	43
Nein	24
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 106 SBK-Minderheit.

Antrag 106

SBK-Minderheit

Planjahr BSS Gesundheitsdienst

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind je 40'000 Fr. für das Angebot "Digitales Gleichgewicht" an besonders belasteten Schulen einzustellen, um dieses wie geplant im Jahresrhythmus anbieten zu können. Die Kredite sind entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 064

2024.FPI.0082: Antrag 106

Annahme

Ja	46
Nein	23
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 107.

Antrag 107

GB/JA

Planjahr BSS Gesundheitsdienst

Im Planjahr 2027 sind 23'000.- für die Anpassung der Ressourcen im schulärztlichen Dienst einzustellen.

Abstimmung Nr. 065

2024.FPI.0082: Antrag 107

Ablehnung

Ja	21
Nein	50
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 108 GB/JA!, JUSO.

Antrag 108

GB/JA, JUSO

Planjahr BSS Gesundheitsdienst

In den Planjahren 2027-2029 sind jeweils 250'000 CHF für die Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 066

2024.FPI.0082: Antrag 108

Annahme

Ja	40
Nein	29

Enthalten	2
-----------	---

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 169.

Antrag 169

JUSO

Planjahr BSS Gesundheitsdienst

Der Globalkredit wird um 30'000 Franken pro Planjahr zu erhöhen, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Recovery College Bern durch die Übernahme der Mietkosten und die Produktion von Programmbroschüren langfristig zu sichern.

Abstimmung Nr. 067

2024.FPI.0082: Antrag 169

Annahme

Ja 43

Nein 25

Enthalten 2

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 109 FDP.

Antrag 109

FDP

Budget BSS Sportamt

Auf die Schaffung / Aufstockung einer zusätzlichen 30% Kommunikationsstelle sei zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 38'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 068

2024.FPI.0082: Antrag 109

Ablehnung

Ja 17

Nein 51

Enthalten 3

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 110 FDP bezüglich Kompensation aufgrund von Absenzen.

Antrag 110

FDP

Budget BSS Sportamt

Auf die Kompensationen aufgrund Absenzen sei zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 169'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 069

2024.FPI.0082: Antrag 110

Ablehnung

Ja 19

Nein	51
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zum letzten BSS-Antrag 111 FDP bezüglich Kommunikationsstelle.

Antrag 111

FDP

Planjahr BSS Sportamt

Auf die Schaffung / Aufstockung einer zusätzlichen 30% Kommunikationsstelle soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 070

2024.FPI.0082: Antrag 111

Ablehnung

Ja	16
Nein	50
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Somit sind wir durch mit der Beratung der Direktion BSS.

Wir fahren weiter mit der Direktion TVS. Für die vorberatende Kommission PVS hat das Wort, Corina Liebi. Sie müsste noch angemeldet werden.

Direktion TVS

Corina Liebi (JGLP) für die Kommission: Im Namen der Kommission möchte ich mich herzlich für die engagierte Arbeit der TVS bedanken. Mit Blick auf Budget und AFP zeigt sich, dass die kommenden Jahre grosse Herausforderungen mit sich bringen. Das Investitionsvolumen im Tiefbau steigt bis 2035 auf über 1,2 Mrd. Franken. Gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftemangel, während Zahl, Grösse und Komplexität der Projekte weiter zunehmen. Hinzu kommen neue Aufgaben wie die Förderung der Mitarbeitenden-Mobilität über das Veloverleihsystem oder der provisorische Betrieb des Car-Terminals.

Auch in den Bereichen Stadtgrün und Verkehrsplanung gilt es, die vorhandenen Mittel im Jahr 2026 mit Bedacht einzusetzen. Dies bedeutet, dass Aufgaben innerhalb der bestehenden Ressourcen organisiert und Prioritäten ganz klar gesetzt werden müssen, nicht zuletzt auch angesichts der hohen Unterhaltskosten grosser Anlagen wie des Holligenparks sowie der Projekte Viererfeld/Mittelfeld und dem ESP Ausserholligen. Für die Umsetzung des Klimaanpassungsreglements sind zusätzliche personelle Ressourcen eingeplant. Aus Sicht der zuständigen Delegation braucht es jedoch auch finanzielle Mittel für konkrete Massnahmen wie Entsiegelungen und die Umsetzung des Schwammstadtprinzips. Bei Geoinformation Stadt Bern liegt der Schwerpunkt auf der Erneuerung der Orthofotos und des 3D-Stadtmodells. Als Pilotgemeinde im kantonalen E-Plan-Projekt übernimmt die Stadt dabei eine wichtige Schnittstellenfunktion.

Auch im Bereich Entsorgung und Recycling stehen Veränderungen an: die Einführung der Containerpflicht, eine erste Auswertung des Recybag-Projekts, gleichzeitig auch die Notwendigkeit, auf die Zunahme illegaler Deponien mit verstärkter Hotline-Betreuung und zusätzlichen Kontrollen zu reagieren. Unsicherheiten bestehen aufgrund

schwankender Rohstoffmärkte. Dank vorhandener Rücklagen können Gebührenerhöhungen jedoch im Moment noch vermieden werden. Zentral bleibt bei der Stadtentwässerung die Umsetzung des generellen Entwässerungsplans. Private Abwasserleitungen werden systematisch überprüft und bei Schäden von der Eigentümerschaft saniert. Der Einsatz künstlicher Intelligenz kann künftig unterstützend wirken, ersetzt aber die fachliche Kontrolle keinesfalls.

Schliesslich bleibt die rechtliche Situation bei den Parkkartengebühren und Anwohnerparkkarten offen. Hier stehen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts noch aus. Mit einer Inkraftsetzung ist frühestens 2026 oder 2027 zu rechnen. Insgesamt hält die Kommission fest, dass die Verwaltung die grossen Aufgaben im Blick hat und engagiert an ihrer Umsetzung arbeitet. Das Jahr 2026 wird dabei vielerorts ein Jahr der Konsolidierung und Priorisierung sein. Mehrheitsanträge aus der Kommission wurden keine überwiesen. Es liegen jedoch 2 Minderheitsanträge vor, die eine Erhöhung des Globalbudgets 2026 sowie die Einstellung entsprechender Mittel für 2027 im AFP zur Umsetzung der Stadtklimainitiative vorsehen.

Die Kommission empfiehlt das Budget der TVS mit 10 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme zur Annahme und den AFP mit 7 Ja-Stimmen zu einem Nein bei 3 Enthaltungen ebenfalls.

Präsident: Es gibt ein Minderheitsvotum. Für die PVS-Minderheit hat das Wort Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Kommissionsminderheit: Ich mache es ganz kurz. Corina hat es schon erwähnt. Es geht um die Begründung des PVS-Minderheitsantrags. Der Stadtrat hat vor einem Jahr den Gegenvorschlag zur Stadtklimainitiative angenommen und seit Januar 2025 ist dieser in Kraft. Der Gegenvorschlag legt verbindlich fest, dass Bern jährlich 10'000 m² klimawirksame Fläche schaffen muss. Bis 2035 sollen es insgesamt mindestens 140'000 m² werden. Da wir nach verabschiedeten Klimaanpassungsregelungen sowieso alle 2 Jahre über die Fortschritte informiert werden, macht es nur Sinn, jetzt diese Mittel einzustellen. Ansonsten werden wir logischerweise in Rückstand geraten, was teurer und nicht günstiger wird. Darum empfiehlt euch die PVS-Minderheit, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident: Das war kurz und knapp. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Als Erstes hat das Wort für die Fraktion GLP-Fraktion, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Ich halte mich kurz. Im Namen der GLP-EVP-Fraktion möchte ich mich auch ganz herzlich bei der TVS für die geleistete Arbeit bedanken. Wir nehmen sowohl das Budget 2026 als auch den vorliegenden AFP positiv zur Kenntnis und begrüssen die Kompensationsbemühungen des Gemeinderats ausdrücklich.

Zu den Anträgen: Den Antrag 116 zur Wiedereinstellung der Werbeeinnahmen unterstützen wir ganz klar. Er wurde von uns miteingereicht. Ein Werbeverbot im öffentlichen Raum ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Der freiwillige Verzicht auf dringend benötigte Einnahmen aus Konzessionen für Plakatstellen wäre angesichts der finanziellen Lage der Stadt gegenüber der Stimmbevölkerung nicht zu rechtfertigen. Die beiden Anträge zur PVS-Minderheit lehnen wir ab, da diese Kosten wie vom Gemeinderat vorgesehen im Globalbudget kompensiert werden sollen. Ganz grundsätzlich unterstützen wir den Gemeinderat in seinem Bestreben, ein Budget mit einer schwarzen Null vorzulegen und im kommenden Jahr eine Aufgabenpriorisierung vorzunehmen. Daher lehnen

wir sämtliche weiteren Anträge ab, egal ob sie Budgeterhöhungen oder Kürzungen verlangen. Vor der Aufgabenpriorisierung dem Gemeinderat reinzugrätschen und "random" Budget-Streichungen zu verlangen, ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich den Mitarbeitenden der TVS für ihren grossen Einsatz und ihre wertvolle Arbeit in einem nicht immer einfachen Umfeld danken. Merci.

Die Haltung der FDP zum Budget ist bereits mehrmals kundgetan worden. Wir sind der Meinung, dass das Budget einen Überschuss von mindestens 300 Mio. Franken ausweisen sollte. Die Einsparungen müssen im allgemeinen Haushalt getätigt werden. Dieser darf nicht noch mehr aufgebläht werden und es darf keinen Leistungsausbau und keine neuen Aufgaben geben, ohne zu kompensieren.

Unter diesen Rahmenbedingungen hat die FDP zu den Anträgen innerhalb der TVS folgende Positionen. Wir werden alle FDP-Anträge annehmen und hoffen natürlich, dass alle Parteien, denen die finanzielle Nachhaltigkeit, also der gestaltungsfreie Raum der nächsten und übernächsten Generation wichtig ist, diesen auch zustimmen werden. Was wollen wir mit unseren Anträgen? Wir wollen keine zusätzlichen Kommunikationsstellen und auch keine neuen Stellen für Business-Analysts. Wir haben das Gefühl, dass hier das Gesetz von Parkinson zuschlägt und zwar, indem sich die Bürokratie eigendynamisch aufbläht. Und das wollen wir verhindern. Fairerweise möchten wir dazu sagen, dass dieses Gesetz von Parkinson auch auf viele grosse Firmen zutrifft und nicht nur bei der Verwaltung der Stadt Bern. Wir wollen aber auf keinen Fall diese Stellen auf dem Rücken der Mitarbeitenden verhindern. Gesunde und motivierte Mitarbeitende sind uns sehr wichtig. Wir sind aber der Meinung, dass das Schaffen von immer neuen Stellen nicht die Probleme der sagenhaft hohen Absenzenquoten der Mitarbeitenden der Stadt Bern löst. Wer schon einmal Mitarbeitende geführt hat, weiss, dass die meisten Mitarbeitenden lieber zu viel Arbeit als zu wenig Arbeit haben. Vermutlich liegen die Gründe tiefer, zum Beispiel bei Führungsdefiziten, ungünstigen Ablauf- und Aufbauorganisationen, nicht optimierten Prozessen, fehlender Unterstützung etc. Deshalb bitten wir euch, unsere Anträge 124 und 126 zu unterstützen, welche einen Abbau von FTE vorsehen. Warum? Bei den Friedhöfen und der Geoinformation der Stadt Bern sind signifikant weniger Entgelten, also Einnahmen, budgetiert. Es wird also weniger Leistung angeboten und deshalb muss der Personalbestand auf die neue Ausgangslage angepasst werden.

Ein weiterer Vorstoss von uns sieht vor, den Beitrag beim Veloverleihsystem "Zur Verfügungstellung von Gratisabos innerhalb der Stadtverwaltung" zu kürzen. Das Veloverleihsystem ist eine gute Sache, welche wir im Grossen und Ganzen unterstützen. Das Verleihsystem ist aber für die Allgemeinheit gemacht. Die Angestellten der Stadt Bern sollen für diese Dienstleistungen bezahlen wie alle anderen auch. Die Diskriminierung der normalen Stadtbewohnerinnen und -bewohner muss aufhören. Die Anträge der SVP bezüglich genereller Kürzung beim Verleihsystem werden wir aber klar ablehnen. Weiter werden wir den Antrag der SVP auf Verzicht der Durchführung des Pilotprojekts zur 24-Stunden-Gratsparkierung für Velos ablehnen, denn die FDP ist für ein Miteinander des motorisierten Individualverkehrs und Velos. Aus unserer Sicht ist es aufgrund der engen Verhältnisse in der Stadt einfach klug, wenn man insbesondere bei Zufahrten zum Bahnhof Bern auch auf Veloverkehr setzt. Und damit die Velos dort nicht überall herumstehen, ist es sinnvoll, zumindest diesen Versuch zur 24-Stunden-Gratsparkierung zu machen. Alle PVS-Minderheitsanträge und auch die Anträge GB/JA!! werden

wir ablehnen, nicht weil wir gegen Biodiversität oder Nachhaltigkeit sind. Wir finden einfach den Weg dazu falsch. Neugeschaffene Stellen machen das Klima und die Biodiversität nicht besser. So kostet das Umstellen eines konventionellen Gartens auf einen biodiversen Garten circa 5'000 Franken. Das ist unter anderem ein Grund dafür, dass es in diesem Bereich nur schleppend vorwärtsgeht, nicht die fehlende Fachstelle. Es braucht Anreize, statt Verbote oder neue Fachstellen. In der Stadt Bern haben wir schon viel zu viele zahnlose Fachstellen.

Auch den Antrag der GFL bezüglich Fussgängersteg Zehendermätteli werden wir ablehnen. Es entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung, dass man diesen Fussgängersteg über die Jahre prüft und dem wollen wir uns nicht verwehren. Den Antrag der SVP zur Kürzung des Globalbudgets über 500'000 Franken bei der Verkehrsplanung werden wir unterstützen, nicht unbedingt aus den gleichen Gründen wie die SVP. Die städtische Verkehrsplanung arbeitet seit Jahren eng zusammen mit dem ASTRA bei der Umgestaltung des Anschlusses Wankdorf, also dem Spaghetti-Knoten. Exponenten des ASTRA sagen sogar, dass dieses Projekt ein städtisches Projekt ist. Und was passiert dann? Die Stadt legt Beschwerde ein gegen ein Projekt, das ihre eigene Verkehrsplanung wesentlich mitgestaltet hat. Offenbar hat die städtische Verkehrsplanung nicht im Sinne des Gemeinderates gehandelt und das stört uns, wie auch der Umstand, dass sich die Verkehrsplanung leisten kann, über viele Monate auf einen sehr hohen Kadermitarbeitenden zu verzichten. Bei dieser Dienststelle hat es somit Sparpotenzial. Und das wollen wir nutzen und das Globalbudget über eine halbe Million kürzen.

Ein Antrag, der uns sehr am Herzen liegt, ist Nummer 116. Wir unterstützen sehr, dass das Plakatierungsverbot aufgehoben werden soll und die dringend benötigten Einnahmen generiert werden können. Wir danken den Einreichenden dieses Antrages für ihr vernetztes Denken, ihre Weitsicht und ihren Mut. Wir von der FDP fordern, dass dieser zusätzliche Ertrag für den Schuldenabbau reserviert wird oder höchstens für Investitionen, aber auf keinen Fall im allgemeinen Haushalt vernichtet wird. Warum wollen wir diesen Betrag für den Schuldenabbau einsetzen? Weil die Stadt Bern jährlich bei einem aktuell extrem tiefen Zinsniveau fast doppelt so viel Geld für Schuldzinsen als für die Kultur ausgibt. Das kann es doch nicht sein.

Zum Schluss noch ein wichtiger Antrag, unser Antrag Nummer 114. Das Strassennetz der Stadt Bern darf nicht noch mehr verlottern. Deshalb ist es wichtig, dass für den Unterhalt 1 Mio. Franken zur Verfügung gestellt wird. Seit 2012 wurde jedes Jahr zu wenig Geld für die Instandhaltung der Verkehrswege eingestellt, damit die Infrastruktur auf dem Niveau "ausreichend" gehalten werden kann – "ausreichend", nicht "gut". Der Zustand der Strassen verschlechtert sich weiter, dadurch entstehen vor allem für den Zweiradverkehr, die Fussgänger*innen und ältere Verkehrsteilnehmende Sicherheitsrisiken und somit auch ein Haftungsrisiko für die Stadt. Über den Reputationsschaden für die Stadt Bern wollen wir gar nicht erst reden. Deshalb ist es für uns ein grosses Anliegen, dass dieser Antrag angenommen wird und wir die Infrastruktur auf einem anständigen Niveau halten können. Viele mag es überraschen, dass die FDP mehr Ausgaben beantragt und befürwortet. Dazu gibt es zwei Argumente für diesen Antrag. Die Zusatzausgaben sind Investitionen. Von diesen Investitionen können wir noch lange profitieren, das heisst auch die nächste und übernächste Generation. Es sind also keine Gelder, die im allgemeinen Haushalt verpuffen. Zweitens, wenn alle Anträge der FDP angenommen worden wären, hätten wir mehr Geld gespart.

Der Präsident bittet, zum Schluss zu kommen.

Per saldo hätte die Stadt Schulden abbauen können. Die FDP handelt somit konsequent und verantwortungsvoll. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Mitte-Fraktion, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir kommen zum letzten Teil dieser Budgetdebatte und ich werde jetzt die Anträge noch anschauen und ich hoffe, für die linke Seite geht es noch auf. Man will ja die schwarze Null. Es wird keine schwarze Null sein. Es wird eine rot-grün-regenbogenfarbige Null sein. Die will man jetzt noch knapp retten, damit man das im Milchbüchlein noch hinbringt. Und das Interessante ist ja, dass man uns vorhält, auch in der Budgetdebatte, wir würden eine Milchbüchleinrechnungen machen, hätten keine Weitsicht, wir würden das nicht richtig machen. Und jetzt macht man genau das und dann streicht man vielleicht noch einen Antrag von 40'000 Franken für das Personalfest und feiert das schon als grossen Erfolg. Und auch den zu Beeflat stellt man noch nach hinten, damit der ja durchkommt, und gibt damit der eigenen Klientel 100%, bei Clabi gibt man nur 50%. Das ist auch nicht wirklich konsequent.

Jetzt habe ich gerade die linke Seite ein bisschen gerügt. Aber bei einem wichtigen Punkt haben sie Einsicht gezeigt – und das ist auch der wichtigste Antrag, der hier drin ist. Es geht um das Werbeverbot. Und das ist eigentlich nur konsequent. Denn erstens einmal: Es ist ja nicht so, dass man, wenn man durch Bern läuft, von der Werbung gerade erschlagen würde. Also kann man das guten Mutes und gut so weitermachen, wie es bis jetzt gewesen ist. Und zweitens ist es so, dass Werbung durchaus ein wichtiger Teil der Gesellschaft ist. Werbung kann cool sein, Werbung kann sexy sein, Werbung kann auch schlecht sein, aber Werbung kann auch einen Diskurs in Gang bringen. Und ich würde vielen empfehlen, die vielleicht schon ein bisschen älter sind in diesem Saal, zurückzudenken an Benetton damals, das mit seiner Werbung gerade für die Diskussion über Rassismus und HIV wahrscheinlich mehr gemacht hat, als man das wahrscheinlich mit anderen Mitteln hätte machen können. Es ist eine kontroverse Sache gewesen, aber es hat die Diskussion angeregt. Und darum bitte ich euch, dem unbedingt zuzustimmen.

Ich werde nicht auf alle Anträge eingehen. Wir werden die meisten Anträge der FDP unterstützen, ausser den für den Strassenhaushalt. Natürlich braucht es mehr Geld für die Strassen. Mir ist einfach der Bericht und der Ausblick ein bisschen zu vage, ob eine Million gebraucht wird oder wie man das machen will. Und ich würde vorschlagen, dass man für die nächste Legislatur, also für das nächste Budget dort ein bisschen mehr Handfestes hat, damit man weiss, ob es 1 Mio. Franken braucht oder wie viel es dort braucht.

Dann gibt es verschiedene Anträge zu diesen Business-Analysten. Wenn man mit Spezialisten spricht und diese fragt: Braucht es das? Dann sagen die: Nein, das braucht es nicht. Und das zeigt schon, Nomen est Omen und der Name ist das Programm. Man will nicht Decider, nicht Löser, sondern man stellt wieder Analysten an, die ein bisschen herumanalysieren. Dann findet man vielleicht die Lösung. Aber diese Sachen muss man vor allem lösen und weniger analysieren. Und das Gleiche gilt auch bei der Kommunikationsstelle. Dort will man auch immer mehr Leute. Das Interessante ist: Wenn man dann schon eine Kommunikationsstelle will, dann hoffe ich, dass der Gemeinderat in Zukunft auch richtig kommuniziert. Denn jetzt lassen sie ein Communiqué raus, wenn man ein paar Blumentöpfe pflanzt. Wenn es aber eine illegale Demo gibt, dann macht man keine Kommunikation. Dann sagt man, der Direktor habe ja in der BZ gesprochen. Das ist Kommunikation so à la Glencore und Novartis, wo man nur positive Kommunikation macht und wenn etwas Negatives ist, dann sagt man am liebsten nichts. Und ich hoffe, wenn man dann dort schon neue Stellen schafft – denn es wird wahrscheinlich auch angenommen werden –, dass man dann wenigstens auch die Bevölkerung richtig informiert. Man kann auch eine andere Haltung zu einem Thema haben, aber es braucht

eine Haltung – und das wäre auch ohne die Kommunikationsleute möglich. Von den SVP-Anträgen werden wir die meisten ablehnen. Ein Teil bei uns wird sich dort enthalten oder sogar zustimmen.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu dem ganzen AFP und Budget sagen. Eigentlich hat hier der Gemeinderat, und er sagt das sogar, eine grosse Dose Valium genommen und hat das jedem gegeben. Es ist sogar oben auf der Pressetribüne angekommen, wo nämlich auch geschrieben wurde, man habe eine riesige Veränderung. Wir sprechen bei 1,4 Mrd. Franken jetzt über plus minus 10 Mio. Franken, die wir hin und her geschoben haben. Das ist keine wirkliche Veränderung, oder? Aber, und sie sagen es ja auch: Wir machen es nächstes Jahr schon. Und die Stadt Bern hat sich entschieden, wieder einen Porsche zu kaufen, anstatt dass man einmal geschaut hat, ob vielleicht ein VW Golf oder ein Dacia auch reichen würden. Und jetzt sagt man einfach noch, dass man, die neuen Felgen und die Slicks für dem Porsche, in den nächsten AFP reinnimmt. Beruhigt euch, wir kaufen dann das schon alles, oder? Fakt ist einfach: Der Gemeinderat sitzt in einer Art Whirlpool, kann man sich vorstellen – das ist ja schön, das sollen die Leute auch ein bisschen geniessen –, aber der Whirlpool sprudelt und sie hoffen, dass die Steuereinnahmen weitersprudeln. Für das Sprudeln braucht es nicht so viel Energie, aber für das Wärmen braucht es Energie. Und irgendwann hat es dann kein Geld mehr und dann sprudelt es noch, aber es ist dann ziemlich kalt in diesem Whirlpool. Was aber speziell ist an dem Ganzen, ist, dass nebst Valium und dieser homöopathischen Senkung man jetzt schon die Nebelpetarde gestartet hat. Und zwar bringt man schon wieder neue Vorstösse oder hat Vorstösse in petto, die das Budget wieder substanzial belasten. Und daher kann man jetzt sagen: Wir kommen auf null – ihr könnt es anmalen in der Farbe, die ihr wollt –, aber de facto sind wir schon wieder im Minus mit neuen Anträgen. Und man kann es so zusammenfassen: Eigentlich neuer Wein in alten Schläuchen. Und ganz am Schluss wissen wir heute schon, dass in diesen Amtsstuben oder in diesen Direktionen die Nachtragskredite schon bereit sind. Sie sind schon in der Schublade, heute vielleicht nicht mehr in der Schublade, sondern irgendwo in einem Ordner. Und es spielt jetzt auch keine Rolle, ob Open Office oder Windows. Diese sind bereit und die kann man nächstes Jahr einfach ausdrucken und wir dürfen darüber abstimmen – über Geld, das schon ausgegeben ist. Wir können einfach Ja oder Ja sagen. Und das ist für mich keine grosse Änderung. Es sind homöopathische Anpassungen gemacht worden, aber es ist nicht wirklich ein besseres Budget und auch nicht wirklich ein besserer AFP.

Präsident: Bevor wir zum nächsten Votum kommen, eine kleine Mitteilung. Schaut bitte eure Handgelenke an. Wenn dort eine Uhr fehlt, könnte es sein, dass es die ist, die bei mir abgegeben wurde. Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Zuallererst möchte ich allen Mitarbeitenden der TVS danken, die jeden Tag dafür sorgen, dass wir uns fortbewegen können, dass wir auch ein grünes Bern geniessen können, dass es uns wohl ist in unserer Stadt. Das ist von unschätzbarem Wert für uns Bewohnende von Bern. Nun zu diesen Anträgen, die vorliegen. Wir von der SP/JUSO-Fraktion befürworten natürlich den Klima- und den Veloausbau. Wenn wir gegen Anträge stimmen in dieser Richtung, dann liegt es bei vielen nicht daran, dass wir sie inhaltlich falsch finden. Es liegt daran, dass wir die Priorisierung des Gemeinderates nachvollziehen können, denn auch wir von der SP finden, dieses Jahr liegen im Budget die Schwerpunkte bei der Bildung, beim Sozialen, bei der Armutsbekämpfung.

Wir werden Ja stimmen zum Antrag 117 und 121 zu den Klimaanpassungsmassnahmen. Hier weichen wir vom Gemeinderat ab und finden, das müsste jetzt doch vorwärtsgehen, insbesondere nachdem die Stadtclimainitiativ angenommen wurde. Auch bei den Werbeeinnahmen, 116, werden wir mehrheitlich Ja stimmen. Ich möchte hier vielleicht kurz klarstellen, um was es dabei geht. Aus Sicht der Mehrheit unserer Fraktion soll die Stadt die Konzessionseinnahmen aus Plakatstellen weiterhin einplanen. Wir brauchen diese Mittel. Es geht um über 5 Mio. Franken pro Jahr. Sonst werden wir diese ab 2027 beim Sozialen, beim Klima, bei der Bildung, bei den Velowegen und der Infrastruktur kompensieren, das heisst, einsparen und streichen müssen – außer es würde sich etwas an der finanziellen Ausgangslage der Stadt ändern. Nun steht die Neukonzessionierung dieser Werbeflächen an. Das bedeutet das Risiko, dass sich der Stadtrat oder das Volk gegen das Werbereglement ausspricht und dann die Gelder eben doch nicht eingenommen werden können. Dieses Risiko wollen wir nicht eingehen und es jetzt eben ins Budget geben, damit der Gemeinderat die Handlungskompetenz erhält. Wichtig ist mir zu sagen, das ist ein rein finanzpolitischer Entscheid, kein inhaltlicher, wir sind mehrheitlich nicht gegen ein Werbeverbot.

Dann möchte ich noch auf einige der weiteren Anträge eingehen, die wir ablehnen werden. Als Erstes frage ich mich schon ein wenig, wenn die bürgerliche Seite findet, man solle bei der Verkehrsplanung streichen. Come on, Leute, das ist jetzt irgendwie Politik auf dem Niveau unseres kantonalen Regierungspräsidenten, der gestern in der Zeitung gesagt hat, man solle am besten Bern weitläufig umfahren. Und wenn ihr da etwas streicht, dann ist das, glaube ich, auch für eure Anliegen kontraproduktiv. Ebenso finden wir es sinnlos, auf dem Niveau von einzelnen FTEs zu sprechen. Also da machen wir dann wirklich Micromanagement in der Verwaltung. Und das, finden wir, ist nicht die Aufgabe unseres Parlamentes, und werden das in diesem Sinne ebenfalls ablehnen. Am Schluss sabotieren wir so auch die Arbeit der Verwaltung. und teilweise wichtige Projekte und es läuft dann darauf hinaus, dass man externe Lösungen suchen wird, die teurer und noch weniger nachhaltig sind als wenn der Gemeinderat findet, man müsse neue Stellen schaffen. Ja, ich glaube, das war es. Vielen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion verfolgt in dieser Debatte und auch jetzt hier in der TVS zwei Grundsätze. Wir möchten ein möglichst ausgewogenes Budget im Rahmen einer nachhaltigen Finanzplanung. Das bedeutet nicht, dass man grundsätzlich keine Schulden machen kann. Denn die Folgekosten von nicht gewarteter Infrastruktur und von nicht getätigten Investitionen sind uns in den letzten Jahren hinlänglich bekannt geworden. Ein Problem ist, dass die Projekte dann nachgeholt werden müssen. Und je später es passiert, desto teurer kommt es. Ein weiteres Problem ist aber demokratiepolitischer Natur. Wird heute in der Stadt Bern saniert oder gebaut, dann so dermassen spät und dringend, dass eine offene demokratische Debatte nicht mehr geführt werden kann. Die Totschlägerargumente sind immer die gleichen: Wir können uns keine Verzögerung leisten. es muss jetzt sein. Wir brauchen die Sanierung, und zwar jetzt. Wir brauchen die Siedlung, und zwar jetzt. Wir brauchen das Schulhaus, und zwar jetzt. Mit diesen Totschlägerargumenten werden sowohl die Kommissionen als auch das Parlament in Tat und Wahrheit ausgeschaltet, können Bauprojekte nicht mehr mit offenem Ausgang hier im Plenum diskutiert werden, müssen gar nicht mehr diskutiert werden. Und an diesem Punkt sind wir aus unserer Sicht inzwischen tatsächlich angelangt. Darüber sollten wir mal nachdenken. Jetzt kommen ja die Ferien.

Der andere Grundsatz im Budget ist für uns die Transparenz. Die GFL spricht dem Gemeinderat traditionell ein sehr hohes Vertrauen aus und unterstützt das jeweils vorgelegte Budget in aller Regel ohne wesentliche Anpassung. So ist es auch dieses Mal, aber das ist gar nicht mal so einfach, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. Denn: Hat man einen sehr hohen Investitionsbedarf, und das haben wir, aber verhältnismässig begrenzte Finanzmittel und auch diese Voraussetzung ist definitiv erfüllt, so ist die Versuchung gross, buchhalterische Kosmetik zu betreiben. Wir verstehen den Drang zu einem schönen Budget, gerade für eine neu zusammengestellte Exekutive. Und wir verstehen auch, dass ein neues Gremium Zeit benötigt, um neue Prioritäten zu setzen. Und doch sollte auch dieser Weg dahin transparent und ohne Tricks begangen werden. Wir sind eine grüne Partei und es ist klar, dass wir mit allen Anträgen in der PRD, aber auch TVS von GB/JA! theoretisch und eigentlich auch fachlich einverstanden sind, so zum Beispiel mit den Anträgen 52, 53 und 54. Wir möchten an sich nicht nur die Frage stellen, ob die 0,8 Stellen zum Beispiel beim Stadtplanungsamt für Areal- und Gebietsentwicklungen oder die Finanzmittel für die Fertigstellung der Bauordnungsrevisionen in den Planjahren 2027 bis 2029 notwendig sind. An sich wissen wir, dass das GB eigentlich gut und sehr gründlich recherchiert. Gleichwohl können wir als GFL keine Stellen bewilligen, die intern nicht austariert sind und bei denen wir nicht mit Sicherheit wissen, ob die Planungen zum Beispiel auch auf der Strasse umgesetzt werden können. Und diese Transparenz besteht nicht. Man hat einfach das Wort der Verwaltung oder des Gemeinderates, aber fachlich wissen tun wir es nicht. Das ist eigentlich auch in der Kommission so. Und bei der TVS sieht es genau gleich aus. Die Anträge 118 für ein-einhalf Stellen bei der Fachstelle Ökologie und Natur, die 262'000 Franken für die Umsetzung der ersten Schritte des neuen Biodiversitätskonzepts in den entsprechenden Planjahren scheinen uns ehrlich. Wir haben Dinge im Parlament beschlossen, demokratisch, und nun sollten auch die Finanzmittel eingestellt werden, um diese Beschlüsse umzusetzen. Das ist einfach konsequent. Das macht Sinn. Auf der anderen Seite haben wir aber den Gemeinderat, der sagt: Wir schaffen das auch so. Wir brauchen diese Stellen nicht. Theoretisch glauben wir dem Gemeinderat. Praktisch sehen wir, dass durch die fortwährende Dringlichkeit jedes Geschäfts der demokratische Prozess ausgehebelt wird.

In diesem Sinne ist auch der Antrag 114 der FDP bemerkenswert. Unsere Sparpartei fordert, bereits nächstes Jahr 1 Mio. Franken für Unterhalt einzuplanen und nicht erst ab 2027. Wie bei den GB-Anträgen sehen wir auch hier den Bedarf, sobald wir auf Berner Strassen unterwegs sind. Doch auch diesen Antrag werden wir ablehnen aus einem ganz einfachen Grund. Der Gemeinderat hat dieses Geld nicht eingestellt, weil er der Meinung ist, oder davon gehen wir aus, dass er dieses Geld nicht braucht. Wir möchten aber vorausschicken, dass wir den Gemeinderat auch in dieser Frage beim Wort nehmen werden und im kommenden Jahr weder Nach- noch Vor- noch Rahmenkredite für die Strassensanierungen bewilligen werden. Die Dringlichkeit ist an sich bekannt und wird sich nicht innerhalb weniger Monate ändern. Entweder es braucht das Geld und dann soll es bitte im Budget transparent eingestellt werden, oder es braucht dieses Geld nicht. Beides kann es nicht sein.

Annehmen werden wir den Antrag 117 und das dazugehörige Planjahr. Wir haben das Klimaanpassungsreglement angenommen, selbstverständlich müssen auch die Mittel dafür eingestellt werden. Klimaanpassung wird immer wieder kleingesprochen, doch die Statistiken sind eindeutig. In der Schweiz sterben jedes Jahr Hunderte von Menschen an Hitze, laut den neuesten Erhebungen 2 Drittel davon aufgrund der menschenverursachten Erwärmung in den letzten Jahrzehnten. Wir wissen tatsächlich

nicht, wie viele Menschen in der Stadt Bern jährlich an Hitze sterben, aber wenn es auch nur eine einzige Person ist, ist für uns die Dringlichkeit hier offenbar.

Dann zum Werbereglement: Hierzu haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Ein Teil der Fraktion lehnt den Antrag ab. weil wir uns eine gründlichere Debatte über diese wichtige Frage wünschen und nicht damit einverstanden sind, dass ein demokratisch beschlossener Entscheid durch die Hintertüre in einer Budgetdebatte versenkt wird. Dieser Teil unserer Fraktion hat sich noch kein abschliessendes Urteil bezüglich der Plakate gebildet. 5,1 Mio. Franken sind extrem viel Geld und fliessen sie an die Stadt wie aktuell, können sie sehr sinnvoll in soziale Projekte oder zum Beispiel die Klimaanpassung investiert werden. Das gilt es zu beachten. Gleichzeitig möchten alle aus unserer Fraktion eine Lösung, in der es ganz klare Ausnahmen und Lösungen für das lokale Gewerbe geben muss. Ein Coiffeur, eine Beiz, ein Schneider muss in der Stadt Bern weiterhin sein Gewerbe bewerben können, nicht nur vor der Tür, sondern dort, wo sie es selbst sinnvoll erachten. Diese Diskussion möchten wir führen, und zwar ausführlich dann, wenn das Reglement erarbeitet wird. Ein anderer Teil unserer Fraktion war von Anfang an gegen eine Änderung des Werbereglements, nicht weil wir den Werbeeffekt auf das Klima oder Soziales abstreiten, sondern weil Plakatwerbung immerhin lokales und nationales Gewerbe unterstützt. Fallen die Plakatstellen weg, verlagert sich ein noch grösserer Anteil der Werbung in die digitale Welt und das Geld fliesst in Taschen von demokratisch fragwürdigen und einer Raubtierphilosophie folgenden Datenkraken wie Meta – dann doch lieber Papierwerbung von Ansässigen anbieten.

Dann haben wir noch einen GFL-Antrag.

Der Präsident bittet, zum Schluss zu kommen.

Also, wenn wir kein Geld haben für Gewaltprävention, dann braucht es ganz sicher keine Brücke über die Aare beim Zehendermätteli. Ich habe mehrere Sommer lang im Studium dort gearbeitet. Das geht mega gut mit dieser Fähre. Und alle nicht erwähnten Anträge lehnen wir ab.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion GB/JA, Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Auch von meiner Seite und von der GB/JA!-Fraktion ein herzlicher Dank an die Verwaltung für die wertvolle Arbeit. Das Budget 2026 der Direktion Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün zeigt ein Grundproblem, das wir als Stadt schon länger kennen oder zumindest seit ich im Rat bin. Wir wissen ganz genau, was dringend nötig wäre: mehr Mittel und mehr Personal für die Klimapassung gegen die Hitzhölle im Sommer in der Stadt Bern, für die Biodiversitätsförderung, gegen das unaufhaltsame Artensterben, für den Unterhalt unserer Wege und Strassen, damit diese nicht verlottern, für lebenswerte Quartiere durch eine Verkehrspolitik, die den Menschen in den Fokus stellt, statt das Auto. Und was fehlt? Die finanziellen Mittel fehlen und werden einmal mehr wieder auf das nächste Jahr verschoben. Es scheint mir zum Teil, als ob der Gemeinderat der Meinung ist, dass wir unsere Klimaziele, die Verkehrs- und Energiewende mit Luft und Liebe erreichen können. Well, ich glaube kaum.

Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion ist das Budget in der TVS 2026 ganz klar ein Jahr des Stillstands. Besonders betroffen ist Stadtgrün Bern. Unterhaltskosten steigen mit allen Projekten und Anforderungen, aber die Ressourcen, um diese zu bewältigen, gibt es kaum. Grossprojekte wie das Viererfeld-Mittelfeld, die Entwicklungsschwerpunkte Ausserholligen, dazu die Anforderungen aus dem neuen Klimaanpassungsreglement und dem Biodiversitätskonzept, die Anforderungen aus der Bevölkerung und dem Stadtrat steigen, weil es die Bevölkerung möchte. Aber die ausreichenden Mittel fehlen, diese

zu unterhalten. Hier geht die Rechnung definitiv nicht auf. Das führt dazu, dass die dringend nötigen Massnahmen bei der Entsiegelung, dem Schwammstadt-Prinzip oder bei der Veloförderung nicht in der nötigen Qualität umgesetzt werden können. Wir haben es beim Klimaschutz mit einer klaren Verpflichtung zu tun. Klimaanpassung ist nicht freiwillig, sondern gesetzlich verankert. Sie betrifft die Gesundheit der Bevölkerung, die Zukunft unserer Quartiere und die Resilienz unserer Stadt. Wenn wir hier verzögern, schaffen wir städtebauliche, ökologische und gesundheitliche Risiken. Und es wird uns langfristig nicht nur finanziell teuer zu stehen kommen, sondern kostet auch bereits heute Menschenleben. Tanja hat es vorher erwähnt: Seit gestern ist nämlich bekannt, dass der Hitzesommer 2025 schon mindestens 200 Hitzetote gefordert hat. Trotz dieser Ausgangslage diskutieren wir heute Anträge von unseren bürgerlichen Ratskollegen, die in genau die falsche Richtung gehen; Anträge, die Kürzungen vorsehen, Stellen verhindern wollen und dringend nötige Entwicklungen aufschieben wollen. Sie verkenennen die Realität des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts. Und die Unterhaltskosten unserer Infrastruktur werden nicht verschwinden, nur weil man sich weigert, die Ressourcen einzustellen, um den Mythos der ominösen schwarzen Null aufrechtzuerhalten.

Einen Hoffnungsschimmer gibt es aber noch, der Antrag der FDP zum Werterhalt, der unseren Antrag der GB/JA!-Fraktion obsolet gemacht hat. Hier zeigt sich, wie man das Herz der FDP erwärmen kann, und zwar, wenn es um Strassen geht. Die GB/JA!-Fraktion wird dafür sicherstellen, dass die Strassen vor allem für die aktive Mobilität gefördert werden. Aber zumindest hier sind wir uns einig, Werterhalt heisst auch eine nachhaltige Finanzpolitik. Die übrigen Anträge der SVP, FDP werden wir ablehnen, weil sie logischerweise rückwärtsgewandt sind und finanzpolitisch kurzfristig. Genauso ablehnen werden wir den dubiosen überparteilichen Antrag, an Konzessionen für Plakatstellen festzuhalten. Der Gemeinderat hat vom Stadtrat einen klaren Auftrag erhalten, ein neues Reglement für die Werbung im öffentlichen Raum auszuarbeiten. Das jetzt über einen Budgetantrag rückgängig machen zu wollen – ja, fair enough. Aber dass die SP-Fraktion hier mitmacht, ist doch sehr enttäuschend. Werbung für Easy-Jet-Flüge, SUVs und Billigfleisch gut zu heissen, aber gleichzeitig dann Schwammstädte und Klimainitiativen zu fordern und das auch zum Wahlkampfelement zu machen, ist ein bisschen fragwürdig, auch wenn man es dann "framen" will, dass es sich um eine finanzpolitische Entscheidung und keinen inhaltlichen Entscheid handle. Für uns ist klar: Die Umsetzung der Stadtklimainitiative, des Biodiversitätskonzepts und der Aussenräume, die Veloförderung sind dringend nötige Massnahmen und kein Luxus, den wir wollen. Hervorheben möchte ich den Antrag zu den Aussenräumen. Insbesondere jetzt, da sehr viel gebaut wird, müssen wir sicherstellen, dass diese professionell begleitet werden. Partizipative Prozesse und ökologische Aufwertungen sollen den Ort zu einem Ort des Zusammenlebens machen und eben auch die Biodiversität stärken. Dafür braucht es Ressourcen und Stellen. Auch der Bereich der Verkehrsplanung ist in der Situation angespannt. 2026 soll nun einmalig über das RFFV (Reglement über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs) das Veloverleihsystem finanziert werden, statt effektive Veloförderung zu betreiben. Ja, mit einer hohen Projektlast, aber ohne Abbau von Aufgaben wird es auch hier sehr schwierig sein.

Unsere Gesamteinschätzung lautet deshalb: Das Budget 2026 ist in zentralen Punkten in der TVS ungenügend ausgestattet. Wir akzeptieren, dass es ab 2027 zu einem Schub kommen soll, aber eben: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Aber wir würden uns in Zukunft etwas mehr Transparenz wünschen bei der Priorisierung. Was wurde denn konkret priorisiert? Das war zum Teil nicht wirklich ersichtlich. Wenn alle wissen, was es braucht, man aber dann doch nicht handelt oder eben die Ressourcen nicht einstellt, dann ist

eben der Mythos der schwarzen Null tatsächlich nur Kosmetik. Noch einmal zusammenfassend: Die GB/JA!-Fraktion wird die Kürzungsanträge der SVP, FDP und auch ganz klar den Antrag zum Reklamereglement ablehnen. Wir werden uns beim Antrag der GFL enthalten – natürlich mit der Ausnahme des sehr guten Antrags der FDP zum Werterhalt. Alle Anträge der PVS und natürlich unsere Anträge werden wir annehmen. Und wir empfehlen euch, auch diese Anträge entsprechend anzunehmen, um endlich Verantwortung zu übernehmen.

Präsident: Das Fraktionsvotum der Fraktion AL/PdA/TIF wird aufgeteilt. Für den ersten Teil des Fraktionsvotums, Tobias Sennhauser.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Stellen wir uns vor: Die Stadt Bern hat ein neues, wunderbares, vorbildliches Biodiversitätskonzept für die nächsten 10 Jahre, aber kein Geld, um es umzusetzen. Es klingt wie ein schlechter Scherz, aber das ist genau das Szenario, das uns leider droht. Der Gemeinderat hat ambitionierte Ziele in diesem Biodiversitätskonzept festgehalten. Bis 2035 will er mindestens 20% des Gemeindegebietes biodiversitätswirksam gestalten. Dazu gehören naturnahe Wälder, vielfältige Landwirtschaftsflächen, aber auch vernetzte Lebensräume mitten in unseren Quartieren. Dieses Konzept wäre eigentlich verbindlich, aber eben: Ohne die nötigen Mittel bleibt es ein Papiertiger. Die Biodiversität, und ich muss ehrlich sagen, dass mir das auch nicht bewusst war, geht auch in der Stadt dramatisch zurück. Zahlreiche Arten im Raum Bern sind bedroht – der Feuersalamander, die Kreuzkröte, die Feldlerche, das Mauswiesel. Wenn wir ihre Lebensräume nicht aktiv schützen und vernetzen, werden diese Arten verschwinden und mit ihnen verlieren wir ein Stück unserer Stadt an Lebensqualität, an Schönheit, an ökologischer Stabilität. Die geforderten Mittel für das Biodiversitätskonzept sind überschaubar – 264'000 Franken. Damit könnten endlich zentrale Projekte starten. Im stadteigenen Wald zum Beispiel soll naturnah gewirtschaftet werden, sollen Totholzinseln geschaffen und Arten wie der Feuersalamander gefördert werden. In der Landwirtschaft sollen bei Pachtverträgen neue Vorgaben dazu beitragen, dass Feldhasen, Kreuzkröten und Feldlerchen wieder eine Chance zum Überleben haben und nicht weiter verschwinden. In den Quartieren sollen gemeinsam mit den Bewohner*innen die städtischen Wohnliegenschaften ökologisch aufgewertet werden. Das fördert nicht nur die Natur, sondern auch die soziale Integration. Ohne diese Mittel riskieren wir, bestehende Populationen zu schädigen. Mit diesen Mitteln hingegen können wir mit relativ wenig Aufwand viel bewirken für Mensch, Tier und Natur in Bern. Mit biblischem Auftrag versuchte der Mensch, die Natur zu dominieren. Spätestens mit der Industrialisierung schien gegen den Homo sapiens kein Kraut gewachsen. Doch das ist ein Irrtum. Wir stehen nicht über der Natur, wir sind ein Teil von ihr. Mehr noch: Wir sind von der Natur abhängig. Biodiversität ist deshalb kein Luxus, sondern unsere ökologische Pflicht. Sie verdient unsere allerhöchste Priorität. Bern hat ein Konzept, Bern hat die Verantwortung, jetzt braucht Bern auch die Mittel. Wir nehmen deshalb sowohl den Budgetantrag als auch die Planungserklärung zum Biodiversitätskonzept an. Merci.

Präsident: Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums, Raffael Joggi. Du hast noch 4 Minuten.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ihr habt es teilweise schon gehört. Die AL/PdA/TIF-Fraktion nimmt folgende Anträge an: den von der GFL zum Zehendermätteli. Wir denken auch, es braucht dort tatsächlich nicht unbedingt 100'000 Franken, um vielleicht

eine Brücke zu bauen, die gar niemand will. Wir finden diese Fähre ganz toll und wir wollen jetzt alle sparen, also da sehen wir durchaus Möglichkeiten. Dann nehmen wir auf jeden Fall alle GB/JA!-Anträge an und auch die beiden der PVS-Minderheit, also 117 und 121.

Und dann will ich unumwunden gleich zum Antrag 116 kommen. Ihr habt es schon mehrfach gehört, dieses Manöver, dass jetzt das Werbeverbot, das einmal überwiesen worden ist, eigentlich durch die Hintertür getarnt als ein Budgetantrag, der aber eigentlich nur eine Planungserklärung ist, aber verfasst wie ein Budgetantrag, den Gemeinderat indirekt über die Begründung auffordern soll, doch das Geschäft bitte abzuschreiben. Ich weiss nicht genau, was hier der Plan ist, warum das eigentlich hier so durchgezogen wird. Ihr könnetet ja jederzeit zu eurem Gemeinderat hingehen und sagen: Kannst du das bitte abschreiben? Aber es soll hier wahrscheinlich eine Inszenierung sein, dass es am Schluss eigentlich halt nicht anders gegangen ist, weil der Gemeinderat wirklich dagegen war, dass man jetzt diesen der parlamentarischen Entscheid umstossen will, und letztlich die SP eigentlich gar kein grosses Aufhebens machen will und das daher doch besser in der Budgetdebatte abhandelt. Das ist aus unserer Sicht schwachsinnig und überhaupt nicht nötig. Also formell finden wir das Vorgehen schlecht, inhaltlich finden wir es auch schlecht, liebe SP. Es ist nämlich tatsächlich so: Schaut euch dieses Geschäft noch einmal an. Was wurde abgestimmt? Es waren 5 Punkte, 4 davon sind überwiesen worden; 3 als echte Motion, 1 als Richtlinie. Beim Punkt 3, wenn ich mich nicht täusche, bei dem es um Leuchtreklamen ging, haben 18 Nasen von euch – damals wart ihr noch weniger – also ein gerüttelt Mass an Leuten aus der SP – das angenommen. Einige haben sich enthalten. Es gibt also Punkte bei dieser punktweisen Abstimmung, wo ihr durchaus Bereitschaft gezeigt habt, im grosszügigen Massstab das auch anzunehmen, und das nicht nur, wie es in den Medien heisst, als Betriebsumfall gelten kann. Der Punkt über die Richtlinie ist selbstredend. Hier sind noch keine 5,1 Mio. Franken verschwendet. Vielmehr ist das ein Denkanstoss für eine künftige Debatte, dass man dieses kümmerliche Reklamereglement durchaus ein bisschen mit den neuen Herausforderungen, mit digitaler Werbung, bestücken könnte. Der Punkt ist, das Geld ist jetzt nicht verloren, wenn wir diese Debatte zulassen. Es nützt auch nichts, wenn die Präsidentin der FIKO das in ihrer gewichtigen Funktion erklärt. Es ist einfach nicht der Ort, um solche Dinge zu diskutieren. Wir sind sehr enttäuscht, dass das mit diesem Manöver geschehen soll. Wir finden, auch die SP hätte ein Interesse daran, dass tatsächlich darüber diskutiert wird und man diese Gesetzesrevision hier in den Rat bringt. Ihr habt alle Möglichkeiten, mit euren vielen Stimmen und den Stimmen der bürgerlichen Kandidaten, jeden Franken aus diesem Gesetzentwurf herauszustreichen. Aber lasst uns die Debatte führen, lasst uns dort sinnvolle Sachen, die vielleicht nicht so viel kosten, umsetzen, und lasst uns hier nicht einfach schon jetzt irgendwie mit dem Zaunpfahl winken, damit der Gemeinderat das Signal versteht. Und ich hoffe, wenn es hier trotzdem – und es sieht ganz danach aus – überwiesen wird, dass der Gemeinderat standhaft bleibt und nicht in einer unverbindlichen Planungserklärung, die sowieso nichts zu sagen hat, und in einer Begründung, in die man sowieso irgendetwas schreiben kann, einen Auftrag sieht und hier tatsächlich mitzieht. Das wäre es von uns.

Präsident: Als letzter Sprecher vor der Pause – er hat versprochen sich kurz zu halten – Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich komme ganz kurz zu den Anträgen, die wir gestellt haben. Ich nehme ganz kurz Stellung. Wie gesagt, 116, ich habe es schon

einmal gesagt, hätten wir gerne mitunterzeichnet, miteingereicht. Aber wenn es aus taktischen Gründen nicht der Fall sein soll, halten wir uns daran. Für uns ist klar: Wir haben das Geld nicht, um hier sinnlose politische Bekenntnisse abzugeben. Ihr habt gesehen: Wir haben von unserer Fraktion durchaus gewissen Erhöhungen zugestimmt. Genau mit diesem Geld könnte man das machen, genau mit diesem Geld könnte man die Präventionskampagne "Häusliche Gewalt" machen, mit diesem Geld könnte man die Aufgabenhilfe machen oder was auch immer. Damit hätten wir eben diese Gelder. Deshalb habe ich dort zustimmen können. Auch ein Teil der Fraktion hat da zustimmen können. Aber es setzt eben voraus, dass man auf Gelder, auf die man sehr wohl verzichten kann, dass man das eben macht. Denn solche politischen Bekenntnisse bringen nichts.

Ich komme zu den diversen Anträgen, die wir gestellt haben. Verkehrsplanung: Ich will mich da nicht - "jedes Jahr grüßt das Murmeltier" –, wiederholen. Ich bin der Meinung, bei der Verkehrsplanung geht es vor allem darum, den Leuten in den Quartieren Parkplätze wegzunehmen. Wir werden zu diesem Thema heute noch Vorstösse einreichen. Und ich muss sagen: Auch das ist Lebensqualität. Wenn man keine Parkplätze mehr hat, dann ist es für Besucher und soziale Kontakte relativ schwierig. Gerade Eltern, die berufstätig sind und am Abend vielleicht kulturell etwas machen – wenn die Gotte oder die Schwester am Abend keinen Parkplatz findet und halt mit dem ÖV kommen muss, ist es nichts mit der Weiterbildung oder dem Batikkurs am Donnerstagabend, weil dann halt die Betreuungsperson wiederum gehen muss. Das sind für mich Sachen, die man machen muss.

Beim Pilotprojekt 24-Stunden-Parkierung für das Velo bin ich der Meinung, dass wir bereits jetzt viele Veloparkplätze haben. Ich bin der Meinung, das wäre der falsche Ansatz, dort weiter Geld auszugeben.

Die meisten Anträge der FDP können wir unterstützen, man kann auch bei dieser Mehrausgabe sagen, es ist am falschen Ort gespart. Wenn man hofft, Geld zu sparen, indem man beim Unterhalt spart, dann wird es später viel, viel teurer. Ich komme noch einmal zu den ökologischen Anträgen, und zwar lehnen wir die ab; nicht, weil wir gegen Ökologie und Grün sind. Aber diese Stadt, ich muss mich immer wiederholen, zerstört das Gaswerkareal, zerstört das Viererfeld. Sie will auch den Springgarten weiter überbauen. Und dann müsst ihr nachher nicht meinen, irgendeine Fachstelle und ein paar Bäume auf dem Helvetiaplatz in Plastikkübeln, retteten das Klima. Wenn ihr konsequent seid, wenn ihr grüne Politik macht, dann verzichtet ihr auf die Überbauung all unserer Grünflächen. Das sind die Folgen der ungebremsten Zuwanderung. Und in dem Sinn lasse ich euch jetzt in die Pause. Dann könnt ihr all die Punkte noch überdenken, insofern, als dass die Anträge, die wir stellen, richtig sind. Wenn man richtig grün sein will, dann muss man eben SVP-Politik machen und nicht alle Grünflächen zerstören, wofür wir nachher noch mehr Geld brauchen. Merci.

Präsident: Das war tatsächlich kurz, danke vielmals. Ich frage bereits jetzt kurz in die Runde: Gibt es zu diesem Block nach der Pause noch Einzelvoten? – Es wird Einzelvoten geben. Das ist in Ordnung. Wir unterbrechen jetzt die Sitzung. Wir fahren weiter um 17 Uhr. Bitte seid wieder pünktlich da und denkt daran, die Verpflegung unten in der Halle ist kostenlos bis um 17 Uhr.

Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.11.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

09.11.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Esther Meier
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Matteo Micieli
Nadine Aebischer	Helin Genis	Szabolcs Mihàlyi
Timur Akçasaray	Thomas Glauser	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Thomas Hofstetter	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Stephan Ischi	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Monique Iseli	Simone Richner
Laura Binz	Seraphine Iseli	Mirjam Roder
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Sarah Rubin
Laura Brechbühler	Anna Jegher	Michael Ruefer
Jacqueline Brügger	Raffael Joggi	Judith Schenk
Michael Burkard	Nora Joos	Lukas Schnyder
Carola Christen	Barbara Keller	Tobias Sennhauser
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Fuat Köcer	Michelle Steinemann
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Nicolas Lutz	Béatrice Wertli
Dominik Fitze	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Seraina Flury		

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter

Ueli Jaisli

Nora Krummen

2024.FPI.0082

6 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026; Abstimmungsbotschaft

Präsident: Geschätzte Anwesende, vielen Dank fürs pünktliche Zurücksein. Wir haben immer noch ein grosses Programm vor uns. Ich bitte euch, jetzt eure Plätze einzunehmen. Ich komme zu dem Punkt, den ich zu Beginn der Sitzung noch übersprungen habe. Ich habe nämlich die Pflicht, euch über die nächsten zwei Rücktritte aus dem Stadtrat zu informieren. Es sind dies leider nach doch relativ kurzer Zeit in der neuen Legislatur bereits die Rücktritte 4 und 5. Ich werde die Rücktrittsschreiben in der Reihenfolge vorlesen, in der wir sie erhalten haben.

"Werte Anwesende, danke für ungefähr 6 äusserst spannenden und lehrreichen Jahre. Merci, liebe Fraktion, für die grossartige Unterstützung. Merci allen Menschen aus dem Stadt- und Gemeinderat, aus der Verwaltung und allen anderen, mit denen ich während meiner Stadtratszeit gute Gespräche führen durfte, mit denen ich wertvolle Begegnungen hatte, mit denen ich zusammenarbeiten durfte. Merci meiner Familie, merci Steve, merci Frederic, merci Jeremias. Ich freue mich auf mehr Zeit mit Freunden und Familie, mehr Musse. Ich habe mein Möglichstes gegeben und bin nun etwas müde. Ich gebe mein Amt gerne weiter im Vertrauen, dass es von der nachfolgenden Person mit grossartigem Engagement ausgefüllt wird. Ich wünsche euch allen viel Verständnis, Geduld und Spass an der Politik. Liebe Grüsse, Sarah Rubin."

Liebe Sarah, du verabschiedest dich so, wie ich dich in deiner parlamentarischen Arbeit kennenlernen durfte, ohne viele Worte. Wir sassen gemeinsam in der Kommission SBK und ich kann mich gut daran erinnern, dass du stets bestens vorbereitet warst und aktiv an den Sitzungen teilgenommen hast. Dein Einsatz galt stets der Natur und den Menschen hier in Bern. Das zeigen auch die 15 Vorstösse, welche du in deiner Zeit im Stadtrat als Erstunterzeichnende eingereicht hast. Gegen Steinwüsten in Berner Gärten, für nachhaltige Ernährung und für mehr Solaranlagen. Ein ganz besonderes Anliegen ist dir die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und damit verbunden die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, welche die Schweiz 2014 ratifizierte und für deren Umsetzung auch die Gemeinden in der Verantwortung sind. Ich hoffe sehr, dass die von dir geforderte Fachkommission möglichst bald ihre Arbeit aufnehmen kann, so wie wir das als Parlament auch dank deiner Arbeit in diesem Jahr im Mai einstimmig beschlossen haben. Liebe Sarah, es stimmt mich sehr nachdenklich, dass du schreibst, dass du müde bist. Dein Rücktritt zeigt uns leider, dass wir bezüglich Vereinbarkeit des Stadtratsmandats mit dem restlichen Leben noch nicht dort sind, wo wir sein sollten und möchten. Liebe Sarah, vielen Dank für die fast 6 Jahre, die du hier im Stadtrat mitgewirkt hast. Für deine Zukunft wünsche ich dir nur das Beste.

Ich komme zum zweiten Rücktrittschreiben, es ist etwas länger. "Liebe Zuhörende, ich bin nun fast auf dem Tag genau 3 Jahre für die JUSO im Stadtrat. Das Amt war interessant und lehrreich, aber auch ressourcenintensiv, zeitlich wie emotional, denn in diesem Rat treffen verschiedene Ideologien und Wertvorstellungen aufeinander. Wir streiten auf politischer Ebene miteinander und können teilweise gegenseitig fast nicht glauben, dass die andere Seite tatsächlich von dem überzeugt ist, was sie gerade ins Mikrofon gesagt hat. Es gibt aber auch immer wieder Themen, da sind wir uns fast alle einig. Das war beispielsweise bei der Stellvertretungsregelung der Fall. Einigkeit gibt es auch häufig bei der Kommissionsarbeit. Wir finden häufiger gemeinsame Lösungen, als ich mir das vorgestellt hatte. Gestritten habe ich nicht nur mit den offiziell bürgerli-

chen Parteien, sondern auch mit meiner eigenen Fraktion. Mit den politischen Mehrheitsverhältnissen in diesem Rat sind wir für jedes linke Anliegen auf die SP angewiesen und keine andere Partei am linken Rand ist so eng verbandelt mit der SP wie die JUSO. Das kann anstrengend sein und wir haben uns nicht immer gefunden. Dabei waren die Debatten aber immer interessant und auf Augenhöhe. Ich weiss, die Mitglieder der SP haben ein linkes Gewissen, trotzdem seid es allzu oft ihr, die bürgerliche Forderungen mitträgt und sie als einzige zur Verfügung stehende Handlungsoption darstellt. Das muss nicht so sein. Nutzt das grosse Privileg, das wir in der Stadt Bern haben, nutzt die linke Mehrheit, um unsere Visionen zur Realität zu machen. Bei vielen Anliegen haben wir uns als Ratslinke jedoch gefunden. So konnten wir letztes Jahr Ressourcen für die Antirassismusarbeit frei machen und werden hoffentlich in Zukunft als eine der ersten Schweizer Städte ein weitreichendes Antidiskriminierungsreglement ausarbeiten. Wir investieren mit "Tür an Tür" in die Gewaltprävention oder wir sitzen mit den Deutschkursen im Weyerli auf mehr Chancengerechtigkeit. Das sind nur einige Beispiele. Wir verändern damit konkret etwas für Menschen in der Stadt Bern. Ich für meinen Teil habe für den Moment entschieden, mich aus der institutionellen Politik zurückzuziehen. Ich sehe die parlamentarische Arbeit als Mittel, um Visionen einer gerechteren Gesellschaft in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie kann konkrete politische Forderungen zum Abbau von Ausbeutung, Diskriminierung und zur Förderung von mehr Teilhabe und Freiheit für alle vorantreiben. Im Fokus steht für mich bei all dem das Ziel, das ungerechte Gesamtsystem zu brechen und eine gerechtere Welt zu schaffen. Für mich ist Politik auch auf parlamentarischer Ebene kein Selbstzweck, bei dem es um Machterhalt und Reputationsmanagement einzelner Parteien, Bündnisse oder Personen geht. Leider ist dies in den meisten Parlamenten zu oft der Fall. Ich möchte meine Ressourcen, mein politisches Engagement ab heute anderswo einsetzen und freue mich auf eine entsprechende Neuorientierung. Daneben werde ich meine Stelle als wissenschaftliche Assistenz mit Doktorat am Institut für öffentliches Recht priorisieren und mich auf meine Dissertation fokussieren. Eine zukünftige Suche nach mir ist also am ehesten in der Bibliothek erfolgreich und sonst sicher auf der Strasse, (Smiley). Besten Dank für die Zusammenarbeit. Ich wünsche euch allen und insbesondere meinem Nachfolger Gourab Bhowal alles Gute, viel Elan und Motivation für eure politische Arbeit."

Sofia, ich danke dir für deine Abschiedsworte und deinen Einsatz in den letzten 3 Jahren hier im Parlament. Ich teile deine Einschätzung, dass man hier im Parlament manchmal Meinungen von anderen hört, die man kaum nachvollziehen kann. Aber gerade auch diese Vielfalt macht eine Demokratie und eine Gesellschaft aus. Mit dir verliert der Stadtrat ein sehr aktives und engagiertes Mitglied. Ich erinnere mich an unsere gemeinsame Zeit in der Kommission SBK. Und auch ein Blick auf die 32 von dir eingereichten Vorstösse zeigt, dass es dir wichtig war, deine persönlichen Überzeugungen hier in den Rat tragen zu können. Dein Einsatz galt allen voran der Verteidigung der Rechte von gesellschaftlichen Minderheiten. Von der Forderung nach einem Verbot für unterirdische Asylunterkünfte, zur Forderung, bettelnde Menschen nicht zu diskriminieren, bis hin zur Forderung nach einem queeren Begegnungsort in der Stadt Bern. Sofia, du warst die erste Person hier im Stadtrat, welche sich offen als nonbinär geoutet hat. Damit hast du dazu beigetragen, die Existenz von mehr als 2 Geschlechtern sichtbar zu machen. Für diesen Mut danke ich dir und ich bewundere dich dafür. Ich wünsche uns allen eine Gesellschaft, in der nonbinäre Menschen als vollwertige Mitglieder dieser Gesellschaft anerkannt werden. Es freut mich zu lesen, dass du dich auch weiterhin politisch engagieren wirst. Auch dein Wunsch ist auf deinem weiteren beruflichen bzw. akademischen und privaten Weg nur das Beste. Und ich bin sehr gespannt, wo man dich künftig antreffen wird.

Wir kommen somit zurück zur Detailberatung des Budgets. Wir sind in der Direktion TVS. Vor der Pause haben alle Fraktionen gesprochen. Wir sind bei den Einzelvoten. Es dürfen alle reden, die das möchten. Ich erlaube mir aber die Vorbemerkung: Ich wäre froh, wenn es nicht allzu sehr ein Pingpong jetzt geben würde zum Werbeverbot. Als erster Einzelsprecher hat das Wort Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL), Einzelvotum: Es gibt kein Pingpong, es gibt höchstens ein Pong, denn das Ping hat Raffael Joggi schon gemacht, und ich lasse es auch dabei bewenden. Ich möchte mich eigentlich nur zu einer Formalität aussern. Ich gebe zu, ich bin ein Renegade, einer, der abgefallen ist vom richtigen Glauben, dass dieser Weg der richtige sei, nämlich der mit dem Werbeverbot. Die Gründe habe ich ja schon dargelegt in einer länglichen E-Mail. Ich möchte nur auf einen meines Erachtens Trugschluss oder auf eine Fehlkonzeption des parlamentarischen Diskurses aufmerksam machen, dass, wenn ich dich richtig verstanden habe, du davon ausgehst, das ganze Jahr machen wir Politik, dann kommt die Budgetdebatte, das sind dann die Zahlen und dann kommen die Buchhalterinnen und Buchhalter von der Finanzkommission, die machen dann ihr Ding und stellen uns ein Bein und das ist eigentlich undemokratisch. Auf jeden Fall entspricht das nicht meinem Verständnis eines parlamentarischen Betriebs. Denn die Zahlen sind die geronnene Politik des ganzen Jahres. Hier haben wir die Gesamtübersicht, was wir das ganze Jahr gemacht haben, und hier misst sich letztendlich das idealpolitisch Wünschbare mit dem realpolitisch Machbaren. Und dieser Abgleich kann schwierig sein, kann wehtun, kann zu Differenzen führen. Die müssen wir aber aushalten und ausdiskutieren. Und das ist mein Verständnis. Es ist das gleiche Gremium, das seine parlamentarischen Instrumente nutzt. Die Planungserklärung genauso wie das Budget, wie die Motion, wie alle anderen Instrumente gehört zum Spiel, dass wir während der Budgetdebatte – die Rechnung ist dann Rückschau – eine Vorausschau über die nächsten Planjahre haben. Und da muss alles zur Sprache kommen. Wenn das nicht zur Sprache kommt, haben wir unsere Aufgabe nicht gemacht. Das ist mein Verständnis.

Präsident: Als nächster Einzelsprecherin Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich rede zum Unterhaltsrückstau. Und das ist das Zauberwort. Der Antrag 114 der FDP: Ich mache gerne noch eine Erklärung zum Fraktionsvotum. Die FDP sagt natürlich nicht einfach nur aus der Luft gegriffen, Daumen in die Luft gehalten: Machen wir doch eine Million. Die Million ist natürlich begründet. Um eines klarzustellen: Wir reden hier auch nicht von Mehrausgaben, wir reden hier von Investitionen, wir reden hier von dringend nötigem Unterhalt. Und das ist auch nicht einfach nur der Strassenunterhalt. In der TVS hat es eben ganz viele Dienststellen, deren Arbeit man nicht unbedingt sieht. Es hat ganz viele, die unter dem Boden sind. Es hat Leitungen und so weiter, Versorgungen, Infrastrukturen. Und diese Infrastrukturen, wenn man dort spart, dann sieht und merkt man das vielleicht eben auch erst ein paar Jahre später. Und das ist genau das Verlockende: Wir sparen jetzt dort einfach mal 1 Mio. Franken ein. Das merkt niemand und sieht niemand – später eben dann schon. Die Versuchung ist gross.

Doch wie schon Bruno Staneck gesagt hat: Sparer leben gefährlich. Ihr habt richtig gehört. Das heißt natürlich nicht, dass wir von der FDP-Fraktion nicht sparen wollen, aber eben am richtigen Ort. Wo man sicher nicht sparen will, ist beim Unterhalt der Infrastruktur, wie ich schon gesagt habe. Das rächt sich und es wird einfach teurer. Und genau dort gilt eben der Satz: Sparer leben gefährlich. Auf Seite 21 seht ihr die Tabelle

und dort sieht ihr auch genau, warum wir überhaupt auf den Betrag kommen. 2027, 2028, 2029 hat man 970'000 Franken und 1,17 Mio. Franken eingestellt. Das unter dem Titel "Wertzerfall und Unterhaltsrückstau". Doch 2026 fehlt hier und dieser Unterhaltsrückstau löst sich ja nicht einfach in die Luft auf. Der ist immer noch da. Der ist da. Wären wir böse, würden wir vermuten, dass man die Million dort schnell ein bisschen spart, damit das Budget doch einigermassen eine schwarze Null ergibt. Wir glauben jetzt an das Gute im Menschen und denken: Es ist vielleicht einfach vergessen worden. Aber wir von FDP tragen Sorge zur Infrastruktur und wir wollen eine Stadt, die funktioniert. Und wenn man die Million, was dem entspricht, das man in den folgenden Jahren einstellt, nicht braucht im Jahr 2026 oder teilweise braucht, okay. Aber einfach null geht nicht. Es hat einen Unterhaltsrückstau und der ist wichtig. Den müssen wir beheben. Und darum wäre ich für ein Ja sehr dankbar. Merci.

Präsident: Als nächstes Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL), Einzelvotum: Lieber Michael. Ping. Stell dir vor, dass das, was du sagst, stimmen würde. Ich glaube, es ist nicht dasselbe zu sagen, dass die Debatte beim Budget nicht ergebnisoffen geführt werden soll oder wir ein deterministisches Prozedere durchlaufen ohne irgendwelche Inputs oder Rückschauen. Ich bin da sehr dafür und verstehe das Argument. Aber auf der anderen Seite würde das ja auch heißen, jetzt in diesem Fall, wie mit dem Werbeverbot umgegangen wird, dass man eigentlich jedes Geschäft des letzten Jahres oder der letzten Jahre hier nochmal durch die Mangel nehmen kann. Sollen wir noch einmal jedes überwiesene Geschäft potenziell verhandeln dürfen? Nein, ich denke nicht. Es ist nicht der Ort, um nochmal eine zweite Runde zu machen, wenn man ein Betriebsfehler oder was weißt du gelassen ist.

Das zudem und dann zu dem, was ich vorhin vergessen habe zu sagen und was ganz wichtig ist, weil ich die SP so verstehe, dass es tatsächlich wirklich darum geht, diese Konzessionen jetzt neu auszuschreiben. Es ist ein bisschen technisch. Aber es waren, wie gesagt, 5 Punkte. Und unter Punkt 2 in diesem Geschäft steht: Den bewilligten Flächen ist nach der Anpassung der Rechtsgrundlage die Bewilligung mit einer Frist von angemessener Dauer zu entziehen oder diese im Fall einer befristeten Bewilligung nicht mehr zu erneuern. Der ist abgelehnt worden. Das heißt, wenn ich das hier so lese: Es ist sogar noch schlimmer, als ich es gedacht habe. Sie könnten sogar das, was bewilligt ist, eigentlich ewig weiterführen nach diesem Wortlaut. Also die Tatsache, dass man hier Leuchtreklamen und auch Verträge, die hier schon abgeschlossen sind, werdem durch diesen Vorstoss und den Auftrag, der dem Gemeinderat verteilt wird, nicht betroffen. Der Punkt 5, in dem es heißt, dass man die Konzession nicht erweitern soll, wurde als Richtlinie angenommen. Ihr wisst alle, was das bedeutet. Das ist für die Galerie. Also von dem her, kann man das so auslegen, dass ihr wunderbar eure Konzessionen in trockene Tücher bringen könnt. Lasst uns die Debatte führen, macht euch dort nicht allzu fest in die Hosen. Es kann nichts passieren. Vielen Dank.

Präsident: Als nächstes Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Ich möchte mich noch zu genau diesem Antrag 116 äußern. Ein Grossteil meiner Fraktion wird diesen annehmen, aber ich nicht. Ich bin einerseits inhaltlich nicht einverstanden mit der Haltung meiner Fraktion oder der Mehrheit meiner Fraktion. Werbung hat nur einen Zweck, sie soll in uns neue Bedürfnisse wecken, die den Konsum anstreben und somit Gewinne steigern. Beim Werbeverbot geht es um eine Grundsatzfrage. Lassen wir es zu, dass der öffentliche Raum durch

Privatunternehmen und deren Werbung vereinnahmt wird? Hier haben wir es in der Hand. Es ist in städtischer Kompetenz, wie wir diese Frage beantworten wollen. Hier geht ihr ganz darin auf, bürgerliche Märchen und Ideologien als unweigerliche Wahrheiten darzustellen. Es ist nicht wahr, dass wir die Forderung dieser Motion versenken müssen, um den finanziellen Spielraum der Stadt Bern aufrechtzuerhalten. Bei einem Budget von 1,5 Mrd. Franken kommt es auf ganz andere Dinge an als diese 5 Mio. Franken. Ihr sagt: Die 5 Mio. Franken fehlen dann beim Sozialen. Und deswegen nehmt ihr diesen Antrag an. Ihr unterschlägt dabei aber, dass die 5 Mio. Franken nicht automatisch auf der Ausgabenseite abgebucht werden. Es ist eine aktive Entscheidung, dass die 5 Mio. Franken beim Sozialen gespart werden müssen, wenn wir die Einnahmen aus der Werbekonzession nicht mehr hätten. Es ist kein Naturgesetz. Es ist euer politischer Entscheid, ein ausgeglichenes Budget über ein Werbeverbot im öffentlichen Raum und über Ausgaben im Sozialen zu stellen. Die Art und Weise, wie ihr das Werbeverbot in der Budgetdebatte kippen wollt – da habt ihr recht, das kann man machen. Ich finde es aber ein bisschen feige. Ihr verhindert damit die Revision des Reklamereglements, bei dem wir inhaltliche Differenzen hätten ausdiskutieren können. Anstatt mit einem Antrag die Abschreibung der Motion zu verlangen, hättet ihr euch auch bei eurem Gemeinderat dafür einsetzen können, dass die Revision des Reklamereglements so rasch wie möglich vorangetrieben wird und im Rat hätte diskutiert werden können, so dass die Konzession nicht in Gefahr gewesen wäre. Zu allen anderen Anträgen in der TVS: Ich werde alle, die zu einem Leistungsausbau führen, annehmen.

Präsident: Danke. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Matthias Aeischer.

Matthias Aeischer, Direktor TVS: Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, sehr geehrte StadträtInnen, liebe KollegInnen aus dem Gemeinderat, ich bin nun seit 7 Stunden Teil der Budgetdebatte und erlaube mir, als langjähriges Mitglied des nationalen Parlaments zu Beginn meiner Ausführung kurz etwas Allgemeines zu Ihrer Parlamentararbeit zu sagen.

Es fällt mir auf, dass Sie eine sehr gute Debattenkultur pflegen. Im Grundsatz hören Sie den verschiedenen Voten zu, sie respektieren die entgegengesetzte Meinung. Das haben wir vorhin gehört. Es gibt keine Zwischenrufe oder abschätzigen Gesten. Und, das hört der Präsident möglicherweise nicht so gerne, es ist hier im Stadtrat viel leiser als im Nationalratssaal des Bundeshauses. Gerade in der heutigen Zeit ist diese Art von gelebter Demokratie äusserst wohltuend, vorbildlich und wichtig. Machen Sie doch einfach weiter so. Das meine ich alles sehr ernst.

Und nun zu den 23 Anträgen, welche meine Direktion, die TVS betreffen. Bei 14 Anträgen der 23, welche im Budget 2026 oder dem Finanzplan 2027 bis 2029 Kürzungen vorsehen, hat es solche dabei, welche zur Folge hätten, dass Volksentscheide oder auch Stadtratsentscheide umgestossen würden. Ich empfehle Ihnen, das nicht zu tun. So hat die Stimmbevölkerung etwa im Februar dieses Jahres dem ausgebauten regionalen öffentlichen Veloverleihsystem zugestimmt. Diesen Ausbau nun ein halbes Jahr später wieder zu kippen, ist aus der Sicht des Gemeinderates verfehlt und würde den Volkswillen nicht respektieren.

Ein bisschen anders sieht es aus bei den Entscheidungen, die Sie selbst gefällt haben. Da fallen etwa die Kürzungen beim Veloverleihsystem darunter. Dieser Entscheid ist jedoch noch kein Jahr alt. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, bei diesem Entscheid vom 21. November 2024 zu bleiben und die Beiträge nicht zu kürzen. Dann kommen Globalbudgetkürzungs- und Stellenabbauvorschläge bei der Verkehrsplanung, bei Stadt-

grün, Geoinformation und den Direktionsstabsdiensten. Ich bitte Sie, all diese Kürzungen abzulehnen. Alle TVS-Ämter haben im Zusammenhang mit der Budget-2026-Erstellung bereits Abstriche gemacht und Mehrausgaben kompensiert oder hinausgeschoben. Kommt hinzu, dass bei der Geoinformation Bern zum Beispiel bereits im Rahmen von FIT2 2,4 Vollzeitstellen abgebaut wurden. Jetzt sinkender Erträge wegen einen weiteren Stellenabbau zu fordern, erachten wir als nicht opportun.

Kommen wir zur Kategorie derjenigen Anträge, die meine Direktion mit zusätzlichem Geld ausstatten wollen. All diese Anträge lehnen wir vom Gemeinderat ab. Mit meinen Ämtern habe ich für das Budget 2026 Prioritäten gesetzt und einige Massnahmen, das haben Sie alle gesagt oder gemerkt, auf die Planjahre 2027, 2028 und 2029 verschoben. Den einzigen Antrag betreffend die TVS-Direktion, welchen wir unterstützen, Sie können es sich vorstellen, ist der Antrag zur Erteilung der Plakatstellenkonzessionen. Ich mache es kurz. Wir sind klar der Meinung, dass bei der jetzigen Finanzlage der Stadt Bern ein Verzicht auf jährlich über 5 Mio. Franken nicht angebracht ist.

Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Gemeinderat folgen, im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik und einem ausgeglichenen Budget, welches Spielraum für eine zeitgemäss Sozial- und Umweltpolitik zulässt. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank und vielen Dank auch für die lobenden Worte. Ich hoffe, das Parlament nimmt das nicht als Einladung, lauter zu werden. Wir kommen zu den Abstimmungen über die Anträge der TVS. Wir sind auf Seite 10 der Antragsliste. Wir stimmen als erstes ab über den Antrag 112, FDP, bezüglich Stelle Business-Analyst.

Antrag 112

FDP

Budget TVS, 500 Direktionsstabsdienste TVS

Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 071

2024.FPI.0082: Antrag 112

Ablehnung

Ja	16
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 113, FDP, bezüglich Business-Analyst.

Antrag 113

FDP

Planjahr TVS, 500 Direktionsstabsdienste TVS

Auf die Schaffung einer Stelle Business-Analyst soll in den Jahren 2026-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 072

2024.FPI.0082: Antrag 113

Ablehnung

Ja	17
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 114, FDP, bezüglich Unterhalts der Strassen.

Antrag 114

FDP

Budget TVS, 510vTiefbau Stadt Bern

Es ist auch im 2026 ein Budgetposten von 1 Mio. für Unterhalt einzuplanen und nicht erst ab 2027.

Abstimmung Nr. 073

2024.FPI.0082: Antrag 114

Ablehnung

Ja	26
Nein	48
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 115, GFL, bezüglich Projektwettbewerb Fussgängersteg.

Antrag 115

GFL

Budget TVS, 510 Tiefbau Stadt Bern

Das Globalbudget ist um Fr. 100'00.00 zu kürzen. Der vom Gemeinderat gesprochene Projektierungskredit in der Höhe von 100'000 Franken für die Mitfinanzierung eines Projektwettbewerbs Fussgängersteg Zehendermätteli wird aus dem Budget gestrichen.

Abstimmung Nr. 074

2024.FPI.0082: Antrag 115

Ablehnung

Ja	32
Nein	40
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 116, Ingrid Kissling-Näf, Laura Curau, Nik Eugster, Nathalie Bertsch, Michael Burkard bezüglich Konzessionen für Plakatstellen.

Antrag 116

Ingrid Kissling-Näf SP, Laura Curau Mitte, Nik Eugster FDP, Nathalie Bertsch GLP, Michael Burkard GFL

Planjahr TVS, 510 Tiefbau Stadt Bern

Im Globalkredit 2027 ff. des Tiefbauamts sollen wie bisher Einnahmen von Fr. 5,148 Mio. aus der Erteilung von Konzessionen für Plakatstellen eingeplant bleiben.

Abstimmung Nr. 075

2024.FPI.0082: Antrag 116

Annahme

Ja	44
Nein	24
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 117, PVS-Minderheit, bezüglich Stadtklimainitiativ.

Antrag 117

PVS-Minderheit

Budget TVS, 520 Stadtgrün Bern

Im Budget sind 60'000 CHF für die Umsetzung der Stadtklima-Initiative einzustellen.

Abstimmung Nr. 076

2024.FPI.0082: Antrag 117

Annahme

Ja	47
Nein	27
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 118, GB/JA!, bezüglich der Fachstelle Natur und Ökologie.

Antrag 118

GB/JA!

Budget TVS, 520 Stadtgrün Bern

Im Budget sind 120'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Förderung von belebten Aussenräumen bei privaten und halbprivaten Liegenschaften einzustellen.

Abstimmung Nr. 077

2024.FPI.0082: Antrag 118

Ablehnung

Ja	18
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 119, GB/JA!, bezüglich Biodiversitätskonzept.

Antrag 119

GB/JA!

Budget TVS, 520 Stadtgrün Bern

Im Budget sind 264'000 CHF für die Umsetzung der ersten Schritte neuen Biodiversitätskonzepts einzustellen.

Abstimmung Nr. 078

2024.FPI.0082: Antrag 119

Ablehnung

Ja	18
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 120, FDP, bezüglich Bereichsleitungsstelle.

Antrag 120

FDP

Budget TVS, 520 Stadtgrün Bern

Die neue Bereichsleitungsstelle darf nur CHF 180'000 kosten.

Abstimmung Nr. 079

2024.FPI.0082: Antrag 120

Ablehnung

Ja	17
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 121, PVS-Minderheit, bezüglich Stadtklimainitiative.

Antrag 121

PVS-Minderheit

Planjahr TVS, 520 Stadtgrün Bern

Im Planjahr 2027 sind zusätzlich 60 000 CHF für die Umsetzung der Stadtklima-Initiative einzustellen.

Abstimmung Nr. 080

2024.FPI.0082: Antrag 121

Annahme

Ja	47
Nein	27
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 122, GB/JA!, bezüglich Fachstelle Natur und Ökologie.

Antrag 122

GB/JA!

Planjahr TVS, 520 Stadtgrün Bern

Ab dem Planjahr 2027 sind 240'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Förderung von belebten Aussenräumen bei privaten und halbprivaten Liegenschaften einzustellen.

Abstimmung Nr. 081

2024.FPI.0082: Antrag 122

Ablehnung

Ja	18
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 123, GB/JA!, bezüglich Biodiversitätskonzept.

Antrag 123

GB/JA!

Planjahr TVS, 520 Stadtgrün Bern

Im Planjahr 2027 sind zusätzlich 724 000 CHF für die Umsetzung des Biodiversitätskonzepts einzustellen.

Abstimmung Nr. 082

2024.FPI.0082: Antrag 123

Ablehnung

Ja	18
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 124, FDP, bezüglich den Abbau von 0,5 Vollzeitäquivalent

Antrag 124

FDP

Planjahr TVS, 520 Stadtgrün Bern

Es sind 0,5 Vollzeitäquivalent abzubauen.

Abstimmung Nr. 083

2024.FPI.0082: Antrag 124

Ablehnung

Ja	17
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 125, FDP, bezüglich des Verzichtes auf die Bereichsleitungsstelle.

Antrag 125

FDP

Planjahr TVS, 520 Stadtgrün Bern

Auf die Schaffung einer Bereichsleitungsstelle soll in den Jahren 2026-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 084

2024.FPI.0082: Antrag 125

Ablehnung

Ja	16
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 126, FDP, bezüglich den Abbau von 0,5 Vollzeitäquivalenten.

Antrag 126

FDP

Planjahr TVS, 570 Geoinformation Stadt Bern

Es sind 0,5 Vollzeitäquivalent abzubauen.

Abstimmung Nr. 085

2024.FPI.0082: Antrag 126

Ablehnung

Ja	17
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Jetzt aufpassen, wir kommen zu den Anträgen 127, 128 und 129. Wir stellen als erstes die beiden SVP-Anträge 127 und 128 einander gegenüber. Antrag 127 will das Globalbudget um 1 Mio. Franken kürzen, Antrag 128 um eine halbe Million Franken. Wenn ihr Antrag 127 den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr Antrag 128 den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Rot.

Antrag 127

SVP

Budget TVS, 580 Verkehrsplanung

Kürzung des Globalbudgets um 1 Mio. Franken

Antrag 128

SVP

Budget TVS, 580 Verkehrsplanung

Kürzung des Globalbudgets um 500'000 CHF.

Abstimmung Nr. 086

2024.FPI.0082: Antrag 127 vs. Antrag 128

Antrag 128 obsiegt

Ja	5
Nein	66
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt dem Antrag 128 den Vorzug gegeben. Jetzt stellen wir den obsiegenden Antrag 128, SVP, der das Budget um 500 Mio. Franken kürzen will, dem Antrag 129 GB/JA!, der das Budget um 600'000 Franken aufstocken will, gegenüber. Wenn ihr dem Antrag 128, SVP, den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr dem Antrag 129, GB/JA!, den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Rot.

Antrag 128
SVP
Budget TVS, 580 Verkehrsplanung
Kürzung des Globalbudgets um 500'000 CHF.

Antrag 129
GB/JA!
Budget TVS, 580 Verkehrsplanung
Im Budget sind 600'000 CHF bei der Fachstelle Fuss- und Veloverkehr einzustellen.

Abstimmung Nr. 087

2024.FPI.0082: Antrag 128 vs. Antrag 129

Antrag 129 obsiegt

Ja	27
Nein	46
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dem Antrag 129, GB/JA!, den Vorzug gegeben. Somit stimmen wir über diesen obsiegenden Antrag ab.

Abstimmung Nr. 088

2024.FPI.0082: Antrag 129

Ablehnung

Ja	18
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 130, FDP, bezüglich Veloverleihsystem.

Antrag 130
FDP
Budget TVS, 580 Verkehrsplanung
Auf den Beitrag von Fr. 39'850.00 für das Veloverleihsystem ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 089

2024.FPI.0082: Antrag 130

Ablehnung

Ja	17
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 131, SVP, bezüglich Stellen in der Verkehrsplanung.

Antrag 131

SVP

Planjahr TVS, 580 Verkehrsplanung

Auf die geplanten zusätzlichen Stellen in der Verkehrsplanung soll verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 090

2024.FPI.0082: Antrag 131

Ablehnung

Ja	16
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 132, SVP, bezüglich dem 24-Stunden-Gratis-Parking für Velos.

Antrag 132

SVP

Planjahr TVS, 580 Verkehrsplanung

Auf die Durchführung von Pilotprojekten zur 24h-Gratis-Parkierung für Velos soll verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 091

2024.FPI.0082: Antrag 132

Ablehnung

Ja	5
Nein	70
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 133, SVP, bezüglich des regionalen Veloverleihsystems.

Antrag 133

SVP

Planjahr TVS, 580 Verkehrsplanung

Auf die zusätzlichen Kosten in Höhe von 555'000 Franken für den Betrieb und Ausbau des öffentlichen regionalen Veloverleihsystems soll verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 092

2024.FPI.0082: Antrag 133

Ablehnung

Ja	5
Nein	70
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen noch zum letzten TVS-Antrag 134, Fraktion FDP, bezüglich des Veloverleihsystems.

Antrag 134

FDP

Planjahr TVS, 580 Verkehrsplanung

Auf einen Beitrag für das Veloverleihsystem zur Zurverfügungstellung von Gratisabonnementen innerhalb der Stadtverwaltung ist in den Jahren 2026-2029 ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 093

2024.FPI.0082: Antrag 134

Ablehnung

Ja	17
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Somit sind wir mit der Direktion TVS durch. Wir kommen zur letzten Direktion FPI. Die Direktion FPI behandeln wir inklusive der Sonderrechnungen. Jetzt weiss ich nicht genau, wer für die Kommission reden wird. Das ist ein Entweder-oder. Es ist in diesem Fall Lukas Wegmüller, der für die vorberatende Kommission RWSU reden wird.

Direktion FPI

Lukas Wegmüller (SP) für die Kommission: Zuallererst möchte ich der Verwaltung danken für ihre Arbeit, wie auch für das gute und offene Klima, in welchem die Delegationsbesuche der RWSU stattfinden konnten. Die Kommission RWSU hat das Budget 2026 und den AFP an Ihrer Sitzung sowie an den Delegationsbesuchen diskutiert. Ein Thema war das Personalamt. Und da haben wir neben dem Lohnsystem vor allem über die Gleichstellung und das Gesundheitsmanagement gesprochen. Für das Gesundheitsmanagement der Stadt wurde eine Stelle geschaffen und auch eine passende Fachperson gefunden. Die Auswirkungen dieser neuen Stelle sind in den Zahlen noch nicht ersichtlich, sollten jedoch bald ihre Wirkung entfalten. Bei der Gleichstellung stand vor allem das Ziel einer paritätischen Vertretung der Geschlechter in Kaderpositionen im Vordergrund. Hier gibt es eine vom Stadtrat überwiesene Planungserklärung für eine 50- statt 40%-Quote. Vonseiten der Verwaltung wurde hier betont, dass dieses Ziel angestrebt wird und im Massnahmenplan auch mit Massnahmen ersichtlich sein sollte. Beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik beschäftigte vor allem auch die finanzielle Abgeltung an die Stadt sowie der Sockelbetrag. Ein Thema war, wie die Stadt bei den Finanzen ihre Interessen gegenüber dem Kanton vertreten und wahren kann, und was

für Spielraum hier bleibt. Wir werden diesem Thema hoffentlich auch als Stadtrat weiterhin Beachtung schenken. Über das Thema Digitalisierung und Informatik Bern haben wir länger gesprochen. Dabei ging es vor allem auch um Herausforderungen, zum Beispiel mit Blick auf die Besetzung von offenen Stellen und was für Spielräume es da gibt, auch gerade, weil es um die Konkurrenz zu grossen IT-Firmen geht.

Mehrheiten gefunden haben die zwei vorliegenden Anträge. Der Leistungsindikator "Frauenanteil im Führungskader" ist ab Planjahr 2027 auf 50% zu erhöhen. Und der Leistungsindikator beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für installierte Photovoltaikanlagen bei Gebäudesanierungen ist für die Jahre 2026 bis 2029 auf 12 zu erhöhen. Ich empfehle euch im Namen der Kommission RWSU, das Budget 2026 anzunehmen und den AFP positiv zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke für eure Unterstützung und Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke vielmals. Ihr könnt euch für die Fraktionserklärung anmelden. Als Erstes für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Was wäre eine Budgetdebatte ohne Casablanca-Diskussion? Wohl ziemlich farblos. Wir haben den Antrag bereits letztes Jahr abgelehnt und bleiben auch dieses Jahr dabei; wahrscheinlich auch nächstes Jahr. Was uns letztlich überzeugt hat, ist, dass die Stadt offenbar von Casablanca profitiert durch die Subventionierung der Gebäudeversicherung und durch die Entlastung des ganzen Administrativen, für das ansonsten wohl eine neue Stelle geschaffen werden müsste.

Ein weiterer Klassiker der Budgetdebatte ist der Antrag der FDP zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Dieses Mal hat es noch einen der AL/PdA/TIF-Fraktion dazu gegeben. Und wir finden tatsächlich, beide Anträge haben einen Punkt, nämlich dass das aktuelle Abgabesystem des Fonds an den allgemeinen Haushalt unbefriedigend ist. Der Mechanismus zur Festlegung der Entschädigung wurde letztmals 2014 aufgrund einer Motion der GFL geändert, weil die Verzinsung immer höher wurde und bis auf 6% anstieg. Deshalb hat man vom Dotationskapital auf das Eigenkapital umgestellt und die Zinsen deutlich tiefer angesetzt. Allerdings wurde das Reglement nie entsprechend angepasst. Das heisst, die aktuelle Praxis der Entschädigung des Fonds an die Stadt entspricht nicht der Verordnung und ist somit eigentlich nicht rechtskonform. Wir plädierten deshalb für eine Reglementsänderung anstatt punktueller Änderungsanträge im Rahmen der Budgetdebatte und für einen Mechanismus, der so ausgestaltet ist, dass er der Aufgabe des Fonds, nämlich die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum, genügend Rechnung trägt. Dasselbe gilt eben auch für den Antrag der AL/PdA/TIF-Fraktion. Dieser Antrag würde natürlich den Fonds entlasten und fordert damit aus unserer Sicht das Richtige, aber halt mit der falschen Argumentation. Wir haben deshalb entschieden, uns bei beiden Anträgen zu enthalten und an einer Motion, die eine entsprechende Reglementsänderung fordert, zu arbeiten. Annehmen werden wir hingegen den Antrag zur Mietzinsreduktion – für uns ist klar, dass die Stadt hier mit gutem Vorbild vorangehen muss; Ebenso den Antrag der AL/PdA/TIF-Fraktion zur Förderung der digitalen Souveränität. Wir haben bereits die Motion mitunterzeichnet und angenommen, folglich unterstützen wir auch den Antrag.

Eine ähnliche Argumentation gilt für den Antrag 162 zur Einstellung von genügend Ressourcen für Mutter-, Vaterschafts- und Elternzeit. Ich habe es schon beim Antrag zu Schutz und Rettung gesagt: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wir haben das Personalreglement verabschiedet in dem Bewusstsein, dass diese Änderungen Geld kosten. Darum finden wir es auch ein bisschen befremdlich, dass dieser Antrag überhaupt gestellt werden muss.

Aber zurück zur Informatik: Dazu gibt es noch einen Antrag der FDP, der pauschal ein externes Controlling für Digitalisierungsprojekte über 2 Mio. Franken möchte. Und genau das ist das Problem, dass es pauschal geregelt werden soll. Wir finden: Ob eine solche externe Beratung sinnvoll ist, muss jeweils die Kommission, und zwar von Geschäft zu Geschäft abwägen und entscheiden. Wir sind aber durchaus auch der Meinung, dass das öfter getan werden darf, als es bis jetzt geschehen ist.

Zum Schluss: Die beiden Anträge der RWSU zu den Leistungsindikatoren nehmen wir selbstverständlich an. Ebenfalls nehmen wir den Antrag 156 der SVP im Sinne der Transparenz an. Alle anderen, nicht erwähnten lehnen wir ab. Merci.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst meinen Vorrednerin, Mirjam Roder, danken, die doch bereit ist, unseren Antrag zur Transparenz anzunehmen. Uns geht es einfach darum, dass man aus diesen Angaben auch wirklich sieht: In welchem Budget ist das? Was gibt man konkret auf? Um ein Projekt auch beurteilen zu können, ist eben auch wichtig zu wissen: Welche Einheiten? Wie werden sie renoviert? Wie gross ist die Wohnung? Wie viele Zimmer, Ausbaustandards? Wenn ich einfach erfahre: Es gibt 138 Einheiten oder was auch immer, ist das noch nicht schlüssig. Und ich bin der Meinung, wir haben hier bei diesem Fonds diverse Fragen. Und ich bin der Meinung, der Steuerzahler, aber auch die Stadträte, wenn sie wirklich ihrer Aufsichtsfunktion nachkommen wollen, müssen Einblick in die Daten haben.

Ich komme noch ganz kurz zu anderen Anträgen, die wir unterstützen. Ich habe immer gesagt: Die Stadt Bern kann Informatik nicht. Wir hatten jetzt Riesenpannen, angefangen bei Base4Kids, damals, als man schon gewusst hat, dass es wahrscheinlich nicht gut kommen wird. Und ich will nicht mehr länger werden. Bei Citysoftnet, diesem traurigen Debakel, zu dem man einfach sagen muss, das war ein Scheitern gewesen, das sich angekündigt hat. Ich habe es euch schon gesagt. Wenn ihr ein Leuchtturmprojekt machen wollt, wo es um den Kanton geht, dann müsst ihr mit Langenthal, Thun und Biel zusammenarbeiten, aber nicht mit Basel und Zürich. Das hat man von allem Anfang an gesehen. Und jetzt kommt, was auch zu erwarten war, eine kantonale Software. Und dann ist wahrscheinlich auch die spekulative Erwartung, dass man das super Programm, das man 15 Jahre lang mit gewaltigen Verlusten entwickelt hat, das wahrscheinlich im Kanton Bern nicht der grosse Reisser ist – ob dann die Thurgauer auf ein Programm aufspringen, das in Bern seit 15 Jahren nichts als Probleme bereitet hat und weswegen die halben Vormünder in Bern gekündigt haben. das frage ich mich schon. Das sind für mich einfach die Konsequenzen, die man haben muss. Ich will hier nicht eine Feinexegese machen. Aber ich habe gesagt, wir lehnen ganz klar Antrag 158, diese Anträge ab. Und auch hier gibt es wirklich eben die Sachen – Wiederverkaufsplattformen etc. –, da, bin ich der Meinung, muss man vernünftig sein und sagen: Was ist das Entscheidende?

Und ich wäre wirklich froh, wenn ihr den Antrag betreffend die Transparenz gutheissen würdet. Sonst müssten wir allenfalls versuchen, über das kantonale Informationsgesetz zu diesen Angaben zu kommen. Ich bin der Meinung, es wäre wirklich sinnvoll, dass alle die Angaben haben. Deshalb danke ich allen, die über den Schatten springen und dem Antrag zustimmen, im Sinn von Transparenz, selbst, wenn er von der SVP gestellt worden ist. Danke.

Präsident: Dann für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich mich dem RWSU-Sprecher anschliessen und den Mitarbeitenden der Direktion FPI herzlich danken für die fantastische Arbeit, die sie wieder geleistet haben.

Zu unseren Anträgen 135 und 138: Wir beantragen den Verzicht auf die neue Kommunikationsstelle. Kommunikation ist die Kernaufgabe jeder Verwaltungseinheit, dafür braucht es keine zusätzliche Stabstelle, die dauerhaft Kosten verursacht. Mehr Kommunikation macht die Stadt nicht automatisch besser, klare Botschaften und Prioritäten schon. 136, 140, Business-Analyst: Die Bedarfsnachweis für eine permanente Stelle fehlt. Analysen können extern eingekauft werden, flexibel, punktuell und kostengünstiger. Dauerhafte Fixkosten für eine Aufgabe, die nicht täglich anfällt, sind nicht gerechtfertigt. Politische Steuerung ist Führungsaufgabe der Direktion selbst. Eine zusätzliche Stelle schafft Doppelspurigkeiten, aber keinen Mehrwert. Steuerungen entstehen durch klare Entscheidungen, nicht durch neue Stäbe. 145: Hier setzen wir auf Transparenz. Über 70 Mio. Franken sind für Digitalisierungsprojekte vorgesehen. Wir alle kennen das Risiko von Kostenexplosionen, Stichwort Citysoftnet. Externes Controlling ab einem Volumen von 2 Mio. Franken schafft Sicherheit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Die Digitalisierung darf keine Blackbox sein. Zu unserem Antrag 146 und 148: Eine neue Wiederverkaufsplattform braucht niemand. Der Markt bietet etablierte Lösungen und intern gibt es bereits den Webshop. Eine weitere Plattform wäre nichts anderes als eine teure Doppelspurigkeit. 147: Wenn die Aufträge der Universität wegfallen, braucht es weniger Personal, alles andere wäre Augenwischerei. Wer weniger zu tun hat, braucht weniger Stellen. Ehrliche Finanzpolitik bedeutet, das auch klar zu benennen.

Dann zu unserem Antrag 149: Ein Defizit von 1,2 Mio. Franken trotz hoher Nachfrage nach städtischem Wohnraum ist unverständlich. Der Fonds muss kostendeckend arbeiten, alles andere ist betriebswirtschaftlich falsch und unfair gegenüber jenen, die keinen Zugang zu städtischen Wohnungen haben. Wir fordern deshalb eine Kurskorrektur, Effizienz und eine ehrliche Bewirtschaftungsstrategie. Zu den anderen Anträgen 141 und 142 zu Casablanca lehnen wir ab. Der Verein Casablanca trägt zur Aufwertung von Quartieren bei. Vorbeugende Investitionen sind sinnvoller, als später teure Sanierungen finanzieren zu müssen. Zum Antrag 143 RWSU: Wir unterstützen diesen Antrag. Das Ziel ist ambitioniert, aber in der Tendenz richtig. Die Stadt Bern muss sich als Arbeitgeberin bemühen, mehr Frauen für Führungsfunktionen zu gewinnen. Entscheidend bleibt die Qualifikation. Aber gerade durch gezielte Förderung und gute Rahmenbedingungen kann der Frauenanteil nachhaltig gesteigert werden. Ein höherer Anteil an Frauen im Kader stärkt die Vielfalt, erhöht die Attraktivität als Auftraggeberin und wirkt letztlich auch positiv auf die Führungsqualität. Das kann ich aus persönlicher Erfahrung bestätigen. 162: Die Idee klingt fürsorglich, schafft aber neue Verwaltungsschläufen. Wir brauchen klare Regeln und eine faire Umsetzung im bestehenden System, nicht zusätzliche zentrale Bürokratie.

Zum Antrag 144, ein weiteres IT-Experiment bindet Ressourcen und schafft Unsicherheit. Stabilität und Verlässlichkeit in der Informatik haben Vorrang. Innovation, ja, aber koordiniert und integriert, nicht als isoliertes Projekt. Zum Antrag 150 RWSU: Klimaziele müssen erreichbar und glaubwürdig bleiben. Indikatoren, die von vornherein unrealistisch sind, untergraben das Vertrauen. Entscheidend ist die Qualität jeder Anlage, nicht das blosse Abhaken von Zahlen.

Zum Antrag 153, eine Zinsreduktion wäre nichts anderes als eine versteckte Subvention aus der Stadtkasse. Der Fonds muss eigenständig funktionieren. Daran darf nicht gerüttelt werden. Zu den Anträgen SVP: Mehr Transparenz ist richtig, aber nicht mit Detailberichten, die niemand liest und die die Verwaltung lähmen. Wir brauchen klare,

verdichtete Kennzahlen, keine Papierlawinen. Zum Antrag 159: Automatische Mechanismen sind gefährlich. Sie ignorieren Sanierungs- und Unterhaltskosten und machen die Finanzplanung unberechenbar. Mietanpassungen müssen rechtskonform, differenziert und nachvollziehbar erfolgen, nicht per Automatismus.

Das Fazit: Die FDP-Fraktion setzt in der Direktion der FPI auf Klarheit statt Aufblähung, Transparenz statt Bürokratie und Effizienz statt Ideologie. Neue Stabsstellen dürfen nur entstehen, wenn ein klarer Bedarf besteht. Die Digitalisierung braucht unabhängige Kontrolle. Die Logistik muss sich am realen Bedarf orientieren und der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik hat kostendeckend zu arbeiten. Unser Anspruch ist eine Politik, die realistische Ziele verfolgt, Transparenz schafft und auf Symbolpolitik verzichtet. Nur so bleibt Bern finanziell handlungsfähig und glaubwürdig. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion AL/PdA/TIF, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Zuerst möchte ich mir eine kurze Bemerkung erlauben. Alles ist ideologisch, also auch eure Vorstösse und Anträge. Aber das als Klammerbemerkung.

Zur Übersicht. Wir nehmen unsere Anträge, diejenigen der RWSU und die von SP-JUSO, GB/JA! an und lehnen alle anderen Anträge, also die Abbauanträge der FDP und diejenigen der SVP, ab. Mit Ausnahme der Kommunikationsstelle. Dort haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Aber der Reihe nach. Wir müssen unsere beschränkten Mittel und Ressourcen sinnvoll einsetzen. Darüber, was sinnvoll ist oder ideologisch oder ideologiefrei, gibt es aber Uneinigkeit. Während die FDP unter anderem politische Steuerung oder gar die Förderung von günstigem Wohnraum mit dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik offenbar als nicht so sinnvoll versteht, glaubt unsere Fraktion eher, dass sich die Stadt nicht bei der Reinigung von Privateigentum sowie der Strafverfolgung von Vandalismus finanziell beteiligen muss. Wie jedes Jahr sprechen wir uns auch dieses Jahr dafür aus, dass die Stadt Bern die finanzielle Unterstützung von Casablanca streicht, und dementsprechend nicht weiter Immobilienbesitzer*innen dabei unterstützt, die Fassadenreinigung ihrer Grundstücke zu organisieren und die Schadensmeldung zu sponsern. Der in diesem Saal gut vertretene Hauseigentümerverband kann ja weit über 40'000 Franken in Stadt- und Gemeinderatswahlen investieren, deshalb kann er dasselbe auch für die Fassaden seiner Mitglieder tun.

Auch an euch, liebe SP, ich möchte an dieser Stelle auch an euren manifestierten Sparwillen appellieren und daran erinnern, dass ihr unsere Planungserklärung vorletztes Jahr angenommen habt. Zeigt doch jetzt endlich mal, was ihr könnt. Ihr habt ja grossmehrheitlich auch gegen das Jubiläumsfest der Ombudsstelle gestimmt. Und ich frage euch an dieser Stelle: Was glaubt ihr, ist wichtiger für unsere Stadt? Ein Fest der Ombudsstelle, um deren Bekanntheitsgrad zu steigern, den Menschen dieser Stadt zu zeigen, was sie machen, wo sie helfen können und so weiter oder eine Organisation mit fast exakt demselben Beitrag zu unterstützen, die sich um die Fassadenreinigung von Privatbesitz kümmert? Also zeigt uns doch, worum es euch geht. Wollt ihr 40'000 für eine Organisation ausgeben, die sich um die am besten Gestellten in unserer Gesellschaft oder unserer Stadt kümmert, während ihr 45'000 spart für eine Anlaufstelle für Menschen, die oftmals nicht aus der privilegiertesten Schicht kommen? Was wollt ihr eurer Basis für ein Signal senden? Wenn ihr unseren Antrag ablehnt, sagt ihr eigentlich direkt: Casablanca inklusive Strafverfolgung ist der Mehrheit eurer Partei wichtiger als die Ombudsstelle. Das so als kleine Denkaufgabe.

Dann unser Antrag, den Globalkredit von Informatik Stadt Bern zu erhöhen hat ein simples Ziel. In Zeiten wie heute, wo die grossen Tech-Konzerne sich politischen Trends beugen, um aus jedwelcher politischen Stimmung Profit schlagen zu können, müssen wir uns die Frage stellen, welche Abhängigkeiten wir uns von solchen volatilen Grosskonzernen leisten können. Insbesondere Trumps Drohgebärden scheinen bei solchen Konzernen immer mehr an Gewicht zu gewinnen. Und wir müssen uns immer mehr die Frage stellen: Wollen und sollen wir uns diesen Launen ausliefern? Bei einer Anhörung vor dem französischen Senat hat der Rechtsdirektor von Microsoft Frankreich zum Beispiel eingeräumt, dass Microsoft die Nutzerdaten nicht vor dem Zugriff US-amerikanischer Behörden schützen kann, auch dann nicht, wenn diese in EU-Rechenzentren gespeichert sind. Auf die direkte Frage, ob sie garantieren können, dass französische Bürgerdaten niemals ohne explizite Genehmigung an US-Behörden übermittelt werden, antwortete er ziemlich unmissverständlich: Nein, das könne er nicht garantieren. Was wir euch hingegen garantieren können: Längerfristig auf Microsoft zu setzen, ist ein sehr riskantes Spiel. Deshalb haben wir 120'000 Franken beantragt, um eine offene Alternative zu Microsoft Office einzuführen. Das ist angesichts der Gefahr, die uns droht, wenn wir dieses Geld nicht sprechen, nicht so viel.

Dann zu unserem Antrag für den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Dieser Fonds schüttet aktuell mehr aus, als er einnimmt und dieses Problem hat die FDP gewissermassen auch erkannt. Nur kommen sie zu einem ziemlich gegenteiligen Schluss. Mietpreise erhöhen oder weniger investieren. Wir hingegen sehen das Problem so: Wenn die Stadt den Fonds derart anzapft, geht das so lange gut, wie dieser noch genügend Eigenkapital hat. Ist das nicht mehr der Fall, haben wir eine Situation wie in den 2000er Jahren, als wegen der hohen Überschuldung des Fonds eigentlich alle Liegenschaften verkauft wurden. Dass das nicht so schlau war, dass wir mittlerweile so ziemlich alle hier. Und aktuell werden mit dem Fonds dann auch andere Bereiche der Stadt mitfinanziert oder finanziert. Und diesen Meccano sehen wir als nicht nachhaltig. Wollen wir das ernst nehmen und eine Stadt für alle sein, müssen es sich auch alle leisten können, hier zu wohnen. Und das geht nur mit einem Fonds, der nicht alle 20 Jahre wieder seine Immobilien verkaufen muss. Deshalb fordern wir, an dieser Stelle die Verzinsung des Kapitals zu reduzieren und dem Fonds das Geld zu lassen, wofür er es braucht, und zwar bezahlbaren Wohnraum. In die gleiche Richtung geht dann unser Antrag 159. Auch diese Forderung ist den meisten von euch nicht neu. Es kam im Dezember 2023 zu Mietzinserhöhungen bei städtischen Wohnungen von durchschnittlich 6%. Für eine soziale und nachhaltige Wohnungspolitik ist es wichtig, solche Entwicklungen nur so kurz wie nötig auf die Einwohner*innen der Stadt abzuwälzen. Deshalb sollen die auf den Referenzzinssatz zurückgeführten Mietzinserhöhungen wieder rückgängig gemacht werden. Es würde natürlich zu gar keinen Mietzinserhöhungen aufgrund des Referenzzinssatzes kommen. Aber dieser Antrag hatte bis jetzt noch nie Chancen in diesem Rat. Deshalb fordern wir einfach quasi als Minimalforderungen, dass der Mietzins automatisch wieder sinkt, wenn auch der Referenzzinssatz sinkt.

Dann noch ganz kurz zu Antrag 162 der SP-JUSO, GB/JA! bezüglich personeller Ressourcen zur Erfüllung des Personalreglements: Das unterstützen wir natürlich. Absenzen müssen aufgefangen werden können, und zwar auf allen Ebenen in allen städtischen Bereichen. Und eigentlich muss man dazu nicht so viel sagen. Es gibt Ansprüche, die aus dem Personalreglement entstehen, und diese müssen auch umgesetzt werden und umgesetzt werden können, Punkt, eigentlich. Die Ansprüche sind wichtig. Und deshalb gibt es auch das Personalreglement. Das wird aber vielleicht exekutiv nicht immer gleich gesehen. Und dann wird mit Sachzwängen und weiteren rhetorischen Mitteln argumentiert. Deshalb braucht es wohl dennoch diesen Antrag.

Zum Schluss noch einmal, wir lehnen alle Anträge der FDP und der SVP ab und nehmen die anderen an. Danke.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Ich habe gemerkt, ich spreche, glaube ich, schon zum 5. Mal zu dieser Direktion beim Budget. Und ich bin ein bisschen enttäuscht, dass ich nichts zum städtischen Rebgut sagen kann. Scheinbar hat sich das Rebgut sehr bewährt in den letzten Jahren und es gibt keine Anträge mehr dazu.

Aber es gibt dennoch sehr viele. Und ich komme deshalb auch direkt zur Haltung der SP-JUSO-Fraktion. Alle vorliegenden Anträge zur Streichung von Stellen lehnen wir ab. Es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, darüber zu befinden, ob eine Kommunikationsstelle benötigt wird oder nicht, und ich finde das auch sehr schwierig, als Parlament zu beurteilen. Stattdessen setzen wir uns als SP-JUSO-Fraktion dafür ein, dass die wichtigen Verbesserungen durch das teilrevidierte Personalreglement auch tatsächlich umgesetzt werden. Die Stadt Bern hat eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Angestellten. Und zentral ist dabei auch, dass es keine Ungleichbehandlung zwischen unterschiedlichen Arbeitsstellen und damit Mitarbeitenden gibt. Kosten für Ausfälle, sei es im Bereich Gesundheitsschutz oder aufgrund von Elternzeit, sollen zudem vom Gemeinderat zentralisiert werden. Die SP-JUSO-Fraktion hat zudem bereits letztes Jahr gefordert, dass der Frauenanteil im Führungskader 50% betragen soll, bzw. dass dieses Ziel anvisiert werden soll. Die Planungserklärung wurde auch überwiesen und soll dementsprechend auch umgesetzt werden.

Und nun zum Fonds: Pauschalkürzungen oder auch die kurzfristige Änderung der Abgeltung sehen wir als nicht zielführend an. Die von der FDP verlangte Kürzung würde den Fonds klar schwächen. Etwas anders verhält es sich mit dem Antrag zu den Zinsen. Wir haben Sympathien für diesen Antrag, da der Fonds der Stadt Bern viel Geld ablieferfert und dadurch auch unter Druck gerät. Dennoch ist dieser Antrag aus unserer Sicht etwas kurzsichtig. Besser wäre es für uns, diese Abgeltung einmal gründlich anzuschauen, beispielsweise auch mit dem Reglement. Ebenfalls nicht zustimmen wird die SP-JUSO-Fraktion dem Antrag zur Rückgängigmachung der Mietzinserhöhungen im Rahmen der Referenzzinssatzerhöhung; nicht, weil wir damit nicht einverstanden sind, sondern weil die Probleme bei den Mietzinserhöhungen im Zusammenhang mit der Referenzzinssatzerhöhung nicht bei der Stadt liegen, sondern eben bei privaten Immobilienbesitzer*innen. Gerade einmal die Hälfte der Mieter*innen in der Schweiz hat in den vergangenen Jahren eine Mietzinsreduktion erhalten, obwohl die Vermieter*innen die sinkenden Zinssätze hätten weitergeben müssen. Teilweise wurden die Mieten sogar erhöht, wenn beispielsweise die Mieter*innen gewechselt haben. Faktisch wurde damit eine Marktmiete eingeführt, ohne dass dies im Mietrecht verankert ist. Unrechtmäßige Erhöhungen im Rahmen der aktuellen Anpassungen an den Referenzzinsatz müssen angefochten werden und idealerweise sollten sie auch kontrolliert werden. Die Stadt hingegen hat die Senkungen jeweils weitergegeben, so wie sie das aktuell auch gerade tut. Und das ist auch richtig so. Sie hat zudem die Erhöhungen im Rahmen des Referenzzinssatzes beispielsweise auch bei den GüWR-Wohnungen (Wohnungen im Segment "Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien") nicht umgesetzt. Im Sinne einer Boden- und Wohnbaupolitik, die den Menschen in dieser Stadt bezahlbaren Wohnraum ermöglicht, ist es wichtig, mehr Boden der Spekulation zu entziehen und den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Es ist auch sehr zu hoffen, dass im Kanton Bern bald mehr Transparenz herrscht, sollte die Bevölkerung die transparenten Vormieten

am 28. September im Kanton einführen. Zentral ist auch hier die Umsetzung der Mietzinskontrolle, die dieses Parlament bereits als Auftrag an den Gemeinderat überwiesen hat. Im Sinne dieser Wohnbaupolitik lehnt die SP-JUSO-Fraktion auch die SVP-Anträge ab, die auch ganz klar zum Ziel haben, den Rahmenkredit für die Liegenschaftskäufe zu schwächen. Für mehr bezahlbaren Wohnraum muss die Stadt mehr Liegenschaften kaufen und nicht weniger Geld dafür zur Verfügung haben. Die SP-JUSO-Fraktion hat zudem auch die Planungserklärung der Kommission zur Erhöhung des Leistungssindikators für installierte Photovoltaikanlagen bei Gebäudesanierungen diskutiert, und wird dieser zustimmen, obwohl man ehrlicherweise schon sagen muss, dass das Ziel sehr ambitioniert ist. Wir sind allerdings der Meinung, dass der Fonds gerade auch hier hohe Ziele setzen sollte.

Und dann auch herzlichen Dank für die Denkaufgabe an unsere Basis. Wir haben es vorletztes Jahr zwar angenommen, die Streichung zu Casablanca, letztes Jahr aber nicht. Und wir halten weiterhin an der Haltung vom letzten Jahr fest, denn die Streichung würde die Stadt unterm Schnitt mehr kosten und würde auch eine Ressourcen-aufstockung bei der Stadt bedeuten, um eben auch die städtischen Liegenschaften zu reinigen. Herzlichen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: Durch eine Kombination von Präventions-, Repressions- und Reinigungsaktionen sollen Sprayerinnen und Sprayer eruiert und gebüsst werden, schreibt der Verein Casablanca auf ihrer Webseite. Sprayer*innen verfolgen und büßen, ist das für euch Sozialpolitik? Geschätzte Anwesende, nicht einmal ein Jahr nach den Wahlen werden in dieser Budgetdebatte bereits jegliche Wahlversprechen gebrochen, vor allem von der Partei, die 5 Sitze dazu gewonnen hat: Übernehmt endlich die Verantwortung gegenüber euren Wähler*innen. Es ist unfassbar, dass ein ausgeglichenes Budget wichtiger ist als konsequente Sozialpolitik. Nun stellt sogar die linke Opposition einen Kürzungsantrag, die Streichung von 40'000 Franken an den Verein Casablanca. Anscheinend sind euch aber weisse Fassaden und die Kriminalisierung von Graffiti-Künstler*innen wichtiger, als euch für die Bevölkerung, die Gesundheit von Mitarbeitenden und für den Klimaschutz einzusetzen. Wenn ihr euch schon so vehement für dieses ausgeglichene Budget einsetzt, warum seid ihr dann wieder gegen diesen Kürzungsantrag? Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, weisse Fassaden von privaten Hauseigentümer*nnnen zu unterstützen, sondern sich konsequent für eine starke Bildungs- und Betreuungspolitik einzusetzen, den Unterhalt von Straßen zu gewährleisten und die Klimaziele zu erreichen. Alles Bereiche, wo ihr Sparaufträge unterstützt habt. Aber Casablanca wollt ihr weiterhin Geld geben. Um der Repression rund um Casablanca ein Ende zu setzen, bitte ich euch, die Anträge 141 und 142 anzunehmen.

Nun zu den weiteren Anträgen zur FPI: Wir lehnen die meisten Anträge zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ab. Bei dem von AL/PdA/TIF, also dem ersten, enthalten wir uns, und den zweiten, von dem ich gerade durch Matteo erfahren habe, nehmen wir an. Wohnen ist ein Menschenrecht und muss nicht nach der Marktlogik geschehen. Hier hat der Fonds die wichtige Funktion, primär der Stadt günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Im Vergleich zum letzten AFP wird ein viel besseres Resultat ausgewiesen, und wir sehen in der aktuellen Situation keinen weiteren Handlungsbedarf.

Den Kürzungsantrag zur Wiederverkaufsplattform der Stadtverwaltung lehnen wir ab. Die Wiederverkaufsplattform kann nicht mit Plattformen wie Tutti und Ricardo vergli-

chen werden. Es ist eine Plattform, um verwaltungsintern Möbel und ähnliches weiterzuverkaufen. Dies ist nicht nur günstiger für die einzelnen Ämter, sondern ökologisch sinnvoll, da weniger neue Produkte erworben und funktionierende Produkte wiederverwendet werden.

Ökologisch sinnvoll sind auch PV-Anlagen auf möglichst vielen Dächern. Deshalb unterstützen wir den RWSU-Antrag, den Leistungsindikator der PV-Anlagen auf 12 zu erhöhen. Abschliessend zum Antrag zu 50% Frauenanteil im Führungskader: Diesen nehmen wir an und kämpfen weiter, dass national ein dritter Geschlechtseintrag eingeführt wird und die Stadt Bern den Begriff Finta im Leistungsindikator verwenden kann. Bis dann ist der Frauenanteil auf 50% zu erhöhen, dass mindestens das gemacht werden kann. Die Fraktion GB/JA! setzt sich konsequent gegen Repression und für eine ökologische, soziale und gleichgestellte Stadt ein. Ich hoffe, ihr tut das auch. Danke.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Zuerst einmal auch herzlichen Dank an die FPI für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Wir haben uns bereits mehrfach zu unseren Grundsätzen geäussert und sie werden auch hier wieder Anwendung finden. Wir werden daher alle Anträge ablehnen.

Gerne möchte ich mich zu 2 noch spezifisch äussern. Zum einen zum Antrag 143 zum Leistungsindikator Frauenanteil in Führungskadern: Wir haben an unserer Fraktionssitzung sehr lange zu diesem Antrag diskutiert. Es ist klar, dass wir im Sinne einer Chancengleichheit auch auf Kaderstufe möglichst ausgewogene Führungsteams anstreben wollen. Gleichzeitig fragen wir uns, ob die Problematik über einen Leistungsindikator gesteuert werden soll, gerade wenn der Indikator dann nicht erreicht werden kann. Es wird daher einige Enthaltungen bei diesem Antrag geben.

Und zweitens möchte ich mich auch noch zum zweiten Antrag, zum Antrag 150, Leistungsindikator Photovoltaik, äussern. Auch hier haben wir Sympathien für das Anliegen. Aus unserer Sicht ist aber die Machbarkeit sehr infrage gestellt. Und wir möchten lieber realistisch bleiben und diesen Leistungsindikator deshalb nicht anpassen. Denn über den Leistungsindikator zu steuern, ist hier aus unserer Sicht nicht der Weg. Dass wir mehr Solar wollen, das ist absolut unbestritten und es wird deshalb einige Enthaltungen geben.

Präsident: Das ist rekordkurz gewesen. Für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Ich kann mich meiner Vorednerin anschliessen, auch wir bleiben unseren Prinzipien in dieser Abstimmung treu. Wir werden alle Anträge, die einen Ausbau wünschen, ablehnen. Wir unterstützen die FDP-Anträge, die nicht kompensierte Stellen streichen. Wir unterstützen das Streichen der Wiederverkaufsplattform und bitten hier auch die Verwaltung bei allem Dank für die grossartige Arbeit doch bitte, interne Lösungen für solche schon wichtigen Aufgaben zu finden. Aber das muss doch nicht so viel kosten. Und wir werden die RWSU-Anträge 150 zur Photovoltaik und 143 für den Frauenanteil nicht ablehnen, weil uns diese Themen nicht wichtig wären. Sondern wir werden sie ablehnen, weil wir es auch nicht gerecht finden, der Verwaltung unrealistische Ziele aufzubürden, wenn wir sogar schon hier im Rat sagen, es sei nicht zu erreichen. Das ist einfach nicht fair. Bleiben wir doch bei der Realpolitik und machen hier ein bisschen weniger Symbolpolitik. Merci.

Präsident: Das war noch kürzer. Gibt es Einzelvoten zu dieser Direktion? Das ist nicht der Fall. – Doch, das ist der Fall. Dann hat als nächstes das Wort, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP), Einzelvotum: Ich bin ein bisschen erstaunt, dass Straftatbestände wie Vandalismus und Sachbeschädigung so verharmlost werden und quasi in die Waagschale geworfen werden und einzelne Sachen gegeneinander ausgespielt werden. Casablanca, darüber kann man sich streiten, aber das ist eine gute Organisation. Und hier quasi zu sagen, das sei nicht nötig, ist wirklich eine Verharmlosung der Situation. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Man merkt, dass das Parlament etwas gegen die Immobilienbranche hat. Wir haben in der Stadt Bern einen wichtigen Player, der Eigentümer von Immobilien für 3,4 Milliarden ist, und das ist die Burgergemeinde. Und wenn man schaut, wie sie zum Beispiel zu ihren Immobilien schaut, so etwas könnte sich die Stadt nurträumen, weil sie das Geld gar nicht hätte. Wenn man schaut, wie ein Cassino umgebaut worden ist, mitten im Herz von Bern, mit Herzblut, da muss man sagen, das ist ein Bijou. Und es muss halt einfach manchmal schon ein bisschen rentabel sein. Jemand der vielleicht angestellt ist oder ich weiss auch nicht, der ein Handwerk ausübt, und dann muss es halt rentieren. Und wenn die Mietzinsen steigen, dann hat man einen Mieterverband. Die Präsidentin des Mieterverbandes des Kantons Bern, wer ist das? Das ist Edith Siegenthaler. Das ist jemand von euch. Ich kann es sehr gut mitreden. Ich bin lange in der Geschäftsprüfungskommission gewesen. Aber ich weiss, dass der Mieterverband des Kantons Bern herausfordernde und gute, sehr gute Arbeit leistet, wenn es um Mietzinswucher geht. Wenn ein Mieter das Gefühl hat, es gehe um Mietzinswucher, dann geht er zum Mieterverband. Die lösen die Probleme. Und daher versteh ich nicht, dass man so einen riesigen Ballon macht, wenn es Leute gibt, die vielleicht noch etwas an einer Miete verdienen. Das alles, die Mieteinnahmen, werden auch wieder beim Einkommen versteuert, und das kommt der Stadt Bern auch wieder zugute. Die Stadt Bern hat von den Liegenschaftsverwaltungen und von der Immobilienbranche, wenn man die Steuerverwaltung anschaut, einen sehr grossen Teil, den sie zurückbekommt. Und deshalb muss ich einfach sagen, ist es ein bisschen verfehlt, dass man immer auf diesen Mieten herumreitet. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes Stefan Ischi.

Stephan Ischi (SVP), Einzelvotum: Casablanca – ernsthaft? Ich meine, das ist Sachbeschädigung, die vorausgeht. Casablanca mäht nicht den Rasen oder streicht dem Immobilieneigentümer die Küche. Das ist eine Sachbeschädigung, die dort passiert, ein Geschmire, das weggemacht wird, damit der Ursprungszustand dort wieder hergestellt wird – für ein paar wenige Franken. Also ich meine, ich weiss nicht, wie viel Freude ihr hättest, wenn jemand eure Computer versprayen würde oder sonst euer Eigentum. Hier geht es ganz klar um den Eigentumsschutz für ein paar wenige Franken. Und ausserdem, und das ist jetzt ideologisch, manche mögen es verschmiert, manche weiss. Der Eigentümer entscheidet am Schluss, wie er es will, und so bekommt er es auch. Merci vielmals.

Präsident: Dann jetzt für den Gemeinderat Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, sehr geehrter Herr Stadtratspräsident und geschätzte Anwesende, ich habe uns zu Anfang dieser Debatte letzte Woche eine respektvolle und konstruktive Debatte gewünscht und viel Freude am demokratischen Verhandeln und Abwägen der verschiedenen Anliegen. Und ich denke, genau das haben Sie in den vergangenen Stunden gemacht, und ich möchte mich herzlich bedanken dafür.

Der Gemeinderat hatte euch ein ausgeglichenes Budget vorgelegt mit einem Überschuss von 2,6 Mio. Franken. Und es scheint sich abzuzeichnen, dass ihr im Grundsatz beschlossen habt, der Stimmbevölkerung auch ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Wie viel, genau kann ich dann als nächstes sagen. Also als erstes schon einmal: Danke, dass ihr dieses Konzept im Grundsatz mitträgt.

Nun sage ich noch etwas zu den Anträgen meiner Direktion, der FPI. Es ist die einzige Direktion, die voraussichtlich keinen Ausbau verzeichnen darf. Das versteh ich aber nicht als eine Aussage zu der Leistung der Mitarbeitenden der Direktion, denn die leisten natürlich Toparbeit. Zuerst die Anträge 135, 136, 137, 138, 139, 140. Das sind alles Anträge zu Stellenkürzungen. Ich möchte euch bitten, diese Anträge abzulehnen. Es geht hier darum, dass wir mit der Kommunikation auch die Menschen erreichen, die uns ausstatten, um mit den Mitteln Leistung für sie zu erbringen, nämlich die Bevölkerung der Stadt Bern. Und eine zeitgemässen und adäquaten Kommunikation müsste möglich sein. Im Vergleich zu anderen Direktionen oder zum Teil sogar einzelnen Dienststellen hat die FPI keine einzige Stelle, die ausschliesslich Kommunikation betreibt. Auch bei den Business-Analysts, wir haben es schon ein paar Mal gehört – die Schaffung dieser Business-Analyse. Das sind eben nicht einfach Analysen. Und die machen in dem Sinn auch nicht Geschäfte. Die Rolle dabei ist eben, dass wir damit Personen haben, die die konkreten, lokalen, verwaltungsinternen Prozesse kennen und auch entsprechend Digitalisierungsprozesse richtig aufgleisen können, sodass diese dann passen, Übersetzungsarbeit leisten können. Es ist wichtig, dass das intern ist und es ist ein elementares Element für Digitalisierungsvorhaben. Auch Prozesssteuerung und Prozessmanagement sind zentral, wenn ihr möchtet, dass wir die Ziele erreichen können, die grossmehrheitlich doch von allen Seiten in diesem Saal im Grundsatz unterstützt werden. Zu den Anträgen 141 und 142, Casablanca, ist es wichtig festzuhalten, dass der Verein Casablanca nicht die Reinigungskosten für Privateigentümer*innen übernimmt. Diese werden über diese Versicherungen beglichen. Das ist genau Teil dieses Modells, dieser Versicherungsleistung. Der Verein Casablanca macht nur die Abwicklung. Vielleicht könnte man auch sagen, dass dieser Verein auch zugunsten der Stadtverwaltung arbeitet. Auch die Stadt hat in diesem Perimeter einige Immobilien und müsste dann doch ziemlich höhere Mehrkosten in Kauf nehmen, wenn man das nicht mehr zur Verfügung hätte. Zu den Leistungsindikatoren bei der paritätischen Vertretung der Geschlechter über alle Hierarchiestufen: Unabhängig davon, was Sie hier als Leistungsindikator reinschreiben, ist das ein wichtiges Ziel der Stadtverwaltung, das wir auch weiterhin mit Nachdruck verfolgen und schauen werden, wie erfolgreich wir damit sein werden. Antrag 162, die Zentralisierung von Personalkosten: Das widerspricht natürlich dem Prinzip von Globalbudgets. 144 möchte gerne für 120'000 Franken einen Pilot machen zur Einführung von Open Source Software. Es gibt einen Bericht von 2019. Darin hat man das abschliessend en Détail angeschaut und hat dann zur Kenntnis genommen – auch im Stadtrat –, dass ein flächendeckender Umstieg der Kernanwendungen der städtischen ICT-Landschaft als Open Source mit sehr hohen Risiken und beträchtlichen Mehrkosten verbunden wäre. Man hat das dann beiseitegelegt. Wahrscheinlich ist jetzt nicht der Moment, einen Pilot einzuführen. 145, ein externes

Controlling: auch hier gibt es einige Punkte, die dagegen sprechen. Es gäbe tatsächlich höhere Kosten, grossen Koordinationsaufwand. Wir haben Fragen von Vertraulichkeit und Datenschutz zu klären und Abhängigkeiten von externen Dienstleistungen gegenüber einem eigentlich geringen Mehrwert. 148 und 146: Da geht es um die Wiederverkaufsplattform, die natürlich der Nachhaltigkeit dient, indem die Stadtverwaltung vorhandenes Material wiederverwenden kann. Das geht nicht über den Webshop. Mit 147 möchten Sie 2 Stellen kürzen in der Logistik. Das ist eine kleine Abteilung. Entsprechend wäre das kaum umsetzbar und entspricht auch nicht der Realität, wenn ein Kunde wie die Universität wegfällt. 149 und 153 sind die Anträge zum Fonds. Der Fonds ist eine Finanzanlage, ja. Das zu betonen, wurde auch meinem Vorgänger nicht müde. Aber sein Ziel ist nicht Gewinnmaximierung. Und er wirkt marktergänzend. Es ist das wichtigste Instrument der Stadt für die Verfolgung ihrer eigenen Wohnbaupolitik. Ich bitte Sie, diese Anträge ebenfalls abzulehnen. 150, 156, 157, 158 sind alles Anträge, dass man Kosten des Fonds separat aufstellen sollte. Auch die sind unnötig. Der Fonds weist bereits heute bei Projekten, und auch bei Sanierungsprojekten, natürlich in der Kompetenz des Stadtrats alle detaillierten Informationen aus. Jetzt noch die Planwerte, die Indikatoren zum Solar: Auch hier – wir verfolgen natürlich das Umsetzungskonzept mit den zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen. Die Ambition ist selbstverständlich richtig. Der Auftrag ist im Umsetzungskonzept Solar aufgenommen. Es gibt keine Differenz zum Anliegen. Es ist also auch hier unnötig, im AFP, wo eigentlich realistischerweise anfallende Kosten aufgeführt werden, das aufzunehmen.

So, jetzt danke ich Ihnen noch einmal für diese Debatte, ich danke Ihnen für die Kommissionsarbeit, für die Delegationsarbeit, vor allem aber der Finanzverwaltung und auch den anderen Direktionen für die Mitarbeit, um das neue Konzept des Gemeinderates umzusetzen, damit wir die Legislaturziele "stabile Finanzen" und "verantwortungsvolle Arbeitgeberin" erfüllen können. In diesem Sinn herzlichen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit auch mit meinen Regierungskolleginnen und Kollegen, die enge Zusammenarbeit mit der FIKO und den Fraktionen. Danke.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über die letzten 21 von 170 Anträgen. Wir sind auf Seite 13 der Antragsliste. Wir stimmen als erstes über den Antrag 135, FDP/GFL, zur Kommunikationsstelle ab.

Antrag 135

FDP, GFL

Budget FPI, 600 Direktionsstabsdienste FPI

Auf die neue Kommunikationsstelle soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 094

2024.FPI.0082: Antrag 135

Ablehnung

Ja	21
Nein	49
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 136, FDP, bezüglich Business-Analyst.

Antrag 136

FDP

Budget FPI, 600b Direktionsstabsdienste FPI

Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business-Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 095

2024.FPI.0082: Antrag 136

Ablehnung

Ja	16
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 137, FDP, bezüglich der Stelle politische Steuerung.

Antrag 137

FDP

Budget FPI, 600 Direktionsstabsdienste FPI

Auf die neue Stelle "Politische Steuerung" soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 75'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 096

2024.FPI.0082: Antrag 137

Ablehnung

Ja	16
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Jetzt kommen wir zu den gleichen Anträgen im AFP als Planungserklärung. Zuerst Antrag 138, FDP/GFL zur Kommunikationsstelle.

Antrag 138

FDP, GFL

Planjahr FPI, 600 Direktionsstabsdienste FPI

Auf die Schaffung einer Kommunikationsstelle soll in den Jahren 2027-2029 verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 097

2024.FPI.0082: Antrag 138

Ablehnung

Ja	22
Nein	49
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 139, FDP, bezüglich der Stelle "Politische Steuerung".

Antrag 139

FDP

Planjahr FPI, 600 Direktionsstabsdienste FPI

Auf die Schaffung einer Stelle "Politische Steuerung" soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 098

2024.FPI.0082: Antrag 139

Ablehnung

Ja	16
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 140, FDP, bezüglich Business Analyst.

Antrag 140

FDP

Planjahr FPI, 600 Direktionsstabsdienste FPI

Auf die Schaffung einer Stelle Business-Analyst soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 099

2024.FPI.0082: Antrag 140

Ablehnung

Ja	16
Nein	57
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 141, AL/PdA/TIF, JA!, JUSO, bezüglich dem Verein Casablanca.

Antrag 141

AL/PdA/TIF, JA!, JUSO

Budget FPI, 620 Immobilien Stadt Bern

Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 40'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 100

2024.FPI.0082: Antrag 141

Ablehnung

Ja	18
Nein	55
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 142, AL/PdA/TIF, JA!, JUSO. Das ist der gleiche Antrag, einfach als Planungserklärung zum AFP.

Antrag 142
 AL/PdA/TIF, JA!, JUSO
 Planjahr FPI, 620 Immobilien Stadt Bern
 Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 40'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 101

2024.FPI.0082: Antrag 142

Ablehnung

Ja	18
Nein	55
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 143, RWSU, bezüglich des Frauenanteils im Führungskader.

Antrag 143
 RWSU
 Planjahr FPI, 640 Personalamt
 Der Leistungsindikator "Frauenanteil im Führungskader" ist ab Planjahr 2027 auf 50% zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 102

2024.FPI.0082: Antrag 143

Annahme

Ja	51
Nein	12
Enthalten	10

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zum Antrag 162, SP/JUSO, GB/JA!, bezüglich Erfüllung der Fürsorgepflicht des Gemeinderates.

Antrag 162
 SP/JUSO, GB/JA!
 Planjahr FPI, 640 Personalamt
 Der Gemeinderat stellt in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht sicher, dass allen Organisationseinheiten genügend personelle Ressourcen zur Erfüllung der Aufgaben und der Rechtsansprüche aus dem Personalreglement zur Verfügung stehen. Finanzierungen von Personalkosten insbesondere im Bereich Gesundheitsschutz und Integration bei krankheitsbedingten Einschränkungen sowie für Mutterschafts-, Vaterschafts-, und Elternzeit sind zu zentralisieren.

Abstimmung Nr. 103

2024.FPI.0082: Antrag 162

Annahme

Ja	47
Nein	26
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 144, AL/PdA/TIF, bezüglich Förderung der digitalen Souveränität.

Antrag 144

AL/PdA/TIF

Budget FPI, 650 Informatik Stadt Bern

Der Globalkredit ist um Fr. 120'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 104

2024.FPI.0082: Antrag 144

Ablehnung

Ja	24
Nein	48
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 145, FDP, bezüglich "Externes Controlling für Digitalisierungsprojekte".

Antrag 145

FDP

Planjahr FPI, 650 Informatik Stadt Bern

Externes Controlling für Digitalisierungsprojekte: Der Gemeinderat wird verpflichtet, bei allen Digitalisierungsprojekten über CHF 2 Mio. ein externes Controlling einzusetzen und die Ergebnisse dem Stadtrat jährlich vorzulegen.

Abstimmung Nr. 105

2024.FPI.0082: Antrag 145

Ablehnung

Ja	16
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 146, FDP, bezüglich Wiederverkaufsplattform.

Antrag 146

FDP

Budget FPI, 660 Logistik Bern

Die Ausgaben für die Wiederverkaufsplattform sollen gestrichen werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 38'200 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 106

2024.FPI.0082: Antrag 146

Annahme

Ja	40
Nein	34
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 147, FDP, bezüglich dem Abbau von 2 Vollzeitäquivalenten.

Antrag 147

FDP

Planjahr FPI, 660 Logistik Bern

Es sind 2 Vollzeitäquivalent abzubauen.

Abstimmung Nr. 107

2024.FPI.0082: Antrag 147

Ablehnung

Ja	16
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 148, FDP, bezüglich Wiederverkaufsplattform.

Antrag 148

FDP

Planjahr FPI, 660 Logistik Bern

Die Ausgaben für die Wiederverkaufsplattform soll in den Jahren 2027-2029 verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 108

2024.FPI.0082: Antrag 148

Annahme

Ja	40
Nein	34
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 149, FDP, bezüglich der Sonderrechnung.

Antrag 149

FDP

Budget FPI, 860 Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

Der Globalkredit der Sonderrechnung „Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik“ ist um 1'219'000 Franken zu kürzen, sodass er im Budget 2026 ausgeglichen ist.

Abstimmung Nr. 109

2024.FPI.0082: Antrag 149

Ablehnung

Ja	15
Nein	51
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 153, AL/PdA/TIF.

Antrag 153

AL/PdA/TIF

Budget FPI, 860 Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

Die Verzinsung des Kapitals an den Allgemeinen Haushalt ist einmalig um 10.0 Mio. Franken zu reduzieren (betrifft die Finanzverwaltung).

Abstimmung Nr. 110

2024.FPI.0082: Antrag 153

Ablehnung

Ja	5
Nein	50
Enthalten	19

Präsident: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zu den Anträgen 156 und 157, SVP, die wir gegeneinander ausmehren müssen. Wenn ihr Antrag 156 den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr Antrag 157 den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Rot.

Antrag 156

SVP

Planjahr FPI, 860 Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften die Kosten für die Instandstellung im Budget separat ausweisen.

Antrag 157

SVP

Planjahr FPI, 860 Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften die Kosten für deren Instandstellung über das gleiche Budget wie die des Erwerbs abwickeln.

Abstimmung Nr. 111

2024.FPI.0082: Antrag 156 vs. Antrag 157

Antrag 156 obsiegt

Ja	33
Nein	27
Enthalten	14

Präsident: Ihr habt dem Antrag 156 den Vorzug gegeben. Wir stimmen über den ob-siegenden Antrag ab.

Abstimmung Nr. 112

2024.FPI.0082: Antrag 156

Ablehnung

Ja	10
Nein	64
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 150, RWSU.

Antrag 150

RWSU

Planjahr FPI, 860 Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

Der Leistungsindikator beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik "installierte Photovoltaikanlagen bei Gebäudesanierungen" ist für die Jahre 2026 - 2029 auf 12 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 113

2024.FPI.0082: Antrag 150

Annahme

Ja	48
Nein	24
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zum letzten Antrag, 158, SVP.

Antrag 158

SVP

Planjahr FPI, 860 Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften genau angeben, welche Einheiten sie wie genau renoviert, Wohnungsgrösse in m², Anzahl Zimmer, Ausbaustandard etc.

Abstimmung Nr. 114

2024.FPI.0082: Antrag 158

Ablehnung

Ja	3
Nein	70
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Jetzt wurde ich informiert, dass es noch einen Antrag 159 gibt. Den habe ich bei mir nicht vorliegend. Es gibt ihn aber anscheinend tatsächlich. Wir haben also noch den Antrag 159, AL/PdA/TIF, das ist dann aber

definitiv der letzte Antrag. Es geht um die Mietzinserhöhung für die städtischen Wohnungen.

Antrag 159

AL/PdA/TIF

Planjahr FPI, 860 Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

Mietzinserhöhungen für städtische Wohnungen basierend auf einer Erhöhung des Referenzzinssatzes sind jeweils unmittelbar nach einer Senkung des Referenzzinssatzes wieder rückgängig zu machen.

Abstimmung Nr. 115

2024.FPI.0082: Antrag 159

Ablehnung

Ja	25
Nein	49
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind somit durch mit den Anträgen zum Budget. Jetzt frage ich die Gemeinderätin, ob sie ganz kurz eine Pause braucht oder ob sie uns bereits das Ergebnis bekannt geben kann. Wir machen ganz kurz, aber wirklich kurz eine Pause. Das heisst bleibt bitte, wenn immer möglich, an den Plätzen. Melanie Mettler wird uns nachher gleich das Ergebnis bekannt geben und wir gehen nahtlos in die Schlussabstimmung über. Also ich empfehle euch, euch nicht zu weit von eurem Platz zu entfernen.

Die Gemeinderätin ist bereit. Kannst du dich noch ganz kurz anmelden? Dann gibt uns Gemeinderätin Melanie Mettler das Ergebnis der Finanzdebatte bekannt.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Sie haben folgendes Budgetergebnis beschlossen: Beim allgemeinen Haushalt einen Aufwand von 1'488'086'603 Franken und einen Ertrag von 1'488'134'985 Franken. Das gibt einen Ertragsüberschuss von 66'382 Franken. Bei den Sonderrechnungen haben Sie einen Aufwandüberschuss von 5'729'970 Franken beschlossen. Beim Gesamthaushalt entsteht so ein Aufwandüberschuss von 5'663'588 Franken.

Präsident: Vielen Dank, da wurde gut gerechnet. Wir kommen somit zur Schlussabstimmung über das entsprechend angepasste Budget 2026 inklusive der Steueranlage, den Liegenschaftssteuern und den Sonderrechnungen. Wenn ihr das Budget genehmigen wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr es ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 116

2024.FPI.0082: Budget 2026

Annahme

Ja	56
Nein	16
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt das Budget genehmigt. Wir stimmen ab über die Genehmigung der Abstimmungsbotschaft. Selbstverständlich gilt auch hier, dass allfällige Änderungen, die sich aus der Debatte ergeben haben, noch nachvollzogen werden.

Abstimmung Nr. 117

2024.FPI.0082: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	68
Nein	3
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft genehmigt. Nun stimmen wir noch über die Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans 2026 bis 2029 ab. Zur Erinnerung: Diesen nehmen wir zur Kenntnis. Ihr könnt ihn zustimmend, Grün, zur Kenntnis nehmen. Ihr könnt ihn ablehnend, Rot, zur Kenntnis nehmen oder ihr könnt ihn ohne Wertung zur Kenntnis nehmen, das entspricht der Enthaltung, Weiss.

Abstimmung Nr. 118

2024.FPI.0082: Kenntnisnahme AFP 2026-2029

Annahme

Ja	29
Nein	16
Enthalten	28

Präsident: Ihr nehmt den AFP zustimmend zur Kenntnis. Wir haben somit die Finanzdebatte 2025 beendet. Aufgrund des doch wieder etwas ansteigenden Pendenzbergs gehe ich nicht auf den Wunsch ein, die Sitzung jetzt abzubrechen. Wir fahren also fort mit den Vorstößen gemäss Traktandenliste.

2025.SR.0175

7 Dringliche Motion: Eingliederung Kitas Stadt Bern in die Kernverwaltung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Präsident: Das heisst, wir haben als erstes die dringliche Motion "Eingliederung Kitas Stadt Bern in die Kernverwaltung". Ich frage hier als erstes: Ist diese Motion bestritten? – Sie ist bestritten. Dann haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Einreichenden: Es geht um die Finanzierung der städtischen Kitas, es geht immer noch um Geld, und zwar geht es darum, dass wir hier letztlich eine Grundversorgung mit Kitas sicherstellen wollen, und nicht jedes Jahr wieder darüber diskutieren und Planspiele machen wollen, ob das jetzt reicht, wenn wir hier die trägerbedingten Mehrkosten wie IT-Lizenzen und so weiter in den Griff kriegen oder nicht. Es geht hier um die Betreuung von Kindern. Es geht hier um ein Anliegen, das auch in der Stimmbevölkerung grossen Widerhall findet. Wir gehen davon aus, dass wir die Kitas in der Stadt Bern gut finanzieren müssen, stabil finanzieren müssen; auch so, dass man

hier nicht jede Legislatur oder sogar jedes Jahr darüber diskutieren muss, ob es reichen kann oder nicht. Aus diesem Grund sind wir dafür, mit dieser Motion unser selbst gewähltes Korsett zu sprengen und hier nicht eine Spezialfinanzierung und die Pflicht, diese auch ohne Defizitgarantie auszurüsten, führen wollen. Es soll also darum gehen, die Trägerschaft so zu wählen, dass tatsächlich die städtischen Kitas in einem Haushalt geführt werden oder etwas Äquivalentes. Jedenfalls kann es nicht sein, dass wir davon ausgehen müssen, dass städtische Kitas gewinnorientiert arbeiten müssen. Das sollten eigentlich keine Kitas, auch die privaten, gewinnorientiert arbeiten müssen. Das ist unsere Überzeugung. Wir wünschen uns eigentlich, dass auch private Kitas existieren können und so viel Geld kriegen, wie sie brauchen, um das, was wir uns von Kitas wünschen, erfüllen zu können. Wir glauben nicht daran, dass es einen Wettbewerb braucht bei Kleinkindererziehung. Ich sehe nicht, wie dieser Wettbewerb funktionieren soll. Jetzt habt ihr hier schon einmal das Zvieri der Kinder nicht gestattet. Soll das dann bei den Kitas auch so funktionieren oder wo denkt ihr da, dass wir Geld sparen können? Wir glauben nicht daran, dass das funktioniert. Aus diesem Grund wollen wir euch diese Motion zur Annahme empfehlen. Vielen Dank.

Präsident: Ihr könnt euch für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die Stadt Bern hat das Kita-Wesen nicht im Griff. Ich bin klar der Meinung, jetzt müssen wir das nicht noch präjudizieren und noch einmal mehr Geld ausgeben für etwas, was man bereits jetzt nicht gekonnt hat. Deshalb lehnen wir den Vorstoss sowohl in Motion als auch in Postulatsform ab. Wir sind klar der Meinung, wir haben Volksabstimmungen gehabt, als man die Kita-Gutscheine eingeführt hat. Ich bin der Meinung, es müssen gleich lange Spiesse sein. Ich habe durchaus mit mir reden lassen, dass man an gewissen Orten, wo es vielleicht weniger private Kitas hat, wo es vielleicht wirtschaftlich ein bisschen weniger interessant ist, etwas macht. Aber dass man jetzt noch einen weiteren Ausbau macht, bevor die nötigen Untersuchungen vorliegen – wir wissen es ja, darüber haben wir berichtet, so dass ich kein Kommissionsgeheimnis verletze. Wir machen diese Abklärungen. Und dann kann man jetzt doch nicht weiter Geld dort hineinschütten, in einen Krug, aus dem das Wasser hinausfliesst. Deshalb bitte ich euch ganz klar um ein Nein, danke.

Präsident: Für die Fraktion GLP-EVP, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Ich musste etwas schmunzeln, als ich gesehen habe, dass diese Motion eingereicht wurde, gerade an dem Tag, als wir hier genau über das Gegenteil, über die gegenteilige Forderung gesprochen haben, nämlich über die Ausgliederung von Kitas Stadt Bern.

Ich möchte hier nun aber nicht alles wiederholen, was ich schon mehrmals gesagt habe. Vielleicht einfach nur so viel: Wir wollen eben gerade nicht, dass die Anreize zur betriebswirtschaftlichen Optimierung verhindert oder vermindert werden. Und wir wollen keine marktverzerrenden Eingriffe. Was hier gefordert wird, steht dem etablierten System der Betreuungsgutscheine diametral entgegen. Wie ihr euch denken könnet, wird die Fraktion GLP-EVP deshalb diese Motion klar ablehnen. Auch im Bericht von Bolz und Partner wurde geschlussfolgert, dass man nicht weiter auf diese Option eingeht. Und wir stehen ja gerade mitten in dieser Frage rund um die Trägerschaft. Und hier finde ich es interessant, dass der Gemeinderat in der Antwort auf die Motion schreibt, dass er zu gegebener Zeit, was das auch heissen mag, die definitive Revisionsvorlage

zuhanden des Stadtrats verabschieden und die Resultate der Vernehmlassung in den Beschluss einfließen lässt. Darauf warten wir eigentlich. Und ich bin gespannt, was dabei herauskommt, und freue mich auf die Debatte, die wir dann hier im Rat führen werden.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ja, Spuren abbauen statt aufbauen, das scheint die Lösung der rot-grünen Mehrheit hier im Stadtrat zu sein. Anders kann ich mir das ehrlich gesagt nicht erklären, dass man Kitas, die im Privatmarkt gut funktionieren, dank dem Betreuungsgutscheinen, und die nicht die Kernaufgabe des Staates sind, verstaatlichen will. Die Lösung der städtischen Herausforderungen lautet nicht einfach immer noch mehr Staat, vor allem dann nicht, wenn es die Privaten definitiv besser und effizienter können. Ich verweise auf den Expertenbericht von Urs Bolz und David Wüst-Rudin, der die als Option 3 betitelte Rückführung in die Kernverwaltung kritisch betrachtet und dabei Folgendes festhält: Mit der Rückführung wird die mit dem aktuellen Reglement angestrebte Eigenwirtschaftlichkeit ausgehebelt und rückgängig gemacht. Das wäre eine Entwicklung, die dem allgemeinen Trend entgegenläuft. Der Anreizfaktor der heutigen Lösung, und das ist auch nicht die beste, würde mit der Spezialfinanzierung dann wegfallen, die Motivation für betriebswirtschaftliche Optimierungen würde abnehmen. Warum soll man sich noch Mühe geben und aus der Komfortzone herauskommen, wenn das potenzielle Defizit ja sowieso von der Staatskasse getragen wird? Das kann sicher nicht die Lösung sein und das würde auch den Wettbewerb gegenüber den Privaten verzerren. Wir von der FDP lehnen diese Motion klar ab und fordern ein Umdenken bei der Kita Stadt Bern, eine Deakzession des Portfolios und ein Auslagern an Private, die das besser können, zum Beispiel über einen Leistungsvertrag. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Bis jetzt sind alle Fraktionsvoten unter 2 Minuten. Das ist super. Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP) für die Fraktion: Ich werde mich nicht kurz fassen. Für die SP-JUSO-Fraktion ist die Kinderbetreuung in den Kitas ein unverzichtbarer Teil unserer Stadt. Mit "unserer Stadt" meine ich die Familien und die Kinder, die hier leben und die Anspruch auf ein zugängliches und qualitativ gutes Angebot an Kita-Plätzen haben, und zwar dort, wo sie leben. Mit "unserer Stadt" meine ich die Stadt Bern, die selber Kitas führt und ein flächendeckendes Angebot und gute Qualität sicherstellt. Mit "unserer Stadt" meine ich das städtische Personal, das diesen Service public tagtäglich erbringt und die Kinder bestmöglich betreut. Die familienergänzende Kinderbetreuung gehört zum Grundangebot und ist Teil der fröhkindlichen Bildung. Die Nachfrage nach Plätzen ist nach wie vor gross. Das Angebot ist nicht mehr aus unserer Stadt wegzudenken. Es ist unser Auftrag, dafür zu sorgen, dass wir ein gutes und ein breites Angebot an Kinderbetreuung in der Stadt Bern haben. Wie der Gemeinderat das organisieren will, wissen wir noch nicht so genau, da er uns die Teilrevision des Betreuungsreglements nach der Vernehmlassung noch nicht vorgelegt hat. Gemäss seiner Antwort hat er die Variante Eingliederung in die Verwaltung verworfen. Solange der Antrag des Gemeinderates nicht auf dem Tisch liegt, ist für die SP-JUSO-Fraktion auch die Variante Eingliederung nach vor denkbar. Sie ist vielleicht sogar die naheliegendste für die linkste Stadt des Landes. Denn wie gesagt, die Kinderbetreuung und das Angebot an Kitaplätzen

sind Teil des Service public. Die SP hat den Gemeinderat denn auch in der Vernehmlassung aufgefordert, die Kitas als Teil des Service public zu stärken. Die familienergänzende Betreuung von Kindern ist kein Geschäft, kein Business Case und auch kein Asset. Auch wenn der Staat sagt, es gebe einen Markt, ist das nur die halbe Wahrheit. Der Kitamarkt – sagen wir ihm mal so – ist hoch reguliert und subventioniert. Die Kosten teilen sich die Eltern und die Steuerzahlenden. Die Wirtschaft, die Unternehmen, die von diesem Modell profitieren, beteiligen sich nicht daran. Wir können jetzt über Businesspläne, Vollkostenrechnung und Marktregulierung reden oder polemisch über Verlust an Transparenz, gleich lange Spiesse und Marktverzerrung debattieren; alles Begriffe, die der Gemeinderat in seiner Antwort benutzt. Oder ob die Qualität in privaten oder staatlichen Unternehmen besser ist. Aber was soll das, was bringt das? Markt heisst Optimierung, Gewinnoptimierung. Das heisst, Kosten minimieren und Erträge steigern. Das bedeutet in diesem Fall Personalkosten und Warenkosten senken und Eltern- und Staatsbeiträge steigern. Konkret führt das zu schlechteren Arbeitsbedingungen und weniger gut ausgebildetem Personal, das zu unseren Kindern schaut und die wiederum immer günstigere Breie und Mahlzeiten essen und inmitten von nicht nachhaltigem IKEA-Möbeln spielen und auf günstig ersteigerten Polyestermatratzen schlafen. Marktlogik eben.

Wir wollen das nicht. Wir wollen den Markt verzerrn und nämlich dem Personal gute und bessere Ausbildungen ermöglichen und attraktive Arbeitsbedingungen bieten. Das heisst, mehr Personalkosten und nicht weniger, und wir wollen ein flächendeckendes und bezahlbares Angebot in allen Stadtteilen, auch in den nichtrentablen, damit alle in dieser Stadt Zugang zu einem Kita-Platz haben. Wir wollen einen attraktiven Standort, kindergerechte Räume, gesundes Essen, pädagogische Konzepte etc. Um all das sicherzustellen, muss die Stadt weiterhin Kitas betreiben. Es geht schliesslich um unsere Kinder. Und jetzt zu all denen, die von den Kosten reden, von Aufwandüberschüssen, ineffizienter Kostendeckung, maroden Staatsbetrieben etc. Der Gemeinderat schreibt ja in seiner Antwort, dass er Massnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit getroffen hat. Er kann sicher noch mehr tun. Davon sind wir überzeugt. Doch am Ende werden Mehrkosten bleiben, mehr Kosten als Erträge, eine Million vielleicht, 2 Millionen pro Jahr – worst Case 3 Millionen pro Jahr. Das wären dann knapp 0,2% des Aufwands für die familienergänzende Kinderbetreuung, für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit – das in der linksten Stadt der Welt. Die SP-JUSO-Fraktion wird die Dringliche Motion annehmen.

Präsident: Es war auch nicht so megalang. Als nächstes für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Ohne Not, ohne Grundlage und ohne Unterstützung des Volkes, so würden wir diese Motion zusammenfassen. Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion zur Eingliederung der Kitas in die Kernverwaltung ab. Es ist das Gegenteil: Es besteht kein Bedarf, dies jetzt zu tun. Das aktuelle System mit Betreuungsgutscheinen funktioniert hervorragend. Keine Grundlage, im Gegenteil: Der mehrfach erwähnte Bericht von Bolz und Partner sagt explizit, dass dies keine gute und sicher nicht die beste Option ist. Und vor allem es gibt hier keine Unterstützung des Volkes. Im Gegenteil, diese Motion widerspricht dem Volkswillen, welcher klar geäussert wurde in der Abstimmung. Für die Mitte-Fraktion ist es klar, dass man hier wiederum einmal mehr das ganze System ändern will. Wir sind der Meinung, das jetzige System funktioniere gut. Wir lehnen diese Motion ab und bitten euch, dies auch zu tun.

Präsident: Für die Fraktion GB/JAI!, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Gerne möchte ich die vorliegende Motion noch ein wenig kontextualisieren, bevor ich auf die eigentliche Forderung der Motionär*innen eingehe. Die familienergänzende Kinderbetreuung in Bern steht aktuell vor riesigen Herausforderungen. Diese sind Ausdruck einer umfassenden Krise der Bildungs-, Betreuungs- und Sorgearbeit, das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen und Ereignisse wie zum Beispiel die Corona-Pandemie sowie – und aus unserer Sicht vor allem – die Folge der massiven Unterfinanzierung von Seiten Bund und Kanton. Diese Krise betrifft sowohl städtische als auch private Kitas. Auch private Kitas haben unterschiedliche Voraussetzungen in Bezug auf ihre Betriebsmodelle, Finanzierungsmöglichkeiten, Betreuungskonzepte und Arbeitsbedingungen.

Gemeinsam ist jedoch allen Kitas, dass sie aktuell einer Marktlogik untergeordnet sind, die aus Sicht der GB/JAI!-Fraktion für die Bereiche Bildung, Betreuung und Sorgearbeit einfach nicht funktioniert. Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Bern zeigt sich dies insbesondere an den folgenden Entwicklungen. Die Nachfrage nach Kita-Plätzen ist seit Corona rückläufig, insbesondere bei Familien mit tiefen Einkommen. Das ist besorgniserregend, denn damit sind Chancengerechtigkeit und Ver einbarkeit akut gefährdet. Kitas sind weit mehr als ein Kinderhütedienst. Sie sind wichtig für die Frühförderung wie beispielsweise die vorschulische Sprachförderung, für die soziale Integration und für die Gleichstellung. Damit alle Kinder unabhängig vom sozi oökonomischen Status ihrer Eltern die Chance haben, eine Kita zu besuchen, braucht es insbesondere im Kontext der steigenden Lebenshaltungskosten ein bezahlbares Angebot, das sich alle Familien in der Stadt Bern leisten können. Aktuell ist das Kita-Angebot in den verschiedenen Stadtteilen in Bern jedoch sehr unterschiedlich ausgestaltet. In Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Familien gibt es wenige oder teilweise sogar nur eine städtische Kita, während andernorts ein Überangebot besteht. Das liegt daran, dass der Betrieb einer Kita in sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen für private Anbieter*innen kaum stemmbar ist. Der Markt spielt hier nicht. Daher braucht es zusätzliche Finanzierung, um eine minimale Versorgung und damit Chancengerechtigkeit für Kinder in allen Stadtteilen von Bern zu gewährleisten.

Schliesslich setzt die Unterfinanzierung von Seiten Bund und Kanton auch das Personal und die Arbeitsbedingungen in den Kitas stark unter Druck. Die Situation ist häufig prekär. Und es führt nicht selten zu Kündigungen, was sich dann wieder negativ auf die Situation der verbleibenden Mitarbeiter*innen und auch auf das Wohl der Kinder auswirkt. Denn häufige Wechsel von Betreuungs- und Bezugspersonen beeinträchtigen den Aufbau von stabilen Beziehungen. Es ist also im Sinn von allen, von Kindern, von Familien, von Kitas und Angestellten, dass in den Kitas mit guten Arbeitsbedingungen und genügend Ressourcen gearbeitet werden kann, um die Qualität der Betreuung auch bei Schwankungen des Marktes aufrechterhalten zu können.

Vor diesem Hintergrund positioniert sich die GB/JAI!-Fraktion wie folgt zur vorliegenden Motion. Wir sind überzeugt: Es braucht städtische Kitas. Kita-Stadt Bern kommt in der aktuell unvorhersehbaren Marktsituation die Aufgabe zu, eine minimale Abdeckung und damit einen minimalen Service public in jedem Stadtteil zu garantieren. Darüber hinaus soll die Stadt mit Kita Stadt Bern den Bereich der frühkindlichen Bildung als aktive Akteurin mitentwickeln und mitprägen. Und es kommt dazu, dass die Kita Stadt Bern innerhalb dieses Kitamarkts die Rolle übernehmen kann, den Austausch und die Koordination zwischen den Leistungserbringer*innen zu koordinieren. Damit Kita Stadt Bern all diese Funktionen übernehmen kann, ist es wichtig, das System zu stabilisieren und

wenn nötig eben auch finanziell zu unterstützen. Es braucht aus Sicht der GB/JA-Fraktion finanziellen Spielraum, um die Defizite von Kita Stadt Bern auffangen zu können. Wir sind überzeugt, dass dieser Spielraum über verschiedene Wege geschaffen werden kann. Deshalb, sei es über eine flexible Abgeltung von trägerschaftsbedingten Mehrkosten oder auch über eine Wiedereingliederung von Kita Stadt Bern in die Kernverwaltung, zentral ist für uns, dass mit den städtischen Kitas eine minimale Grundversorgung in allen Stadtteilen gewährleistet werden kann, um trotz den Schwankungen des Marktes sicherzustellen, dass eine bezahlbare und qualitative familienergänzende Betreuung für alle Familien zugänglich ist. Dazu muss Kita Stadt Bern langfristig stabilisiert und finanziert werden und die Wiedereingliederung der städtischen Kitas in die Kernverwaltung sollte in diesem Sinne ernsthaft geprüft werden. Denn wie auch einer meiner Vorredner gesagt hat, vielleicht ist das sogar die naheliegendste Lösung für die Stadt Bern. Wir werden die vorliegende Motion daher überweisen. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Auf die Frage, wie lange ihr Votum dauert, hat sie gesagt: eine halbe Seite. Wir hören jetzt eine halbe Seite von Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL): Ob Kinderbetreuung eine staatliche Aufgabe ist oder nicht, darüber kann man sich getrost politisch streiten. Es gibt dafür auf beiden Seiten gute Argumente. Die GFL wird diese Motion ablehnen in Anlehnung an ihre bisherige Position in dieser Frage. Die Antwort des Gemeinderates ist für einmal absolut klar und eindeutig. Wir schliessen uns dieser Antwort vollumfänglich an. Punkt.

Weshalb ich hier trotzdem das Wort ergreife, liegt am voraussichtlichen Stimmverhalten von SP und GB. Die BSS hat zur Klärung dieser Frage einen externen Untersuchungsbericht erstellen lassen. Teuer. Dieser Bericht ist zu einem eindeutigen Schluss gekommen. Es spricht nichts aus betriebswirtschaftlicher Sicht für eine Rücknahme in die Stadtverwaltung. Die viel kritisierte Sonderbegleitgruppe des Prozesses, bestehend aus Gewerkschafts- und RGM-Vertreter*innen, stimmte damals darüber ab, welche dieser Varianten weiterverfolgt werden soll. Es war diejenige, die jetzt als Grundlage für die FEBR-Revision (Revision des Reglements über die familienergänzende Betreuung von Kindern) und die entsprechende Vernehmlassung bildet. Und darüber werden wir ja nächstens auch debattieren hier im Stadtrat. Und ein Grossteil der Voten wird sich dann vermutlich ein bisschen wiederholen. Wenn aber jetzt dieselben Leute einer Motion zustimmen, die etwas ganz anderes vorsieht, so ist das nicht nur betriebswirtschaftlicher Unsinn, sondern kommt einer Beübung der eigenen Exekutive gleich, die ihresgleichen sucht. Danke fürs Zuhören.

Präsident: Eine halbe Seite dauert 1 Minute 57 Sekunden. Jetzt hat die Gemeinderätin aber 2 Seiten. Ich glaube, das reicht nicht mehr vor der Pause. Und zuerst noch die Frage in den Saal: Gibt es noch Einzelvoten zu diesem Geschäft? – Das ist nicht der Fall. Dann erlaube ich mir, die Sitzung hier zu beenden bzw. zu unterbrechen. Um 20.30 Uhr seid ihr bitte wieder pünktlich hier. Ihr hört dann das Votum von Ursina Anderegg. Vielen Dank und einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.11.2025

für das Protokoll

X



X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 21:50 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Esther Meier
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Matteo Micieli
Nadine Aebischer	Helin Genis	Szabolcs Mihàlyi
Timur Akçasaray	Thomas Glauser	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Dominique Hodel	Chantal Perriard
Oliver Berger	Thomas Hofstetter	Ronja Rennenkampff
Natalie Bertsch	Stephan Ischi	Simone Richner
Lea Bill	Monique Iseli	Mirjam Roder
David Böhner	Serafinne Iseli	Sarah Rubin
Laura Brechbühler	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Jacqueline Brügger	Anna Jegher	Judith Schenk
Michael Burkard	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Carola Christen	Nora Joos	Tobias Sennhauser
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Michelle Steinemann
Andreas Egli	Fuat Köcer	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Béatrice Wertli
Dominik Fitze	Nicolas Lutz	Janosch Weyermann
Seraina Flury	Salome Mathys	

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter
Laura Binz

Ueli Jaisli
Nora Krummen

Cemal Özçelik

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Alec von Graffenried SUE

Matthias Aebischer TVS
Ursina Anderegg BSS

Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stückler, Weibeldienste

2025.SR.0175

7 Dringliche Motion: Eingliederung Kitas Stadt Bern in die Kernverwaltung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit, mit der dritten Sitzung des heutigen Abends zu starten. Ich bitte euch jetzt, an eure Plätze zu gehen und ihr könnt bitte den Geräuschpegel herunterfahren. Wir sind bei Traktandum 7, der dringlichen Motion Eingliederung Kita Stadt Bern. Vor der Pause haben die Fraktionen gesprochen, jetzt gibt es noch Einzelvoten. Als erstes Einzelvotum Anna Jegher.

Präsident: Es ist kein Einzelvotum, sondern ein Ordnungsantrag.

Anna Jegher (JA): Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir dieses Geschäft noch fertig diskutieren und danach fertig machen für heute, weil wir alle nicht mehr mögen. Wir haben das Budget fertig diskutiert und es wäre doch schön, wenn wir mit neuer, frischer Energie nach den Ferien die restlichen Traktanden weiter besprechen können.

Präsident: Wir stimmen ab über den Ordnungsantrag.

Ordnungsantrag 1

Anna Jegher (GB/JA)

Die Sitzung soll nach Abschluss von Traktandum 7 beendet werden, weil alle müde sind.

Abstimmung Nr. 119

2025.SR.0175: Ordnungsantrag 1

Ablehnung

Ja	24
Nein	25
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Ordnungsantrag abgelehnt. Wir kommen somit zurück zur Debatte. Ich bitte euch wieder um Ruhe. Ich erlaube mir wirklich daran zu erinnern, der Pendenzenberg, auf dessen Abbau wir alle so stolz waren, wird wirklich ziemlich rasant wieder grösser. Gibt es noch Einzelvoten zu Traktandum 7? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: So, das nehmen wir jetzt noch. Guten Abend, ich hoffe, ihr habt alle gut gegessen und es geht mit dem Essenskoma, sonst gibt es ja noch die Kaffeemaschine da unten. Ja, das ist jetzt der zweite Vorstoss, der hier im Stadtrat zeitlich zwischen der Vernehmlassungsvorlage zur FEBR-Revision und dem Gemeinderatsbeschluss zur definitiven Vorlage dieser Revision zuhanden des Stadtrats debattiert wird. Der erste Vorstoss forderte die Ausgliederung der städtischen Kitas und hier geht es jetzt um die Eingliederung in die Kernverwaltung. Der Gemeinderat verhält sich zu beiden diesen Vorstössen gleich und ist bereit, beide als Postulat entgegenzunehmen, in dem Sinne, dass wir die Haltungen aus den beiden Debatten und aus den beiden Vorstössen, die zum Teil analog sind zu den Vernehmlassungsantworten von den verschiedenen Parteien, mit einbeziehen werden in die Diskussion, die wir

im Gemeinderat demnächst führen werden. Und entsprechend werde ich auch mein Votum analog zum anderen Vorstoss halten, es ist nicht so überraschend. In der vorliegenden Dringlichen Motion soll der Gemeinderat beauftragt werden, die gesetzlichen Grundlagen anzupassen, damit Kita Stadt Bern künftig nicht mehr in einer Spezialfinanzierung, sondern in der Kernverwaltung geführt werden. Kernanliegen sind die Aufhebung des Defizitdeckungsverbots, das war ein politischer Entscheid damals beim Systemwechsel und dieses Defizitdeckungsverbot ist aktuell mit der Spezialfinanzierung Kita Stadt Bern gelöst bzw. deren Ausgestaltung ist dann eben im Betreuungsreglement FEBR geregelt. Die vorliegende Motion will, dass Kita Stadt Bern auch während des momentanen Nachfragerückgangs in der jetzigen Form weiter bestehen können...

Präsident: Es sind immer die üblichen Verdächtigen, bei denen es in der letzten Sitzung des Abends etwas schwierig ist. Ich bitte euch, weiterhin ruhig zu bleiben. Merci.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: ...Vielleicht war es taktisch nicht schlau zu sagen, dass ich Sachen erzählen werde, die ihr schon ein paar Mal gehört habt. Genau, wir werden demnächst die definitive FEBR-Vorlage – sobald möglich, es ist ein sehr komplexes Geschäft – im Gemeinderat zuhanden eurer Diskussion verabschieden und in der Vorstossantwort könnt ihr die Haltung aus der Vernehmlassungsvorlage herauslesen, die der Gemeinderat beschlossen hat. Der Gemeinderat beschäftigt sich bekanntlich schon sehr lange mit der zukünftigen Ausrichtung der städtischen Kitas und hat unter anderem die Frage der Trägerschaft in der Vergangenheit bereits eingehend evaluiert, mit diesen Berichten, vor allem der von Bolz+Partner wurde heute auch erwähnt. Das Resultat und die Einordnung dieser Evaluation, das kennt ihr aus den Vernehmlassungsunterlagen, sowie auch aus der Antwort zu diesem oder dem vorherigen Vorstoss. Die familienbegleitende Kinderbetreuung hat für den Gemeinderat einen sehr hohen Stellenwert. Er ist überzeugt, dass eine Versorgung mit qualitativ guten und bezahlbaren Kitaplätzen im gesamten Stadtgebiet nur mit einem eigenen städtischen Angebot sichergestellt werden kann. Die Ausgestaltung von diesem System werdet ihr bald erfahren, da werden wir mit Vorschlägen kommen. Der Gemeinderat hat zuhanden der Vernehmlassungsvorlage auch die Variante Rückführung in die Kernverwaltung beraten und verworfen. Er hat beschlossen, die städtischen Kitas auch weiterhin in der Spezialfinanzierung zu führen, mit diesem Passus des Defizitdeckungsverbots und er hat sich für den Status Quo mit der Möglichkeit der Abgeltung von den sogenannten trägerschaftsbedingten Mehrkosten ausgesprochen. Parallel dazu, das wurde heute auch schon erwähnt, sind wir bei der Kita Stadt Bern schon seit sehr langem daran, immer wieder auch Sparmassnahmen zu ergreifen, sowohl einnahme- wie auch ausgabezeitig. Das sind teilweise tiefgreifende Massnahmen, die schon getroffen wurden und wir sind laufend daran, Massnahmen zu prüfen. Es wurden bereits Standorte zusammengelegt oder Kitas geschlossen. Und diese Massnahmen setzen vor allem beim Personalbestand an und bei der Standortevaluation, also der Frage, wo wir in diesem sogenannten Markt vertreten sind. Der Gemeinderat ist analog zum kürzlich behandelten Vorstoss, welcher die Ausgliederung der städtischen Kitas forderte, bereit, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und lehnt die Motion aber aufgrund des gemachten Grundsatzentscheides ab.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Motion. Wenn ihr sie erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 120

2025.SR.0175

Annahme

Ja	36
Nein	32
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt die Motion erheblich erklärt.

2024.SR.0308

8 Motion Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller, SP/Bettina Stüssi, SP): Ganztagschule für alle Stufen in allen Schulkreisen; Annahme/Begrundungsbericht

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8, das ist eine Richtlinienmotion der Fraktion SP-JUSO. Gefordert werden Ganztagschulen für alle Stufen in allen Schulkreisen. Ist die Annahme dieser Motion bestritten? Dann können sich die Einreichenden anmelden. Für die Einreichenden hat das Wort, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Einreichenden: Liebe Zuhörende, Ganztagschulen sind ein zentrales Element für eine zeitgemäße, chancengerechte und kindergerechte Bildung. Sie bieten nicht nur Betreuungszeiten, sondern ein ganzheitliches Konzept, das Lernen, Betreuung, soziale Entwicklung und Beziehungsgestaltung aufeinander abstimmdend vereint. Gerade in einer Gesellschaft, in der immer mehr Eltern auf 2 Einkommen angewiesen sind, ist die Ganztagschule auch ein entsprechender Faktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Warum haben wir eine Motion eingereicht, die Ganztagschulen für alle Stufen in allen Schulkreisen verlangt? Es braucht eine nachhaltige Planung und Ressourcensicherung. Das ist notwendig, denn die aktuelle Entwicklung verläuft zu langsam, zu ungleich und teils widersprüchlich. Trotz positiver Rückmeldungen aus dem Pilotprojekt fehlen klare Perspektiven für Zyklus 3 sowie für Schulkreise, die noch keine Ganztagschulen haben. Eine flächendeckende Einführung ist aber entscheidend, um allen Kindern in der Stadt Bern dieselben Bildungschancen zu bieten. In der Antwort des Gemeinderates hat er einige Punkte, die uns unzufrieden stimmen. Ich möchte einige davon ausführen, auf weitere wird danach unsere Fraktionssprecherin Monique Iseli eingehen. Die Aussagen, dass die Tagesbetreuung und die Ganztagschulen qualitativ kaum zu unterscheiden sind, entbehrt jeglicher Realität. Die Ganztagschule ist viel mehr als Betreuung, sie ist ein pädagogisches Gesamtkonzept mit verbindlichen Strukturen, enger Zusammenarbeit zwischen Lehr- und Betreuungspersonen und einem ganzheitlichen Bildungsverständnis. Dieser qualitative Unterschied ist entscheidend und er muss anerkannt werden. Dann gibt es Unklarheiten beim Zyklus 3. Der Bedarf bei Jugendlichen wird zu wenig ernst genommen. Die Abklärung läuft schleppend, die Angebote sind unklar. Jugendliche brauchen aber ein anderes pädagogisches Konzept als jüngere Kinder. Gerade im Zyklus 3 ist eine starke Beziehungskultur zentral. Ganztagschulen können hier Räume schaffen, die Lernen, Entwicklung und Alltag sinnvoll verbinden, vorausgesetzt Jugendliche werden in die Planung miteinbezogen. Das war bisher viel zu wenig der Fall. Unsere Motion ist notwendig, um eine gerechte und zukunftsfähige Bildung in der Stadt Bern zu gewährleisten.

Die Antwort des Gemeinderates ist aus unserer Sicht Schönfärberei, die Realität an der Schule zeigt, dass der Handlungsbedarf gross ist. Wir fordern eine klare Strategie, echte Partizipation, verbindliche Zeitpläne und eine kohärente stadtweite Entwicklung der Ganztageesschulen über alle Zyklen und Schulkreise hinweg. Wir bitten euch auch, Ja zu sagen für die Ganztageesschule für alle. Und mit der Antwort des Gemeinderates sind wir als Einreichende nicht zufrieden.

Präsident: Dann könnt ihr euch für die Fraktionsvoten anmelden. Als Erstes für die Fraktion GB-JA, Sarah Rubin.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Ich werde einiges erwähnen, das Babs schon angetönt hat, aber so ist es halt jetzt. Ganztageesschulen sind ein kleiner, aber wichtiger und vor allem zukunftsweisender Baustein in der Stadtberner Bildungs- und Betreuungslandschaft. Bildung und Betreuung sollen als Gesamtheit zu verstehen sein. Die Ganztageesschule bildet im Kleinen ab, wie wir uns diese Zukunftsvision für alle vorstellen. Wie ihr euch vielleicht erinnern mögt, wurde vor nicht allzu langer Zeit die Tagesbetreuung der Stadt Bern neu strukturiert. Die sogenannten Tagis, die vorher im Gegensatz zur Tagesschule gezielter und gesamthaft sozialpädagogisch arbeiteten und so einen wesentlichen Beitrag zur Integration und Förderung aller Kinder beitrugen, wurden gemeinsam mit der Tagesschule in die aktuelle Tagesbetreuung überführt. Die Tagesschule hat nun dank besserem Betreuungsschlüssel – heute zum Glück wieder einmal mehr bestätigt – mehr Möglichkeiten, mit den anwesenden Kindern gezielter pädagogisch zu arbeiten. Das jedoch in jeden Tag wechselnden Gruppen, weil es den vielen verschiedenen Betreuungsbedürfnissen besser gerecht werden kann. Andererseits führt das, wie erwähnt, eben dazu, dass die Gruppe jeden Tag anders zusammengesetzt ist. Auch wechseln öfter die Betreuungspersonen. Das ist in einer Ganztageschule anders. Hier gibt es ein Mindestmass an Betreuungseinheiten, die gebucht werden müssen. Das führt zu einer konstanteren Gruppenzusammensetzung, was pädagogisch ein grosser Vorteil ist. Für einige Kinder zum Beispiel aus einem belasteten Umfeld sogar elementar, um sich sozial sicherer zu fühlen und sich gut entwickeln zu können. Zudem können die Hand in Hand arbeitenden Fachpersonen aus Betreuung und Schule gezielter und flexibler auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen. Betreuung und Bildung sind so stärker verzahnt, was aus pädagogischer Sicht sinnvoll ist. Ganztageesschulen sind daher, wie erwähnt, ein wichtiges Nischenystem im Betreuungs- und Bildungssystem der Stadt Bern. Zudem ist die Ganztageesschule gefragt. Gerade in der Ganztageesschule Bümpliz-Höhe, da war ich mal im Rahmen meiner Schulkommissionstätigkeit in der Spurgruppe dabei, dort gibt es regelmässig Wartelisten und Schüler*innen müssen auch leider mal abgewiesen werden. Dazu kommt das Problem, das euch allen bekannt ist: Genügend und passender Schulraum ist rar und da auch die Personalsituation mit hohen Präsenzzeiten eine Herausforderung sein kann, ist es wichtig, dass vor Ort Lehr- und Betreuungspersonen sowie Schulleitungen vorhanden sind, die motiviert sind, eine solche Schule aufzubauen. Das entspricht dem Bottom-up-Ansatz, der auch vom Gemeinderat angesprochen wird. Dieser Ansatz ist wichtig im Schulsystem, wird den Lehr- und Betreuungspersonen nämlich ein System übergestülpt, hinter dem sie nicht stehen, werden sie es nicht richtig mittragen und eher früher als später weiterziehen. Es ist jedoch sehr wichtig, dass, wenn ein Anlauf aus einem Kollegium kommt, die Stadt dann wirklich auch richtig unterstützt. Mehr noch, es ist nötig, dass die Stadt potenzielle Erweiterungen und Neugründungen von Ganztageschulen regelmässig thematisiert und Vorteile und auch Schulraummöglichkeiten, in

denen ihr zur Verfügung stehenden Gremien hervorhebt. Weil es manchmal etwas Anstoss braucht, damit sich eine solche Bottom-up-Initiative erst entwickeln kann. Man könnte sich zudem Gedanken machen, wie man dafür sorgen kann, dass diejenigen Kinder und Jugendlichen, die wirklich einen grossen Bedarf auf einen Platz haben, diesen auch erhalten. Denn nach wie vor ist es so, dass bei Infoveranstaltungen zu Ganztageesschulen meistens primär sozioökonomisch bevorteilte Eltern auftauchen. Wir begrüssen es zudem sehr, dass derzeit Abklärungen zum Bedarf im Zyklus 3 laufen. Wir sehen hier eine Möglichkeit, gegen Timeouts, gegen Schulabsentismus oder Schulausschlüsse präventiv vorzugehen, denn gerade im Zyklus 3 gibt es einen grossen Bedarf an sinnvollen Möglichkeiten, dieser Problematik entgegenzutreten. Jugendliche sind, wie wir alle wissen, in einer vulnerablen Lebensphase und brauchen genauso sichere und unterstützende Räume und Beziehungen, wie es auch jüngere Kinder brauchen. Aus den beschriebenen Gründen sind wir nicht einig mit der Ansicht des Gemeinderats, dass es derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf gebe. Wir überweisen diese Motion sehr gerne. Mit dem Begründungsbericht sind wir wie die SP auch nicht ganz zufrieden. Danke.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Andreas Egli.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Liebe Anwesende, zu Beginn nur ganz kurz wegen der Gruppendynamik oder der Konstanz der Gruppen. Es ist ja nicht so, dass es in den Tagesschulen keine Buchung oder keine Anmeldung braucht. Man muss sehr wohl die Zeiten buchen, die Kinder sind dann anwesend und das ist jede Woche das Gleiche, die Gruppen wechseln nicht jeden Tag. Grundsätzlich begrüßt die Mitte die Initiative zu Ganztageesschulen, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Chancengleichheit gefördert wird. Allerdings braucht die Einführung einer Ganztageesschule einen grundsätzlichen Wandel der Schulorganisation, es braucht ausgebildetes Personal. Gemäss Michelle Jutzi von der PH Bern ist das vergleichbar mit einer Firmengründung. Und wie wir wissen, sind Firmen unterschiedlich. Genauso unterschiedlich sind Schulen, sie haben andere Bedürfnisse, sie haben andere Dringlichkeiten. Die Einführung von Ganztageesschulen top-down zu erzwingen, erachten wir als keine gute Idee. Auch muss vorgängig das Konzept der Ganztageesschule auf Zyklus 3 geprüft werden. Soviel ich weiß, war die Begleitforschung der PH zu Zyklus 1 und Zyklus 2. Wie der Bedarf auf Zyklus 3 ist und ob sich dieses System überhaupt einfach übertragen lässt, ist nicht geklärt. Ebenso unklar ist für mich die Nachfrage. Wir haben das Beispiel von Bümpliz gehört und es lief im Juni auch eine Umfrage im Zyklus 3 zur Tagesbetreuung. Aber vielleicht müsste man auch noch die zukünftigen Eltern fragen. Weil jene in Zyklus 3 haben sich wahrscheinlich schon organisiert und zudem können Kinder in diesem Zyklus in einem Alter auch einmal alleine zu Hause sein. Also, wir begrüssen die Stossrichtung der Motion, finden aber, dass es nicht zum Ziel führt, eine Pflicht einzuführen. Es braucht zuerst eine saubere Analyse, was es überhaupt braucht und welches Konzept sinnvoll ist. Wir werden aber das Thema im Hinterkopf behalten und freuen uns, wenn der Gemeinderat in diese Richtung einen Schritt weitergeht. Merci.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich meinem Vorredner anschliessen, er hat alle wichtigen Punkte gesagt. Für uns ist klar, wir lehnen den Vorstoss in dieser Form ab, als Motion wie als

Postulat. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Tagesschule, sie hat teilweise durchaus ihre Berechtigung. Ihre Bedeutung aber, dass man das flächendeckend macht und jetzt eben vor allem für den Zyklus 3, glaube ich, dort haben wir eine andere Interessenslage. Ich sehe das jetzt schon bei meiner Tochter, die auch nicht unbedingt längere Zeit in die Tagesschule will. Die will vielleicht Mittagessen mit den Kollegen und Kollginnen, aber den Nachmittag will sie dann wieder zu ihrer Verfügung haben. Denkt ihr Leute, ich bin immer für Freiheit, für Liberalismus, ihr müsst nicht wie in der DDR alle Leute zu zwingen versuchen, man soll die Freiheit haben, wenn es ein Bedürfnis ist. Ich gehe nicht davon aus, man wird das machen, aber ihr habt ja gesehen, bereits jetzt bei den Kitas, wie das eben teilweise falsch gelaufen ist, die Stadt kann das nicht. Ich wiederhole nicht stundenlang, darum lehnen wir den Vorstoss ab. Wenn der Vorstoss durchgeht, können wir dem Begründungsbericht zustimmen, aber wir sind der Meinung, das sei wieder der falsche Ansatz. Danke.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Monique Iseli.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die Motion steht für einen wichtigen Schritt in der städtischen Bildungspolitik. Sie will, dass Ganztagschulen auf allen Stufen und in allen Schulkreisen eingeführt werden, auch im Zyklus 3. Denn Ganztagschulen sind mehr als Betreuung, sie verbinden Lernen, Alltag und Beziehung und schaffen einen Lebensraum, in dem Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden können. Gerade für Familien mit knappen Ressourcen oder für Eltern, die beide arbeiten, sind gut ausgestattete Ganztagschulen entscheidend. Damit dieses Modell überall in der Stadt funktioniert, braucht es nicht nur gute Ideen, sondern auch klare Zusagen bei personellen und finanziellen Ressourcen. Die Antwort des Gemeinderates überzeugt uns in mehreren Punkten nicht, sie wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Als Erstes möchte ich den Vergleich der Ganztagschulen mit der Tagesbetreuung ansprechen. Die Behauptung, die GTS und die Tagis seien qualitativ kaum zu unterscheiden, ist schlicht nicht haltbar. Wer mit dem System vertraut ist, weiß, die Ganztagschule ist kein Betreuungsangebot wie jedes andere. Sie basiert auf einem pädagogischen Gesamtkonzept und enger Zusammenarbeit von Lehr- und Betreuungspersonal. Der Unterschied ist wesentlich und sollte auch vom Gemeinderat entsprechend anerkannt werden. Zweitens, da geht es um die Aussage zur Planung im Schulkreis 2, laut unseren Informationen ist für den Schulkreis Mattenhof-Weissenbühl eine Ganztagschule in Planung. Dass dies in der Antwort des Gemeinderates unerwähnt bleibt, ist nicht nachvollziehbar für uns. Beim dritten Kritikpunkt geht es um die Partizipation. Der Gemeinderat spricht vom Bottom-up-Ansatz, das leuchtet uns ein, die Schulkommission und die Schulleitungen müssen die Ganztagschulen in ihrem Schulkreis mit entwickeln. Eine reine Top-Down-Verordnung macht keinen Sinn. Gerade bei der Entwicklung der Ganztagschulen im Viererfeld wurde aber laut unserer Information die Schulkommission nicht einbezogen und die Schulleitung wurde zu spät informiert. Wir würden eine engere Zusammenarbeit im Sinne einer Bottom-up-Entwicklung begrüßen. Und zum Umgang im Zyklus 3, das wurde ja schon thematisiert, das hat Babs schon gesagt und Sarah auch. Aus unserer Sicht braucht es eine konkretere Bemühung, um in der Bildungsstrategie verankerte Bestrebungen nach flächendeckenden Ganztagschulen umzusetzen. Wir sind also mit dem Begründungsbericht nicht vollständig einverstanden.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend noch einmal. Die Entwicklung von Ganztagsesschulen in der Stadt Bern ist ein wichtiger und richtiger Schritt in die Richtung einer moderneren und chancengerechten Bildungslandschaft, da sind wir uns ziemlich breit einig. Der Gemeinderat hat mit seiner Strategie seit 2016 wichtige Grundlagen gelegt. Der konsequente Ausbau der Tagesbetreuung bietet heute ein flächen-deckendes Modell. Sie ist während 50 Wochen im Jahr verfügbar und die hohen Zahlen in der Ferienbetreuung und die nach wie vor steigenden Zahlen in der Tagesbetreuung, das haben wir vorhin schon diskutiert, die steigen wirklich fast exponentiell an, die zeigen, dass wir den Familien ein wichtiges und attraktives Angebot zur Verfügung stellen. Und wir können somit einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Carearbeit leisten. Die Qualität in der Tagesbetreuung ist hoch, da geht es auch um den Stand des tiefen Betreuungsschlüssels und die Ressourcen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, das trägt wesentlich hierzu bei. Trotzdem bleibt die Tagesbetreuung strukturell manchmal etwas vom Schulbetrieb getrennt. Während die Ganztagsesschule – das wurde ja erwähnt und da sind wir uns eigentlich einig, die SP und auch wir –, dass die Ganztagsesschulen ein anderes Konzept haben, dass sie ein pädagogisch integriertes Gesamtmodell anbieten können. Und genau hier liegt das Potenzial der Ganztagsesschulung. Bildung, Betreuung und Freizeit sind miteinander verbunden, um den Kindern einen kontinuierlichen, strukturierten Alltag zu bieten. Und das sind Diskussionen, die muss man sehr sorgfältig führen mit allen involvierten Akteur*innen. Im Schulbereich, in den einzelnen Schulstandorten gibt es hier nach wie vor sehr unterschiedliche Haltungen zu dieser Frage, auch zur Frage der Freiwilligkeit, der Nutzung der Tagesbetreuung oder nicht. Ganztagsesschulen sind aber sicher ein wichtiger Teil der Tagesbetreuung, insbesondere für Familien, die ein Betreuungsangebot an mehreren Tagen benötigen bzw. wünschen. Und hier sind wir in der Spannbreite der Diskussion. Ich finde, der eingeschlagene Weg ist richtig, die Ressourcen für Ganztagsesschulen sind vorhanden. Es geht um das strukturelle Verwachsen der Schul- und Tagesbetreuungsstrukturen. Auf diesem Weg sind wir gut unterwegs und jetzt kommt der konzeptionelle Schritt, den wollen wir weiterhin pushen gemeinsam mit den komplexen Strukturen, wie wir sie im Schulwesen in der Stadt Bern haben. Bei den aktuellen Herausforderungen im Schulalltag wie dem Fachpersonenmangel, veränderten Bedürfnisse der Familien, Anforderungen an die Integration ist es wichtig, dass die Schulen in ihrem eigenen Tempo die Ganztagsesschulen umsetzen können. Und wir können heute festhalten, dass es vorwärtsgeht, das ist sehr erfreulich, in 4 von 6 Schulkreisen gibt es bereits Tagesbetreuungsangebote in Zyklus 1 und 2 und in den restlichen Schulkreisen sind sie in Planung. In der Alterskategorie des Zyklus 3 zeigt sich im Moment noch eine geringere Nachfrage nach Betreuungen, aber auch hier bemerken wir ein Wachstum, das sehr schnell vorwärtsgeht. Pilotprojekte erproben Möglichkeiten, wie eine Tagesbetreuung im Zyklus 3 ausgestaltet werden könnte. Hier ist es sicher gut, wenn wir am Ball bleiben und einen Schritt weiterkommen. Ein Pilotprojekt im Zyklus 3 wie zum Beispiel im Schulhaus Baumgarten kann durchaus eine Alternative zum aktuellen Angebot darstellen und es ist denkbar, dass wir in diese Richtung gemeinsam weiterdenken. Und gerne ergänze ich offiziell und nutze die Gelegenheit zu ergänzen, was im Vortrag noch nicht festgehalten worden ist, dass im Schulkreis Mattenhof-Weissenbühl auf den Sommer 2028 eine Ganztageschule vorgesehen ist. Das war nicht absichtlich so im Vortrag, sondern ist einfach nur der Tatsache geschuldet, dass dieses Angebot noch nicht offiziell in den Strukturen angemeldet worden ist und daher mit dem ganzen Vorlauf, die so eine Beantwortung eines Vorstosses hat, ist diese Information nicht angekommen. Zusammen mit der geplanten Ganztagsesschule

im Schulkreis Länggasse-Felsenau im Viererfeld wird mittelfristig jeder Schulkreis schon einmal über eine Ganztagschule verfügen. Der Gemeinderat beantragt, euch die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären, damit wir weiterhin Schritt für Schritt vorwärtskommen. Vielen Dank.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 121

2024.SR.0308: als Richtlinie

Annahme

Ja	65
Nein	5
Enthalten	1

Präsident: Sie haben die Motion erheblich erklärt. Das heisst auch zeitgleich, dass wir die Antwort des Gemeinderates als Begründungsbericht zur Kenntnis nehmen.

2024.SR.0340

9 Motion Paula Zysset (JUSO), Sofia Fisch (JUSO), Anna Jegher (JA!), Muriel Graf (AL): Aufsuchende Jugendarbeit in allen Quartieren und in der Innenstadt; Ablehnung/Annahme Postulat

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 9 und 10, die wir gemeinsam behandeln. Es sind 2 Richtlinienmotionen, beide Motionen sind bestritten, ich erteile somit den Einreichenden das Wort, als erstes für Traktandum 9, Sophia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Einreichenden: Liebe Zuhörende, Jugendliche orientieren sich nicht an administrativen Stadtgrenzen, sondern folgen ihren eigenen Bewegungsmustern und sozialen Netzwerken. Hinzu kommt, dass Bedarfsanalysen des TOJ gezeigt haben, dass eine zunehmende Verdrängung der Jugendlichen aus den Quartieren in die Innenstadt stattfindet. Diese Entwicklung erfordert eine Erweiterung der aufsuchenden Jugendarbeit. Sie muss einerseits in allen Quartieren präsent sein, um lokale Treffpunkte zu erhalten und Verdrängungsprozessen entgegenzuwirken. Die aufsuchende Jugendarbeit muss aufgrund dieser Entwicklung aber auch verstärkt in der Innenstadt aktiv sein. Wir wissen, dass die Innenstadt für Jugendliche und junge Erwachsene ein immer wichtiger werdender Treffpunkt ist. Sie zieht eine sehr heterogene Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an, aus verschiedenen Gründen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Aufenthaltsdauern. Es stellen sich dabei viele offene Fragen. Gibt es sichere Orte, wo Jugendliche verweilen und sich den Raum aneignen können? Wo sind die Hotspots? Welcher Bedarf soll in der Innenstadt für Jugendliche gedeckt werden? Wie steht es um die Jugendkultur in der Innenstadt? Braucht es ein spezielles Team für die Innenstadt oder sollten Stadtteilteams der aufsuchenden Jugendarbeit die Verdrängungsbewegung der Jugendlichen mitverfolgen? Was den Bedarf angeht, haben wir es also im Moment mit einer Blackbox zu tun. Vor diesem Hintergrund sind wir zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats. Es ist sinnvoll, die Motion in ein Postulat zu wandeln und dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, den Bedarf in der Innenstadt abzuklären und im Prüfungsbericht aufzuzeigen. Die

folgende Differenzierung zum Vortrag möchten wir noch betonen. Der Stadtrat hat an der Budgetdebatte vom letzten Jahr eine Erhöhung für den TOI um 300'000 Franken pro Jahr beschlossen. Diese Aufstockung bezieht sich auf das bestehende Angebot in den Stadtteilen 2 bis 6. Es geht um die Weiterführung des Pilot-Projekts. Unser Vorstoss, also die Forderung in unserem Vorstoss, geht weiter. Wir fordern aufsuchende Jugendarbeit in allen Quartieren. Dafür sind zusätzliche Ressourcen erforderlich, die über die bereits bewilligte Aufstockung hinausgehen. Wir halten an diesem Anliegen fest und bitten den Gemeinderat, im Bericht abzuklären, wie die Aufsuchung der Jugendarbeit in allen Quartieren organisiert werden könnte und welche zusätzlichen Ressourcen dafür erforderlich wären. Ich bitte euch, den Vorstoss als Postulat anzunehmen und danke euch für die Unterstützung.

Präsident: Gibt es noch ein Votum der Einreichenden des Traktandums 10? Dann drücke bitte und komm bitte nach vorne, für die Einreichenden des Traktandums 10, Fuat Köcer.

Fuat Köcer (SP) für die Einreichenden: Werte Anwesende, wir sprechen heute nicht über einen Ort, wir sprechen über Sichtbarkeit, Teilhabe und Lebensqualität für junge Menschen im Quartier Holligen. Die vorliegende Motion fordert keine flächendeckende Umverteilung, sondern sie setzt sich für einen konkreten erkannten Bedarf in einem Quartier ein, ein Quartier, in dem heute eben eine Lücke besteht. Diese Lücke wird noch grösser werden, denn unser schnell gewachsenes Quartier hat derzeit viele Kinder, die dann bald einmal zu Jugendlichen werden. Daran muss sich, so sind wir überzeugt, eben auch das soziale Angebot ausrichten, damit es keine Angebotslücke zwischen Europaplatz und Eigenplatz gibt. Der Gemeinderat verweist auf bestehende Angebote und mobile Strukturen. Diese sind wichtig. Aber sie ersetzen kein fixes niederschwelliges Jugendangebot in unmittelbarer Nähe. Der Raum in der Nähe des Eigerplatzes ist schlichtweg zu weit weg für viele Jugendliche aus Holligen. Wer sich mit den Realitäten des Quartiers auseinandersetzt, weiss, ein zentral gelegener, fester Treffpunkt vor Ort wäre ein Signal an die Jugendlichen, dass sie ernstgenommen werden, gerade in einem sich stark wandelnden Quartier wie Holligen. Die Motion widerspricht übrigens keineswegs der gesamtstädtischen Perspektive, im Gegenteil, sie ergänzt sie. Sie erinnert uns daran, dass gesamtstädtische Strategien dann glaubwürdig sind, wenn sie auch auf lokale Lücken reagieren können. Dass die Scheune beim Schloss Holligen nicht geeignet ist, heisst nicht, dass es keine Alternativen gibt. Es bedeutet, dass wir weiterprüfen müssen, mit politischem Willen und nicht mit einem pauschalen Nein. Es geht nicht um Privilegien für ein Quartier, sondern um Ausgleich, um faire Teilhabe an bestehenden Strategien. Die offene Kinder- und Jugendarbeit lebt nämlich vom Vertrauen und Vertrauen entsteht durch Präsenz. Diese Präsenz fehlt in Holligen. Deshalb halten wir an der Motion fest und bedanken uns für die Unterstützung. Vielen Dank.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Das Votum der Fraktion GB-JA wird aufgeteilt. Für den ersten Teil des Fraktionsvotums gebe ich das Wort an Anna Jegher, nach ihr wird Lea Bill sprechen.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Liebe Anwesende, Lea Bill und ich teilen uns das Fraktionsvotum. Ich werde zu Traktandum 9 und Lea Bill wird dann etwas zu Traktandum 10 sagen. Aktuell ist die aufsuchende Jugendarbeit nicht in allen Quartieren der Stadt präsent. Insbesondere in der Innenstadt gibt es bis anhin kein entsprechen-

des Angebot. Es ist allerdings nicht so, dass es keine jungen Menschen in der Innenstadt gibt. Jugendliche halten sich selbstverständlich auch in der Innenstadt auf. Insbesondere, da sie zunehmend aus den Quartieren verdrängt werden, bleibt ihnen häufig nicht viel anderes übrig, als in die Innenstadt zu flüchten. Wie in der Antwort vom Gemeinderat erwähnt, ist bis anhin allerdings unklar, wie genau eine aufsuchende Jugendarbeit in der Innenstadt ausgestaltet werden müsste, da bis jetzt das entsprechende Wissen um die Situation und Bedürfnisse fehlt. Klar ist, dass die Ausgangslage in der Innenstadt eine andere ist als in den Quartieren. Es ist aus unserer Sicht darum sinnvoll, diese Punkte zuerst zu prüfen und den Vorstoss entsprechend als Postulat zu überweisen. Dabei ist uns wichtig zu betonen, dass Jugendliche einen Anspruch darauf haben, den öffentlichen Raum zu nutzen und mitzugestalten. Es ist zentral, dass junge Menschen sich den öffentlichen Raum aneignen können. Zudem, auch wenn es in Bern häufig anders wirkt, ist für uns klar, das Bedürfnis nach Ruhe steht nicht grundsätzlich über dem Bedürfnis nach Spass. Wir leben in einer Gesellschaft in einem Miteinander und dieses Miteinander bedeutet eben auch Rücksicht auf die Bedürfnisse von jungen Menschen zu nehmen und das ist leider nach wie vor keine Selbstverständlichkeit in dieser Stadt.

Präsident: Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums der Fraktion GB-JA, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Werte Anwesende, ich gebe zu, meine Meinung ist ein bisschen gefärbt, ich bin Co-Präsidentin des DOK, aber ich hoffe trotzdem, dass wir uns alle hier im Saal einig sind, dass in einer wachsenden Stadt auch die Angebote für die Bevölkerung mitwachsen müssen und in einer wachsenden Stadt gilt das auch umso mehr, dass alle Bevölkerungsgruppen mitwirken dürfen und mitprägen dürfen, und das gilt logischerweise auch für Kinder und Jugendliche. Und hier leisten der DOC und der TOJ seit Jahrzehnten grossartige Arbeit. Ihre Arbeit ist gleichzeitig die Basis für Freiräume für Kinder und Jugendliche und auch für die Mitsprache der Kinder und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche werden durch sie auch wohlwollend begleitet, aber der Fokus liegt auch immer auf das selbstbestimmte Leben. Es geht für einmal nicht nur darum, ein kleines funktionierendes Rädchen im System zu sein, wie das zum Beispiel bei der Schule eher der Fall ist, sondern herauszufinden, was einem liegt, was einem gelüstet, worin man gut ist, was mit wem Spass macht. Es geht also auch um Lernen, aber halt auf eine andere Art als in der Schule. Mit dieser Arbeit helfen DOC und TOJ auch mit, eine Basis für die Zukunft zu bilden, dass sich Kinder und Jugendliche zu selbstbestimmten Menschen entwickeln, die ihr Umfeld mitprägen können und auch mitprägen wollen. Damit das so gut funktioniert, braucht es aber auch Ressourcen für diese Angebote und es braucht eine Auseinandersetzung mit Veränderungen und eine entsprechende Weiterentwicklung der Angebote und ich spreche hier nicht nur von Mehrangeboten, sondern auch von anderen oder vielfältigen Angeboten. In diesem Zusammenhang ist aus der Sicht der GB-JA-Fraktion sehr begrüssenswert, dass es zum einen diese Bedarfsanalyse des TOI gibt und auch hier vermehrt der Aufbau von aufsuchender Jugendarbeit verfolgt wird - das habe ich übrigens schon vor etwa circa 10 Jahren hier im Stadtrat gefordert –, und es gibt die städteräumliche Analyse zu Kindern vom DOC und von der Stadt Bern. Und auch hier die Weiterentwicklung der Angebote zum Beispiel im Stadtteil 4 oder auch neu ein Angebot bei der Enge-Halbinsel. Diese Analysen und Weiterarbeiten sind insbesondere sinnvoll, weil sie die ganze Stadt im Blick haben und weil – da gehen wir mit dem Gemeinderat einig –, die Weiterentwicklung der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit einem Gesamtblick auf die Stadt Bern verfolgt werden muss. Dieser Gesamtblick und der Fokus auf bestimmte

Gebiete können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ehrlicherweise in vielen Stadtteilen das Angebot gemessen an der Anzahl Kinder und Jugendlicher nicht genügend ausgebaut ist. Und ich spreche hier nicht nur einfach von einem Nice-to-have, sondern von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit sehr tiefen Pensen viele Nachmittage und Abende in der Woche abdecken müssen und das bei recht grossen Einzugsgebieten. Da sind sehr viel Herzblut und Engagement nötig, damit das überhaupt funktioniert. Das ist zwar schön, wenn es so viel Herzblut und so viel Engagement gibt, aber dabei gilt es, die Arbeitsbedingungen im Blick zu halten und gute Arbeitsbedingungen auch gewährleisten zu können. Das ist auch der Grund, weshalb die GB-JA!-Fraktion die vorliegende Motion unterstützt, auch wenn wir grundsätzlich das Credo der Stadt Bern unterstützen, dass die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Gesamtblick weiterzuentwickeln ist. Herzlichen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Andreas Egli.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Ja, Jugendarbeit ist wichtig und ja, sie muss zu den Jugendlichen hin, vor Ort geleistet werden. Sie muss also genauso mobil und dynamisch sein wie die Jugendlichen selbst. Eine Fokussierung auf ein Quartier, sei es Holligen oder sei es die Innenstadt, läuft dem zuwider. Man zwingt so die Jugendarbeit eher in ein Konzept, anstatt dass man sie ungebunden auf veränderte Bedürfnisse reagieren lässt. Auch wurde dieses Jahr das Budget des TOI bereits aufgestockt. Wir haben vorhin, noch nicht lange her, knapp eine schwarze Null geschafft. Ich frage mich, ob man jetzt schon wieder mehr ausgeben will. Und zum Schluss erlaube ich mir noch eine Bemerkung. Es wurde gesagt, die Jugendlichen werden in die Innenstadt verdrängt. Ich erlaube mir die Frage, ob es nicht eine freiwillige Verschiebung in die Innenstadt ist, ob es wirklich eine Verdrängung ist. Merci.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ja, besten Dank, geschätzter Stadtratspräsident, werte Vertreterin des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich sage etwas zu Traktandum 10. Traktandum 9, die Motion aufsuchende Jugendarbeit, lehnen wir ab, als Postulat würden wir sie annehmen. Aber zum Vorstoss Traktandum 10. Wir lehnen den Vorstoss ab, der eine offene Jugendarbeit fordert im Holligenquartier. Wir sind der Ansicht, dass die aktuellen Angebote der Stadt und der Leistungspartner in der offenen Jugendarbeit ausreichen. Zudem ist es auch nicht sinnvoll, Insellösungen für einzelne Quartiere zu konzipieren. Es braucht erstens eine Gesamtsicht, also das Gesamtkonzept und zweitens braucht es aus unserer Sicht eine stärkere Zusammenarbeit mit der verbandlichen Jugendarbeit, wie das die FDP schon im Jahr 2020 gefordert hat, von Berger Oliver, Stärkung verbandlicher Jugendarbeit und Stärkung der Kooperation mit städtischer Jugendarbeit. Das hat damals der rot-grün dominierte Stadtrat schon einmal versenkt, sang- und klanglos. Ich denke, dort gäbe es Möglichkeiten für eine stärkere Kooperation. Wir lehnen die Motion der SP geschlossen ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Abstimmung Nr. 122 (ungültig)

2024.SR.0340: ungültig

Stichentscheid Präsidium

Ja	1
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Jetzt bitte Alex noch einmal anmelden.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir lehnen die Vorstösse klar ab. Ich sage nicht, dass aufsuchende Jugendarbeit etwas Schlechtes ist, sie hat durchaus eine Berechtigung, aber man muss klar sehen, was braucht es, was ist zwingend, was ist nötig, wo gibt es allenfalls private Initiativen. Wir sind der Meinung, wir haben wichtigere Aufgaben und entscheidende Aufgaben, in die der Staat eingreifen muss, das ist für mich allenfalls wünschbar, aber wir lehnen sie klar ab. Danke.

Präsident: Das waren 23 Sekunden. Gibt es noch weitere Voten aus dem Rat.

Abstimmung Nr. 123 (ungültig)

2024.SR.0340: **ungültig**

Stichentscheid Präsidium

Ja	1
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Es gibt keine weiteren Voten. Dann hat auch hier für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Vielen Dank für die Debatte. Ich äussere mich gerne zu beiden Vorstössen auch noch ein bisschen detaillierter. Zur ersten in Bezug auf die aufsuchende Jugendarbeit in allen Quartieren und auch in der Innenstadt. Über den Leistungsvertrag mit dem TOJ werden Angebote der offenen Jugendarbeit mit Fokus auf die Stadtteile 2 bis 6 finanziert und bisher hat der TOJ im Stadtteil 1 keinen Auftrag, weil die offene Jugendarbeit in Bezug zu den Wohnquartieren der Jugendlichen steht und in der Beziehungsarbeit eine wichtige Grundlage für die Erfüllung ihres Auftrages ist. Der Stadtrat hat 2024 eine Erhöhung der Abgeltung an den TOJ um 300'000 Franken pro Jahr beschlossen und diese zusätzlichen Mittel werden zu einem grossen Teil für aufsuchende und mobile Jugendarbeit in den Quartieren eingesetzt. Zweifellos zieht das Stadtzentrum viele Jugendliche und junge Erwachsene an. Die Situation in der Innenstadt ist aber ganz anders als diejenigen in den Wohnquartieren, da junge Menschen aus allen Quartieren hier zusammenkommen und auch viele junge Menschen aus den umliegenden Gemeinden. Der Bedarf von Angeboten von aufsuchender und mobiler Jugendarbeit in der Innenstadt muss aus fachlicher Sicht anders angedacht und konzipiert werden und im Moment ist unklar, welche Konzepte dort Sinn machen. Und bevor ein neuer Auftrag für den Stadtteil 1 vergeben wird, wollen wir sehr gerne die Situation und den Bedarf genauer prüfen und sind auch froh, jetzt wurde die Motion in ein Postulat gewandelt, das nimmt der Gemeinderat sehr gerne entgegen. Dann zum anderen Vorstoss, die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Holligen. Diese Motion fordert spezifisch für dieses Quartier zusätzliche Angebote vom DOK und vom TOI sowie die Abklärung, ob die Scheune beim Schloss Holligen als Jugendhaus umgenutzt werden könnte. Der Gemeinderat anerkennt die grosse Bedeutung der offenen

Arbeit mit Kindern und Jugendlichen für gute Aufwachsbedingungen und das Zusammenleben in der Stadt Bern. Aus diesem Grund werden in allen Stadtteilen entsprechende Angebote durch die städtischen Leistungsvertragspartner*innen bereitgestellt. DOK und TOJ überprüfen laufend ihr Angebot zusammen mit Familie Quartier Stadt Bern. Und einem Entscheid, in welchem Sozialraum zusätzliche Angebote aufgebaut werden sollen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen oder der Arbeitsschwerpunkte, wo dieser gelegt werden soll, dem geht eine fachliche Analyse voraus und dann eine nachvollziehbare Abwägung und durchaus auch eine Aushandlung zwischen den Leistungsvertragspartner*innen und dem Gemeinderat und schliesslich mit dem Stadtrat. Und methodisch, diese Analysen, die kann man mit Befragungen oder auch mit Sozialraumanalysen machen. Der DOK zum Beispiel hat mit der FKS B gemeinsam die Veränderung der Lebensräume von Kindern in der Stadt Bern analysiert und daraus resultierten fachliche Zielsetzungen und geografische Fokusgebiete, wie sie genannt werden, für die strategische Weiterentwicklung der offenen Arbeit mit Kindern. Dieser Bericht "Kinder in der Stadt Bern" wurde 2023 publiziert und floss auch in den neuen Leistungsvertrag ein. Man wird so etappiert diese Fokusgebiete erarbeiten und während der Vertragslaufzeit, die nun läuft, 2025-2026, stehen die priorisierten Fokusgebiete Wankdorf und Bethlehem Ost im Zentrum. Für die offene Jugendarbeit hat der TOJ gemeinsam mit FQSB 2018 eine Jugendraumstrategie entwickelt, auch das ist ein strategisches gemeinsames Instrument und diese wurde und wird nun Schritt für Schritt umgesetzt. Entstanden daraus sind zum Beispiel das Freizeithaus Saalistock, das sich in Umsetzung befindende Jugendhaus im Brünnpark sowie zusätzliche autonom nutzbare Räume. Ich komme zum Punkt 1 des Vorstosses. Der DOK führt bereits punktuell mobile Angebote in Holligen durch. Eine spezifische Budgetierung für zusätzliche Angebote in Holligen ist nach Auffassung des Gemeinderates nicht angemessen. Dann zu Punkt 2. Der geplante Jugendpavillon im Stadtteil-Park Holligen konnte aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden und mangels passender Räumlichkeiten wurde dafür am Hopfenrain 10 in der Nähe des Eigenplatzes eine städtische Liegenschaft durch den TOJ gemietet. Dort ist ein Jugendhaus entstanden, das allen Jugendlichen aus dem Stadtteil 3 offen steht. Zudem ist der TOJ im Stadtteil-Park Holligen mit punktuellen Aktivitäten der aufsuchenden Jugendarbeit und einem Bauwagen präsent. Und betreffend der Scheune beim Schloss Holligen haben erste Abklärungen ergeben, dass eine Nutzung als Jugendhaus sehr aufwändige bauliche Massnahmen erfordern würde und auf weitere Abklärungen will der Gemeinderat verzichten. Der Gemeinderat lehnt es ab, die offene Arbeit mit Kinder und Jugend nur mit Fokus auf ein einzelnes Quartier ohne vorgängige Prüfungen durch die Fachorganisationen auszubauen und wir wollen gemeinsam mit unseren Organisationen eine gesamtstädtische Perspektive einnehmen und gemäss unseren Ressourcen dann Schritt für Schritt schauen, was es braucht. Aus diesen Gründen lehnt der Gemeinderat die Motion in beiden Punkten ab. Vielen Dank fürs Zuhören.

Präsident: Merci. Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Vorstösse. Zuerst zu Traktandum 9. Die Motion wurde in ein Postulat gewandelt. Wir stimmen somit darüber ab, ob ihr Traktandum 9 als Postulat überweisen wollt.

Abstimmung Nr. 124

2024.SR.0340: als Postulat

Annahme

Ja	56
----	----

Nein	14
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat überwiesen.

2024.SR.0320

- 10 Motion Fraktion SP/JUSO (Fuat Köcer, SP/Dominik Fitze, SP): Die Lücke der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Holligen muss geschlossen werden!; Ablehnung**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 9 und 10: siehe Traktandum 9

Präsident: Dann stimmen wir noch ab über Traktandum 10 hier als Richtlinienmotion.

Abstimmung Nr. 125

2024.SR.0340: als Richtlinie

Annahme

Ja	39
Nein	31
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Geschäft überwiesen.

2024.SR.0348

- 11 Postulat Yasmin Abdullahi (JGLP), Salome Mathys (GLP), Tom Berger (FDP), Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Öffnungszeiten in städtischen Schwimmbädern; Annahme/Prüfungsbericht**

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 11, Postulat Öffnungszeiten in städtischen Schwimmbädern. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ist das Postulat bestritten. Es ist bestritten, dann haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Salome Mattis, du müsstest noch angemeldet werden. Es ist nicht bestritten, also frage ich noch einmal kurz nach. Ihr bestreitet es. Gut, es ist von der Fraktion GB-JA bestritten. Dann hat für die Einreichenden das Wort, Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Einreichenden: Geschätzte Anwesende, ich hatte eigentlich gehofft, dass es nicht bestritten ist, dass es ja eigentlich eine ziemlich klare Antwort gibt aus der Prüfung. Wir nehmen bedauernd zur Kenntnis, dass es nicht möglich ist, die Öffnungszeiten nach vorne zu schieben auf eigene Verantwortung. Wir verstehen aber die Begründung und können diese Prüfung so annehmen. Für Leihen und Nicht-Juristen ist es natürlich etwas schwer verständlich, weshalb man jetzt neben der Aare nicht auch einfach im Bad schwimmen kann, das wohl sicherer ist als die Aare. Aber so ist es nun mal, denn das sogenannte Früh schwimmen ist halt um 7 schon etwas spät, wenn man Familie hat und dann noch Kinder in die Kita bringen sollte oder auch einfach, wenn man arbeitet um halb 8 oder um 8, dann reicht halt 7 Uhr nicht. Und ja, das

Neufeld ist zwar offen, aber wenn man Tropennächte hat mit 25 Grad, hat man einfach nicht so Lust als Hobbyschwimmer ins Hallenbad Neufeld zu gehen, oder ins Wyler. Wir haben uns auch die Frage gestellt, ob man nicht die Ressourcen vom Hallenbad allenfalls flexibel bei schönem Wetter nach draussen verschieben könnte, zum Beispiel im Wyler, aber wahrscheinlich stellt sich das schwierig dar, wenn Vereine da morgens fix am Trainieren sind. Die Begründung der Frequenz, dass diese tiefer sei am Morgen, die fanden wir nicht so logisch. Oder ja, es ist logisch, am Morgen zu Randzeiten ist die Frequenz tiefer und sie ist doch immerhin bei einem Drittel zu den höchsten Frequenzen. Dass am Nachmittag mit den Kindern viel mehr Leute im Schwimmbad sind als morgens um 7 Uhr, ist eigentlich klar und doch keine Begründung, weshalb man nicht früher starten dürfte. Aber wenn ihr nun die nächste Motion annehmt, Traktandum 12, könnte man vielleicht so das Frühschwimmen auch sponsoren durch private Sponsoren. Wir erklären das Postulat für erheblich und nehmen es auch als Prüfungsbericht an. Danke vielmals für die Prüfung.

Präsident: Man kann sich anmelden für die Fraktionsvoten. Für die SP-JUSO, Laura Brechbühler.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Liebe Kolleg*innen, liebe Anwesende, als begeisterte Frühzeitsportlerin und Viel-Schwimmerin, aber gleichzeitig als unfreiwillige Frühaufsteherin hat mich dieses Postulat persönlich nicht betroffen. Dennoch habe ich grosses Verständnis dafür, wenn man vor der Erwerbstätigkeit um 6.30 Uhr oder um 7 Uhr noch ein paar Längen schwimmen möchte. Wäre "mein Freibad" Weyerli bereits um 8 Uhr statt wie heute um 9 Uhr offen, könnten die Schwimmbäder nach Feierabend weniger voll sein. Das würde bestimmt zu einer besseren Vereinbarung von Bewegung und Beruf führen – ein schöner Begriff übrigens –, wie die Einreichenden ebenfalls sagen. Die SP-JUSO-Fraktion versteht das Bedürfnis nach früheren Öffnungszeiten, insbesondere während der Hitzeperioden, die wir im Juni und im August erlebt haben. Ebenso verstehen wir aber auch den Gemeinderat, der aus verschiedenen Gründen inklusive Sicherheits- und Haftungsgründen an der heutigen Regelung festhalten will. Der Gemeinderat legt auch dar, dass die Erweiterung der Öffnungszeiten zusätzliche Kosten verursachen würde. Und das liegt auch aus finanziellen Gründen nicht drin. Insofern danken wir dem Gemeinderat für die umfassende Prüfung. Die SP-JUSO-Fraktion wird das Postulat erheblich erklären und den Prüfungsbericht annehmen.

Präsident: Danke. Für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Merci. Geschätzte Anwesende, die FDP-Fraktion unterstützt das Anliegen des Postulats. Die Möglichkeit, vor der Arbeit oder anderen Verpflichtungen schwimmen zu gehen, entspricht einem echten Bedürfnis der Bevölkerung. Der Schwimmsport leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit, zur körperlichen und mentalen Ausgeglichenheit und gewinnt in der Stadtbevölkerung weiter an Bedeutung. Wir haben von den rechtlichen Vorgaben Kenntnis genommen. Eine Nutzung ohne Badeaufsicht ist in städtischen Anlagen nicht erlaubt, weil die Betreiberin, also die Stadt Bern, haftbar bleibt. Das gilt auch dann, wenn die Badegäste auf eigene Verantwortung handeln wollen. Wir möchten aber nicht bei dieser rechtlichen Betrachtung stehen bleiben, denn das Anliegen nach früheren Öffnungszeiten ist grundsätzlich berechtigt und wir sehen hier auch Handlungsspielraum, wenn auch an einem anderen Punkt als vom Postulat gefordert. Heute öffnet das Marzili während der Hochsaison ab 7 Uhr. Alle anderen Freibäder in der Stadt Bern öffnen frühestens ab 9 Uhr,

das Lorrainebad sogar erst ab 10 Uhr, das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern den Gemeinderat deshalb noch einmal auf, zu prüfen, ob eine Öffnung aller städtischen Freibäder während der Sommermonate ab 7 Uhr möglich ist. Diese Massnahme würde nicht nur dem Bedürfnis der Bevölkerung nach früher Bewegung gerecht, sondern auch zur besseren Verteilung der Besucherinnen und Besucher über den Tag, vor allem an sehr heißen Tagen mit hohen Besucheraufkommen. Auch mit Blick auf die berufstätige Bevölkerung ist dies ein wichtiges Zeichen. Die FDP-Fraktion unterstützt weiterhin die Forderung der Postulantinnen und Postulanten, mit einem klaren Ja. Wir lehnen aber den vorliegenden Prüfbericht ab, da die Kernforderungen für uns nicht genügend überprüft wurden. Besten Dank.

Präsident: Für die SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ja, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bei uns sind die Wogen mässig hochgegangen in diesem Vorstoss. Wir haben eine Stimmfreigabe, ihr wisst, wir haben eine liberale Fraktion. Einfach 2 Bemerkungen, auch zuhanden der Stadt, das, was uns mehr stört: Die KWD ist bekanntlich zu, wird renoviert, das Marzili ist zu und bereits am 22. September verriegelt man die Aare, am liebsten wahrscheinlich auch mit Stacheldraht und Nato-Draht, damit ja niemand aussteigt. Dort wäre es ein grosses Bedürfnis der Öffentlichkeit, dass man noch in der Aare sein kann. Ihr wisst, ich bin vom Schicksal begünstigt, ich kann etwa bis Temperaturen von 14-15°C problemlos in die Aare gehen. Aber ich bin trotzdem der Meinung, wenn man dann dem ganzen Stadtteil im Osten von Bern den Zugang zur Aare abriegelt. Dort hätte man mit wenig Aufwand, einem späteren Baubeginn, hätte man das machen können. Ich sage auch hier wünschbar, ich habe nichts dagegen, ich bin nicht unbedingt der Extremfrühaufsteher, aber denkt daran, ins Marzili könnt ihr im Sommer früher rein gehen und das beste Bad, das ihr im Zentrum der Stadt Bern gehabt habt, das habt ihr abgelehnt, dann habt ihr immer gesagt, nein, das Maulbeeri soll zugehen, das wäre das Bad gewesen, in dem die Leute, die in der Stadt arbeiten, hätten hingehen können. Aber ins Weyerli oder ins Wyler, wer dann von der Elfenau dort hingehet und nachher im Weyerli oder im Wyler oder was auch immer, schwimmen geht, denkt daran, dass es auch Personal braucht. Darum sage ich aus finanzpolitischen Erwägungen, ich war immer dafür, ich stehe dazu, für das Maulbeeri, zusammen mit Ueli Jaisli und ein paar ganz Wenigen von der Mittepartei, das wäre das Bad gewesen, das ich unterstützt hätte, dann hätte der Feuz mitgemacht und gesagt, dort habt ihr ein zentrales Bad, dort könnt ihr hingehen, das habt ihr nicht gewollt, aber jetzt habt ihr einfach peripher, dass man 20 oder 25 Minuten hin hat, um nachher zu gehen. Dort zweifle ich, das ist mehr, dass gewisse vielleicht noch Funktionen haben und gewisse Dinge machen, darum werde ich dort Nein stimmen, aber wie gesagt, unsere Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen, merci.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal zu diesem Geschäft? Das ist nicht der Fall. Dann hat auch hier für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ich persönlich habe wenig Verständnis, dass man frühmorgens so gerne schwimmen gehen will, aber es geht ja nicht um mich in der Politik, sondern es ist mir bekannt, dass dieses Bedürfnis breit verankert ist und viele Menschen in Bern gerne frühmorgens schwimmen gehen wollen. Leider können wir aber aus Sicherheitsgründen und aus finanziellen Gründen die Öffnungszeiten nicht

weiter ausdehnen. Im Vortrag hat der Gemeinderat die beiden Punkte Budget und Sicherheit detailliert ausgeführt. Ich hebe gerne nochmals die wichtigsten Punkte hervor. Die Öffnungszeiten der Freibäder wurden 2024 im Rahmen des FIT2-Programms morgens um jeweils eine halbe Stunde gekürzt, mit Ausnahme des Frühschwimmens im Marzili. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten würde deutliche Mehrkosten generieren, das sind vor allem Personalkosten, was in der aktuellen Situation mit Spandruck nicht angezeigt ist im Sinne einer Priorisierung. Der Vorstoss schlägt nun vor, dass die Bäder auf eigene Verantwortung genutzt werden sollen können. Das ist leider wirklich nicht möglich. In allen Wassersportanlagen besteht eine 100%ige Wasseraufsichtspflicht. Schwimmen ohne Bademeister*innen ist auch aufgrund der bestehenden Eigentümer*innenhaftung nicht möglich. Wir müssen und wollen stets die Sicherheit der Badegäste im Blick behalten. Und es ist auch organisatorisch übrigens nicht machbar. Gewisse Arbeiten wie zum Beispiel Reinigungsarbeiten können nur dann erledigt werden, wenn sich niemand in der Anlage befindet, das ist auch eine Frage der Arbeitsbedingungen. Aus diesen Gründen kann dem Bedürfnis nach früheren Öffnungszeiten leider nicht nachgekommen werden. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über dieses Postulat. Wer es erheblich erklären möchte, stimmt grün, sonst rot.

Abstimmung Nr. 126

2024.SR.0348

Annahme

Ja	53
Nein	14
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir stimmen somit darüber ab, ob ihr die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht annehmen wollt oder nicht.

Abstimmung Nr. 127

2024.SR.0348: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	67
Nein	5
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Prüfungsbericht angenommen.

2024.SR.0319

12 Motion Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Schwimmbahnen-Sponsoring zur Sicherung unserer Sportinfrastruktur; Ablehnung

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 12, Motion Sibyl Eigenmann und Béatrice Wertli von der Mitte, Schwimmbahnen-Sponsoring zur Sicherung unserer

Sportinfrastruktur. Die Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Für die Einreichenden hat das Wort, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Einreichenden: Werte Anwesende, werte Kolleginnen und Kollegen. Sportanlagen sind cool, sie sind toll, wir nutzen sie gerne, sie sind aber auch als Infrastruktur teuer. Wir haben es soeben gehört, Öffnungszeiten, die wir erweitern möchten, verursachen Kosten, Infrastruktur kostet. Der Stadthaushalt bleibt defizitär, auch das haben wir heute bereits sehr lange diskutiert. Und jetzt kommt die Mitte-Fraktion mit einer innovativen Idee, nämlich dass wir die Schwimmbahnen sponsern könnten, mitunter zur Sicherung der Sportinfrastruktur und eben auch, um attraktive Möglichkeiten zu schaffen, wie zum Beispiel vielleicht Öffnungszeiten. Ein privates Engagement für eine öffentliche Sache ist jetzt nicht etwas enorm Neues, das wir noch nie gesehen hätten. Es ist die Möglichkeit, ein öffentliches Angebot zu sichern oder zu erweitern und genau das ist die Idee mit dem Schwimmbahnen-Sponsoring. Als Schwimmerin, Mutter von Kindern, die sich oft in Hallenbädern aufgehalten hat und aufhält, kann ich euch sagen, mich stört es nicht, wenn irgendwo ein Kleber ist und ein Sponsoring, sei es in der Cafeteria an der Tür oder eben auf dem Beckenboden – ist, glaube ich das falsche Wort –, Hallenbadboden. Hauptsache, die Bahnen bleiben erhalten, es ist für ein Beckenbodentraining ja nicht so schlecht, aber Hauptsache, die Bahnen bleiben erhalten, die Sportinfrastruktur bleibt erhalten und es gibt Möglichkeiten, den Sport für mehr Leute zu ermöglichen, vielleicht indem der Eintritt weniger kostet. Umso mehr hat es uns erstaunt, dass diese innovative Idee kein Gehör gefunden hat beim Gemeinderat. Begründung: die Akquise und Betreuung von Sponsoring verursachen einen nicht unerheblichen Aufwand. Ich glaube, dieser Aufwand hält sich in Grenzen. Die Möglichkeiten sind genial für jemanden, der zum Beispiel im Gesundheitsbereich tätig ist, eine Hirslandengruppe oder eine Krankenversicherung. Es wäre sicher nicht angebracht, einer Zigarettenmarke die Möglichkeit zu geben, Werbung zu machen. Es muss in irgendeiner Form auch mit dem Sport, dem Schwimmen und der Gesundheit Sinn machen. Aus diesem Grund bitten wir euch, helfen wir mit, das Haushaltssudget ein bisschen zu entlasten, weitere tolle Möglichkeiten der Sportinfrastruktur zu ermöglichen und diese Motion somit anzunehmen. Dafür danke ich euch.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Gemeinderätin, geschätzte Kolleg*innen, die SP-JUSO-Fraktion lehnt die Motion Schwimmbahnen-Sponsoring ab. Wer hat es im Sommer oder auch an diesen Tagen nicht genossen, im Weyerli eine Runde zu schwimmen oder bei schlechtem Wetter auch mal in der Schwimmhalle im Neufeld eine Runde zu drehen? Wie unschön wäre es doch, wenn je nach Schwimmbahn, ob Langsam-, Mittel- oder doch SchnellschwimmerIn, bei jeder Runde eine Werbetafel der Mobiliar, der Hirslandengruppe oder der Basler Versicherung betrachtet werden müsste. Für die SP ist das keine wünschenswerte Vorstellung. Wie der Gemeinderat sieht die SP-JUSO-Fraktion in Schwimmbädern eine öffentlich zugängliche Anlage für Erholung, Freizeit und Sport. Dieses Angebot ist eine öffentliche Aufgabe der Stadt. Laut Gemeinderat ist die Finanzierung der Schwimmhallen auch ohne Sponsoring langfristig gesichert. Auch wir glauben, dass diese Finanzierung nicht der grosse Wurf ist, um die Hallenbäder langfristig zu sichern. Nur weil wir in der Budgetdebatte ein Werbeverbot abgelehnt haben, heisst das natürlich nicht, dass wir jetzt überall Werbung wollen. Die Bevölkerung soll sich auch künftig in unseren

Schwimmbädern ohne Reizüberflutung durch Werbung erholen können und Sport treiben können. Bitte lehnen Sie diese Motion ab.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Lieber Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorhin gerade bei der Mitte das grosse Entsetzen: Was die FDP lehnt, das ab? Es ist so, ich werde auch erklären, weshalb. Grundsätzlich haben wir Verständnis für kreative Vorschläge, hier im Stadtrat einen Vorschlag zu machen, damit man Finanzierungen sicherstellen kann und so weiter. Aber trotzdem muss man das Verhältnis auf verschiedenen Ebenen wahren. Einerseits das Verhältnis, was ist ein Vorstoss im Stadtrat – manchmal hauen auch wir daneben und sind da zu tief, und das ist so einer. Es ist nicht am Stadtrat zu entscheiden, ob es dort Werbung hat oder nicht. Also das ist der erste Punkt, weshalb wir es ablehnen und der zweite ist, man muss auch das Mass halten bei der Werbung. Wir sind ganz klar, wenn diese Plakatierungsgeschichte, über die wir heute schon gesprochen haben, haben wir eine klare Meinung, dass es auch reglementiert ist: Nicht in Schulzonen, nicht in der Altstadt und so weiter, wir wollen, dass es Regelungen gibt. Es soll möglich sein, dass man Werbung machen kann. Doch, wenn ich schwimmen gehe, will ich nicht Hirslanden anschauen, wenn ich die Bahn wende, das finde ich zu viel. Mit solchen Vorschlägen kommt es dazu, dass andere ein Plakatierungsverbot fordern und das ist kontraproduktiv. Von dem her, lasst uns Mass halten, das geht zu weit. Deshalb werden wir es ablehnen, aber trotzdem danke für den Vorschlag.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Ja, Herr Ratspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP erstaunt mich schon ein wenig. Jetzt gibt es einmal aus dem bürgerlichen Lager eine innovative Idee, die noch eine recht gute Idee ist und die FDP lehnt sie ab. Darüber sind wir schon ein bisschen erstaunt. Man kann ja sagen, man will es zumindest einmal probieren, ob es dann am Schluss auch Sponsoren gibt, also Leute, die wirklich ein Interesse haben, Werbung zu schalten, sich im Prinzip zu engagieren, vielleicht auch einmal einen Anlass, ein Event in den städtischen Bädern. So wie ich es im Kopf habe, gibt es das etwa 3-mal pro Saison im Marzili, und ich finde das eigentlich nichts Dummes. Also dass man das mindestens prüft. In dem Sinn, die SVP als die echt bürgerliche Alternative unterstützt diesen Vorstoss.

Präsident: Für die GLP-EVP, Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Da ich heute offenbar meinen Rednerabend habe, den ich in den letzten 2 Jahren verpasst habe, halte ich mich sehr kurz, weil ich nachher noch zweimal spreche. Wir nehmen den Vorstoss an, einfach weil wir auch finden, wenn es doch Private gibt, die etwas finanzieren wollen, sei das ein Senioren-Schwimmkurs auf Bahn 4 und 5 oder sonst ein Babyschwimmen, was finanziert werden könnte, das kann ja auch ein Schwimmkurs sein für Personen, die eben weniger finanziell bemittelt sind und sich einen solchen sonst nicht leisten könnten, gesponsert von irgendwem, wäre eine schöne Sache. Und deswegen nehmen wir das mehrheitlich an. Es gibt einige Stimmen in der Fraktion GLP, EVP, JGLP, die finden, nein, nicht noch mehr Werbung, aber die Mehrheit nimmt es an. Danke.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Ich habe festgestellt, dass es zum Teil während Stadtratssitzungen Leute gibt, die Fussballspiele konsumieren und dazu auch Werbung sehen beim Sport. Das scheint nicht so zu stören. Ich weiss nicht, wie viele von euch sich in Sportinfrastrukturen aufhalten, so oft wie ich das tue, Volleyballmatch, Unihockeymatch anschauen gehen in der Neufeldturnhalle, Fussballspiele anschauen gehen. Es gibt überall Werbung, die mich aber nicht stört und mich nicht ablenkt und offenbar auch meine Töchter, die Volleyball spielen, sind nicht abgelenkt von dieser Werbung und es stört sie auch nicht. Aber diese Werbung ermöglicht es den Vereinen, in dieser Infrastruktur ihren Sport machen zu können. Darum messen wir doch mit denselben Ellen. Es ist ein innovativer Vorschlag für mehr und vielleicht auch für *noch* mehr Sport, für mehr Sport für alle statt für wenige. Ich finde es eine gute Idee und wir würden uns sehr freuen, wenn ihr das unterstützen würdet.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ich muss mir Mühe geben, dass ich keinen Witz mache über Beckenböden, die mit Sponsoring irgendwie tätowiert sind oder so; jetzt habe ich es trotzdem gemacht, tut mir sehr leid. Jetzt ernsthaft zurück zur Motion. Das Betreiben von öffentlich zugänglichen Anlagen für Erholung, Freizeit und Sport sowie öffentlich zugängliche Hallenbäder stellt eben eine öffentliche Aufgabe dar, das ist in unserer Gemeindeordnung im Artikel 18 der Stadt Bern geregelt. Die Stadt finanziert ihre Aufgaben grundsätzlich durch den ordentlichen Haushalt und kann so sicherstellen, dass sie in der Aufgabenerfüllung unabhängig bleibt. Auch hier gibt es einen Passus in der Gemeindeordnung den Artikel 29. Die Stimmbevölkerung hat mit der Zustimmung zum Baukredit und dem Bau des Betriebs die neue Schwimmhalle genehmigt. Die Finanzierung dieser Schwimmhalle ist somit ohne Sponsoring langfristig gesichert. Die städtischen Schwimmbäder dienen dem Gemeinwohl und sollen möglichst nicht als Werbefläche für Unternehmen genutzt werden, so die Haltung des Gemeinderates. Ohne Sponsoring bleibt die Stadt auch unabhängig und frei von Risiken, die Sponsorings auch mit sich ziehen können, zum Beispiel den Ausfallrisiken von Leistungen, wenn das Sponsoring eben nicht mehr fortgeführt wird. Sponsoring-Verträge laufen selten über Jahrzehnte. Öffentliche Aufgaben sollen deshalb aus Sicht des Gemeinderates nicht vom Sponsoring abhängig gemacht werden, sondern eben durch den ordentlichen Haushalt finanziert werden. Wie eingangs gesagt, handelt es sich bei den städtischen Schwimmbädern um eine öffentliche Aufgabe. Das ist auch der Unterschied zu temporären Events, welche mit Sponsoringbeiträgen sowie mit öffentlichen Geldern gemixt finanziert werden können. Der in der Motion aufgeführte Vergleich, der hinkt an dieser Stelle. Der Gemeinderat geht zudem auch davon aus, dass Unternehmen kaum an einer reinen Namensnennung auf einer Schwimmbahn interessiert sind, um bei diesem Beispiel zu bleiben. In der Regel funktioniert Sponsoring so, dass umfassende integrierte Sponsoring-Konzepte gefragt sind, mit einem Mix an unterschiedlichsten Leistungen und dies kann die Stadt jedoch mit ihren zu Recht eingeschränkten Sponsoring-Möglichkeiten nicht bieten. Der Aufwand von professionellem Sponsoring für die Akquise und Betreuung von Partnerschaften darf nicht unterschätzt werden, vor allem wenn man davon ausgeht, dass eine Infrastruktur wie zum Beispiel ein Hallenbad mitfinanziert werden soll. Da braucht es schon sehr substanzielle Beiträge, wir gehen nicht davon

aus, dass das durch Sponsoring wirklich wirksam erreicht werden könnte. Aus all diesen Gründen lehnt der Gemeinderat die Motion ab. Wir empfehlen euch, diese Motion abzulehnen. Vielen Dank.

Präsident: Merci, wir stimmen somit ab. Wenn ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 128

2024.SR.0319: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	17
Nein	51
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt die Motion abgelehnt. Jetzt gibt es einen Ordnungsantrag, Alexander Feuz müsste noch angemeldet werden.

Alexander Feuz (SVP): Ich stelle einen Ordnungsantrag, den die Grünen schon gestellt haben, ich stelle denselben. Ich glaube, wir waren fleissig heute in der Finanzdebatte. Ihr habt ja gesehen, dass die SVP brav war, ich hab ein Votum gehalten in 23 Sekunden. Wir haben Leute, die seit 6 Uhr arbeiten, die morgen wieder früh aufstehen müssen. Ich glaube, bei dieser Finanzdebatte und dem Zeug, es kommt heute nicht mehr allzu viel Gescheites heraus. Ich würde euch beantragen – wir haben auch Leute, die heute zurücktreten, dann kann man sich von diesen noch verabschieden und dann haben wir auch Ferienzeit. Ich bin der Meinung, der Antrag auf Abschluss der Debatte ist auch gegenüber dem Steuerzahler gerechtfertigt, wir haben jetzt von 20.30 bis 21.45 Uhr gemacht, ich bitte darum dem Antrag stattzugeben. Merci für die Unterstützung, danke.

Ordnungsantrag 2

Alexander Feuz (SVP)

Die Sitzung sei an dieser Stelle zu beenden.

Präsident: Wir stimmen ab über diesen Ordnungsantrag.

Abstimmung Nr. 129

2024.SR.0319: Ordnungsantrag 2

Annahme

Ja	42
Nein	21
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen. Ich erlaube mir vor Ende der Sitzung folgenden Kommentar. Wir haben es Anfang der Sitzung gemerkt, wir haben nach wie vor keine Vereinbarkeit des Amtes mit dem restlichen Leben. Wir hatten kaum einen Konsens, wie man das verbessern könnte. Die Massnahme, die mit Abstand von den meisten begrüßt worden wäre, wären weniger Sitzungen. Dieses Ziel erreichen wir nicht, wenn wir Sitzungen 40 Minuten vor Sitzungsende abbrechen. Ihr wolltet es

aber so, die Sitzung ist somit frühzeitig abgebrochen. Ich entlasse euch in die Herbstferien, wir sehen uns am 16. Oktober 2025 wieder.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 13 | 2025.SR.0040

Motion: Erhalt des Saunabetriebs im Hallenbad Weyermannshaus; Ablehnung

Traktandum: 14 | 2021.SUE.000039

Energie Wasser Bern: Leistungsauftragsbericht 2024

Traktandum: 15 | 2025.SR.0041

Motion: Energie Wasser Bern (EWB) demokratisieren (JA!/Juso/AL/PdA/TiF); Ablehnung

Traktandum: 16 | 2021.SR.000129

Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht

Traktandum: 17 | 2024.SR.0015

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein; Ablehnung

Traktandum: 18 | 2024.SR.0209

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken; Ablehnung/Annahme Postulat

Traktandum: 19 | 2024.SR.0300

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Johannes Wartenweiler, SP//Halua Pinto de Magalhães, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern jetzt; Annahme als Richtlinie

Traktandum: 20 | 2024.SR.0014

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Traktandum: 21 | 2024.SR.0347

Motion Fraktion AL/PdA (Raffael Joggi, AL/David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Muriel Graf, AL): Regelung zur Gesichtserkennung und Massenüberwachung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Traktandum: 22 | 2022.TVS.000064

Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2024

Traktandum: 23 | 2024.SR.0342

Postulat Matthias Humbel (GFL), Tanja Miljanovic (GFL): Vernünftige Verkehrsprüfung für den Langsamverkehr am Eigerplatz; Annahme

Traktandum: 24 | 2024.SR.0343

Postulat Matthias Humbel (GFL), Michael Ruefer (GFL): Die Schwarztorstrasse als Allee gestalten?; Annahme/Prüfungsbericht

Traktandum: 25 | 2024.SR.0344

**Postulat Matthias H umbel/Michael Ruefer (GFL)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Ve-
lostrasse Schlösslistrasse unterbruchsfrei gestalten; Annahme**

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/7593435478.php>

2025.SR.0295 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Mehr Wohnungen für Bern – Prüfung der Einführung von «weissen Zonen»

2025.SR.0299 | Postulat | Eingereicht

Postulat Alexander Feuz, SVP und Thomas Glauser, SVP: Parkplatzabbau im Stadtteil IV 2023-2028: Publibike, Mobility, Kehrichtcontainer, Begegnungszonen, jetzt Cargo-Bike: Wie viele wurden schon eliminiert? Was folgt nicht? Wird der Besitz eines Autos faktisch verunmöglich?

2025.SR.0294 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Fleisch servieren an Berner Nachhaltigkeitstagen – ernsthaft?

2025.SR.0296 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage JA!: Bleibt uns die Strassenkunst der UEFA Women's Euro erhalten?

2025.SR.0297 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Auf «verkehrsorientierten Strassen» soll es künftig kein Tempo 30 mehr geben

2025.SR.0298 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage Thomas Glauser, SVP und Alexander Feuz, SVP: Parkplätze für Cargo-Bikes? Wieso könnten Cargo-Bikes nicht auf Autoparkplätzen abgestellt werden? Wie viele Parkplätze werden voraussichtlich in den einzelnen Stadtteilen für die vorgesehenen Cargo-Bike Parkplätze aufgehoben?

2025.SR.0300 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage Thomas Glauser, SVP und Alexander Feuz, SVP: BernMobil: neue Technologien: Was für Reichweiten haben die Batterien der neuen Elektrobusse?

2025.SR.0292 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Was unternimmt der Gemeinderat in der Rehhag-Grube um die Biodiversität zu schützen?

2025.SR.0293 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Trotz den historisch besten Arbeitsbedingungen ist die Abwesenheitsrate der städtischen Angestellten auf einem historischen Höchststand. An was könnte das liegen?

Schluss der Sitzung: 21.49 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.11.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

09.11.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESENKÄMPER

Redaktion: Marianne Hartmann